

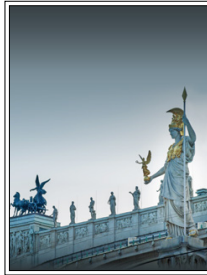
ANALYSE

JULI 2018 NR. 42

ÖSTERREICHISCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2017

FARID HAFEZ





ÖSTERREICHISCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2017

FARID HAFEZ

COPYRIGHT © 2018 by SETA

All rights reserved.

No part of this publication may be reprinted or reproduced or utilized in any form or by any electronic, mechanical or other means, without permission in writing from the publishers.

Layout : Erkan Söğüt

Printed in Turkey, İstanbul by Turkuvaz Haberleşme ve Yayıncılık A.Ş., 2018

**SETA | FOUNDATION FOR POLITICAL, ECONOMIC AND
SOCIAL RESEARCH**

Nenehatun Caddesi No: 66 GOP Çankaya 06700 Ankara TÜRKİYE

Phone: +90 312.551 21 00 | Fax : +90 312.551 21 90

www.setav.org | info@setav.org | @setavakfi

SETA | İstanbul

Defterdar Mh. Savaklar Cd. Ayvansaray Kavşağı No: 41-43

Eyüpsultan İstanbul TÜRKİYE

Phone: +90 212 315 11 00 | Fax: +90 212 315 11 11

SETA | Washington D.C.

1025 Connecticut Avenue, N.W., Suite 1106

Washington, D.C., 20036 USA

Phone: 202-223-9885 | Fax: 202-223-6099

www.setadc.org | info@setadc.org | @setadc

SETA | Cairo

21 Fahmi Street Bab al Luq Abdeen Flat No 19 Cairo EGYPT

Phone: 00202 279 56866 | 00202 279 56985 | @setakahire

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	7
EXECUTIVE SUMMARY	8
VORWORT	9
BESONDERE VORKOMMNISSE UND ENTWICKLUNGEN IM KALENDERJAHR 2017	12
ARBEITSWELT	13
ÜBERGRIFFE AUF ALS MUSLIMISCH MARKIERTE EINZELPERSONEN UND INSTITUTIONEN	13
BILDUNG UND WISSENSCHAFT	18
POLITIK	20
MEDIEN	36
JUSTIZWESEN	43
INTERNET	46
ZENTRALE FIGUREN IM ISLAMOPHOBEN NETZWERK	49
ERFOLGREICHE UND POSITIVE GEGENSTRATEGIEN	53
ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN	54

DER AUTOR

Farid HAFEZ

Dr. Farid Hafez lehrt und forscht an der Abteilung Politikwissenschaft der Universität Salzburg. Zudem ist er Senior Research Scholar bei The Bridge Initiative an der Edmund A. Walsh School of Foreign Service an der Georgetown University. 2017 war er Botstiber-Fulbright Professor for Austrian-American Studies an der University of California, Berkeley. Seit 2010 ist Hafez Herausgeber des bilingualen Jahrbuch für Islamophobieforschung. Hafez hat mehr als 70 Publikationen veröffentlicht. Email: farid.hafez@sbg.ac.at

Dieser Bericht ist erstmals in gekürzter Version hier veröffentlicht worden: Farid Hafez (2018): Islamophobia in Austria: National Report 2017, in: Enes Bayraklı & Farid Hafez, European Islamophobia Report 2017, Istanbul, SETA, 2018. European Islamophobia Report kann unter folgendem link heruntergeladen werden: www.islamophobiaeurope.com

ZUSAMMENFASSUNG

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus verzeichnete 2017 insgesamt 309 dokumentierte Vorfälle. ZARA dokumentierte insgesamt 57 Fälle von Hasskriminalität, wobei lediglich 13 Fälle darunter dezidiert gegen MuslimInnen gerichtet waren. Die Initiative für ein Diskriminierungsfreies Bildungswesen (IDB) dokumentierte 28 Fälle von Diskriminierung. Es ist aber davon auszugehen, dass die Dunkelziffer, wie von der europäischen Menschenrechtsagentur FRA dargelegt, weitaus höher liegt, da lediglich an die 12 % der diskriminierten Muslime Fälle melden. Einige Übergriffe zielten direkt auf linke Organisationen wie die Grünen oder die Sozialistische Jugend ab.

2017 bedeutete das Ende der SPÖ-ÖVP-Koalition, in welchem ein Gesichtsschleierverbot eingeführt wurde und ein diskriminierender Diskurs rund um die Umsetzung von Berufsverböten für muslimische Frauen mit Haarbedeckung eingesetzt hat. 2017 war ebenso geprägt von einem Nationalratswahlkampf, in dem der islamophobe Populismus der FPÖ von der neu gefärbten ÖVP als Liste Kurz viele der freiheitlichen Forderungen übernahm. So meinte der nunmehrige Bundeskanzler, islamische Kindergärten seien generell zu schließen. Rechte Bewegungen wie die Identitären fühlten sich aufgrund dieser Entwicklungen entsprechend gestärkt in ihren Positionen. Hass im Netz wurde aufgrund der Verbesserung in der Bekämpfung von diesem effektiver geahndet. Eine ebenso erfreuliche Entwicklung ist die Zunahme von kritischen Stimmen gegenüber dem islamophoben Diskurs aufseiten der klassischen Medien. Nicht zuletzt die Leaks der Wochenzeitschrift Falter rundum die Beeinflussung der sogenannten Kindergartenstudie haben einer breiteren Öffentlichkeit die strukturelle Dimension islamophober Programmatik¹ veranschaulicht. Der Einsatz von Wissenschaft zur Legitimation islamophober Politik hat sich 2017 besonders deutlich gezeigt. Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ deutet aber darauf hin, dass Österreichs MuslimInnen mit einer noch autoritäreren Form des politischen Umgangs, wie sie mit dem Islamgesetz aus 2015 eingeläutet wurde, zu rechnen haben.

1. Farid Hafez, „Alte neue Islampolitik in Österreich? Eine postkoloniale Analyse der österreichischen Islampolitik“, ZfP – Zeitschrift für Politik, 65. Jahrgang, 1/2018, 22-44.

Dieser Bericht ist als Teil des englischsprachigen European Islamophobia Report entstanden. Der Österreichische Islamophobie-Bericht 2017 bildet dabei den Länderbericht für Österreich ab. Ziel dieses Berichtes ist es, die Entwicklung und den Status Quo von Islamophobie im jeweiligen Kalenderjahr aufzuzeigen.

EXECUTIVE SUMMARY

The Documentation and Counseling Centre on Islamophobia and anti-Muslim racism reported a total of 309 cases in 2017. ZARA documented a total of 57 cases of hate crime, with 13 cases targeting specifically Muslims. The Initiative for a Discrimination-Free Education (IDB) documented 28 cases of discrimination. However, it can be assumed that the number of unreported cases, as set out by the European Fundamental Rights Agency (FRA) is far higher, as only 12% of Muslims who have been discriminated against report their cases. Some attacks targeted directly left-wing organizations such as the Greens or the Socialist Youth.

In 2017, a coalition consisting of the social democratic party (SPÖ) and the conservative party (ÖVP) ended. This government had introduced full face veil-ban. It propelled a discriminatory discourse on the implementation of banning women wearing the hijab to work in certain professions. 2017 was also coined by a national parliamentary election campaign in which the ÖVP coopted the Islamophobic populism of the FPÖ. Thus, the now-chancellor Sebastian Kurz said that Islamic kindergartens should generally be closed. As a result of these developments, right-wing movements like the Identitarians felt strengthened in their positions. Hatred in the Internet has been more effectively sanctioned due to legal improvements to combat it. An equally gratifying development is the increase of critical voices challenging the Islamophobic discourse in classical media. Last but not least, the leaks of the weekly Falter regarding the so-called kindergarten study revealed the structural dimension of Islamophobic program to a broader public. The use of academia to legitimize Islamophobic politics has been particularly evident in 2017. However, the government program of the ÖVP and the FPÖ indicates that Austria's Muslims can envisage an even more authoritarian form of political behavior, as initiated by the 2015 Islamic Act.

VORWORT

In einer breit angelegten Studie der FRA (Fundamental Rights Agency), der „Zweiten Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung“ (EU-MIDIS II) wurde mitunter für MuslimInnen festgehalten, dass fast jede dritte befragte Person angibt, dass ihr Diskriminierung bei der Arbeitssuche widerfährt. Beinahe die Hälfte der Befragten haben sechs Mal öfter Diskriminierung erfahren. Bei Befragten, die sichtbare religiöse Kleidung tragen, waren es eine von drei Personen die Diskriminierung, Belästigung oder Polizeikontrolle erlebt haben. Lediglich zehn Prozent der befragten Vorfälle von Hass-motivierter Belästigung oder Diskriminierung der Polizei oder anderen Serviceeinrichtungen berichteten diese. Und lediglich vier Prozent meldeten eine Diskriminierung einer Gleichbehandlungsstelle, einer Menschenrechtsstelle oder einer Ombudsperson.¹ Letzteres ist für den vorliegenden Bericht besonders von Bedeutung, denn es lässt erahnen, wie hoch die Dunkelziffer neben den an ZARA, Dokustelle Muslime, die Gleichbehandlungsanwaltschaft im Bundeskanzleramt berichteten Vorfällen ist. Diesen Umstand gilt es insbesondere hier nochmal zu betonen, um darauf hinzuweisen, dass der vorliegende

Bericht nicht die Absicht hat, ein Phänomen vollständig abzubilden, sondern vielmehr ein Stimmungsbild zu vermitteln. Dass die Einstellung in der österreichischen Gesamtbevölkerung gegenüber ihren muslimischen Mitmenschen im Europavergleich recht negativ ausfallen, zeigt das Unterkapitel ‚Umfragewerte‘. Diese Fremdheit, die MuslimInnen zugesprochen wird, ist entsprechend auch auf ihrer Seite zu verzeichnen.

Eine 1969 in Oberösterreich zur Welt gekommene Tochter einer ersten Generation Gastarbeiterfamilie, Elif Yilmaz, zeigte diese Entwicklung anschaulich in einem Gastkommentar auf: „Es sind über 40 Jahre vergangen. All diese Zeit lang glaubte und fühlte ich mich als Teil dieser Gesellschaft, als anerkannte Person.“² Heute empfinde sie „nur Schmerz, tiefgehende Kränkung und Distanz [...] Wo gehöre ich jetzt hin, wo gehören meine Kinder hin? Wie kann ich Österreich meine Heimat nennen, wenn so viele Menschen verachtend auf mein Kopftuch starren und sagen, ich ekle mich vor ihnen?“³

Islamophobie ist heute die nicht tabuisierte Form von Rassismus.⁴ Das reicht von einem

2. Yilmaz, Elif (2017), „Kopftuch, Kränkungen und die Frage nach der Heimat“, Der Standard, 24.02.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000053161456/Kopftuch-Kraenkungen-und-die-Frage-nach-der-Heimat> [Accessed: 29th December 2017]

3. Ebd.

4. In diesem Bericht verwenden wir folgende Arbeitsdefinition für den Begriff Islamophobie/Anti-muslimischer Rassismus: „Islamophobie ist antimuslimischer Rassismus. Wie auch die Antisemitismusforschung zeigt, verweisen semantische und etymologische Komponenten von Begriffen notwendigerweise nicht auf die vollständige Bedeutung dieser sowie auf ihre Verwendung. So ist es auch im Falle von Islamophobieforschung. Heute wird der Begriff der Islamophobie selbstverständlich in der akademischen Landschaft ebenso wie in der öffentlichen Sphäre verwendet. Kritik an MuslimInnen sowie an der islamischen Religion ist nicht gleichzusetzen mit Islamophobie. Islamophobie bedeutet, dass eine dominante Gruppe von Menschen Macht erstrebt, stabilisiert und ausweitet, indem sie einen Sündenbock imaginiert, der real existiert oder auch nicht, und diesen Sündenbock von den Ressourcen, Rechten und der Definition eines kollektiven ‚Wir‘ ausschließt. Islamophobie arbeitet mit der Figur einer statischen islamischen Identität, die negativ konnotiert ist und auf die Masse der imaginierten MuslimInnen generalisiert ausgeweitet wird. Gleichzeitig sind islamophobe Bilder fließend und verändern sich in unterschiedlichen Kontexten, denn Islamophobie sagt uns mehr über die Islamophoben aus, als sie uns etwas über ‚den Islam‘ oder ‚die MuslimInnen‘ sagen würde“.

1. European Union Agency for Fundamental Rights (2017), Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Muslims –Selected Findings, 9.

US-Präsidenten bis hin zu vielen Meinungsmachern und politischen Führungskräften in Österreich. So sah sich der 45. Präsident der USA durch die Umfrage des Chatham House in seinem Muslim Ban bestätigt. Er twitterte: „Majority in Leading EU Nations Support Trump-Style Travel Ban' Poll of more than 10.000 people in 10 countries...“.⁵ So zeigt sich in den Unterkapiteln über Politik und Medien auch, wie verbreitet Islamophobie als Form eines strukturellen Rassismus in Österreich ist. Die Kritik von Luxemburgs Außenminister Asselborn im Hinblick auf dessen Migrationspolitik, Kanzler Kurz würde eine Sprache wie Präsident Trump benutzen, unterstreicht diese Tendenz.⁶ Wenn der Salzburger Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Klemens Renoldner erklärt, Österreich befinde sich mit der neuen Regierungskoalition auf dem Weg in eine illiberale Demokratie,⁷ dann sollte Islamophobie hier als wichtiges Mittel der Mobilisierung und Ablenkung von prekärer werden den sozio-ökonomischen Verhältnissen einerseits wie auch zur Unterstützung der Versicherheitlichung der Gesellschaft auf der anderen Seite nicht unterschätzt werden.

Zweifelsohne gibt es ein Gemisch an Ursachen, die uns die Verbreitung von anti-muslimischem Rassismus erklären. Die Journalistin Alexia Weiss zeigte etwa im Falle des damaligen Innenministers Wolfgang Sobotka im Rahmen der ORF-Diskussion „Im Zentrum“, wie er verfehlte, die korrekt Bezeichnung von „Muslimen“ zu verwenden und anstatt dessen von „Islame“

sprach.⁸ Sie argumentiert: „Darin offenbart sich eine Distanz. Es signalisiert: das ist mir fremd. Aber auch: damit will ich mich nicht auseinandersetzen.“⁹ Diese Form der Unwissenheit kann nicht als bössartig betrachtet werden. Diese Distanz trägt aber dazu bei, nicht nur Muslime nicht als Subjekte (an-)zu-erkennen, sondern auch ihre Diskriminierung und ihre Leidensgeschichte als Opfer von Rassismus nicht zu sehen. In diesem Sinne diskutierte die Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi ‚Über Tyrannei‘, das Werk des Yale-Professors Timothy Snyder:

„Wann bekommen Tyrannen eine Chance? Ein Schlüsselbegriff ist das, was Snyder ‚Terrorismus-Management‘ nennt. In der Vergangenheit nutzten autoritäre Führer oft wirkliche Terroranschläge, um im Namen der Sicherheit demokratische Freiheiten beiseitezuräumen. [...] Sollten wir aufmerksam werden, wenn ein Doppelmord in Linz als Argument für ein umstrittenes ‚Sicherheitspaket‘ verwendet wird? Eine ebenso fragwürdige Studie über islamische Kindergärten als Argument für Restriktionen islamischer Einrichtungen? Auf jeden Fall kann Wachsamkeit nicht schaden.“¹⁰

Diese Einschätzung zeigte sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass die IS-Komplizenschaft dieser Tat, welche vom damaligen Innenminister kolportiert wurde, nicht stimmte bzw. dass die sogenannte Kindergartenstudie mehr als politische Propaganda denn als Anstrengung zur Wahrheitsfindung zu werten ist, wie die Causa – mithilfe von Falter und wissenschaftlicher Prüfung – zeigte. Und zweifelsohne können wir das, was viele als Rechtsruck bezeichnen, als Form eines Hegemonialwerdens von Islamophobie

5. Trump, Donald J (2017), Tweet, 13:46 - 8.2.2017, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/829446266111287305?lang=de>

6. Müller, Peter (2017), „Luxemburgs Außenminister Asselborn „Kanzler Kurz spricht die Sprache Trumps““, 29.12.2017. Available from: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/jean-asselborn-kanzler-kurz-spricht-die-sprache-donald-trumps-a-1185396.html> [Accessed: 31th December 2017]

7. Renoldner, Klemens (2017), „Auf dem Weg in eine illiberale Demokratie“, Causa Tagesspiegel, 28.10.2017. Available from: <https://causa.tagesspiegel.de/politik/nationalratswahl-in-oesterreich/auf-dem-weg-in-eine-illiberale-demokratie.html> [Accessed: 29th December 2017]

8. Weiss, Alexia (2017), „Menschenmüll“, Wiener Zeitung, 12.06.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/blogs/juedisch_leben/897787_Menschenmuell.html [Accessed: 10th December 2017]

9. Ebd.

10. Coudenhove-Kalergi, Barbara (2017), „Tyrannei“, Der Standard, 12.07.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000061211493/Tyrannei?ref=article> [Accessed: 10th December 2017]

beobachten. Dies geht mit einer Abwehrhaltung gegenüber der Benennung dieser Form des Rassismus einher. Nach Veröffentlichung des Islamophobieberichts im letzten Jahr für das Kalenderjahr 2016 gab es – mit einer Ausnahme – anstatt einer inhaltlichen Replik lediglich Denunziationen. Es wurde unterstellt, dass hier ein „pseudowissenschaftlicher Report“ vorgelegt wurde, der „eine politische Agenda“ verfolge.¹¹ Islamophobie, so die Kritiker, sei nichts weiter als ein Kampfbegriff. Dieser Diskurs findet sich aber nicht nur im Boulevard, wo explizit von einer „Islamophobie-Keule“ und „Islamophobie-Lüge“ als ein „niederträchtiges Werkzeug, das radikale Islamisten erfanden“¹² die Rede ist. Sie findet sich ebenso im sogenannten Qualitätsjournalismus, wie sich in diesem Bericht auch zeigt. Dabei zeigt, dass es wenig Interesse gibt, sich tatsächlich mit strukturellem Rassismus auseinanderzusetzen und vielmehr die Semantik des Begriffs samt eigenen Interpretationen in den Vordergrund gestellt wird. Bezeichnend steht dafür etwa eine Ende Jänner 2017 veröffentlichte Presseaussendung der Identitären. Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung festhält, stellen die Identitären die Avantgarde zur strategischen Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster in der Öffentlichkeit dar.¹³ In der Aussendung hieß es, dass „reihenweise [...] identitäre Forderungen entgegen dem bisherigen Kurs des SPÖ-Kanzlers übernommen“ wurden. Die Identitären orten darin „einen Erfolg des identitären Aktivismus und der Kampagne für Remigration und Leitkultur“. Darunter fällt auch die „Ein-

schränkung des Islams“ und dass „Islamophobie eine Art Kampfbegriff“ verwendet würde.¹⁴ Die einzige Ausnahme einer inhaltlichen Auseinandersetzung bildete hier der Kommentar des stellvertretenden Chefredakteurs der Salzburger Nachrichten, auf den ich umfassend geantwortet hatte, worauf aber weder ein Abdruck in derselben Zeitung erschien, noch eine Antwort kam, weshalb er lediglich auf meinem privaten Blog nachzulesen ist.¹⁵ Dass der Topos der ‚Islamophobie als Kampfbegriff‘ vom liberalen Spektrum (‚Die Presse‘, Oliver Pink)¹⁶ über Politikwissenschaftler wie Thomas Schmidinger¹⁷ und Hans Rauscher (‚Totschlagbegriff‘)¹⁸ bis hin zu Personen mit bekannten rassistischen Ausfällen wie den nunmehrigen NR-Abg. Efgani Dönmez¹⁹ reichen, sollte zum Nachdenken anregen. Zuletzt meinte das rechtsextreme Organ unzensuriert.at in einem Artikel, den unterstellt, dass der internationale Boykott-Aufruf gegen FPÖ-Minister von der „George-Soros-Stiftung und Islam-Lobby“ ausginge, dass es eine Strategie sei, „diesen Begriff gleichwertig zu Begrif-

14. Lenart, Patrick (2017), „Identitäre: Regierung bekennt sich zu identitärem Programm“, OTS, 30.01.2017. Available from: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170130_OTS0178/identitaere-regierung-bekannt-sich-zu-identitaerem-programm [Accessed: 10th December 2017]

15. Hafez, Farid (2017), „Replik zu Andreas Kollers „Wem dient der Opfer-Mythos?““, Farid Hafez, 25.04.2017. Available from: <https://www.faridhafez.com/replik-zu-andreas-kollers-wem-dient-der-opfer-mythos/> [Accessed: 10th December 2017]

16. Pink, Oliver (2017), „Der Präsident und die Islamophobie“, Die Presse, 26.04.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/5207552/> [Accessed: 30th December 2017]

17. Mayr, Peter; Mittelstaedt, Katharina (2017), „Warnung vor steigender Islamophobie: Wenige Daten, viel Gefühl“, Der Standard, 27.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056676445/Warnung-vor-steigender-Islamophobie-Wenig-Daten-viel-Gefuehl> [Accessed: 30th December 2017]

18. Rauscher, Hans (2017), „Der Kopftuchsager und die Realität im Park“, Der Standard, 30.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056740278/Der-Kopftuchsager-und-die-Realitaet-im-Park> [Accessed: 30th December 2017]

19. Dönmez, Efgani (2017), „Kopftuch ist ein Instrument des politischen Islam“, Kronen Zeitung, 27.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/kopftuch-ist-instrument-des-politischen-islam-efgani-doenmez-story-566675> [Accessed: 30th December 2017]

11. Widler, Yvonne (2017), „Historiker: „Der Islam wird nach anderen Kriterien beurteilt““, Kurier, 08.05.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/oesterreich/historiker-der-islam-wird-nach-anderen-kriterien-beurteilt/262.647.440> [Accessed: 10th December 2017]

12. Krone (2017), „Islamisten haben Begriff „Islamophobie“ erfunden“, Kronen Zeitung, 27.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/islamisten-haben-begriff-islamophobie-erfunden-offener-brief-an-vdb-story-566686> [Accessed: 31th December 2017]

13. BVT (2017), Verfassungsschutzbericht 2016, S. 43.

fen wie Antisemitismus oder Rassismus zu etablieren“, womit „in erster Linie jede Kritik am Islam unterbunden werden“²⁰ solle. Dass diese Argumentationen selbst einer Logik der Legitimation eigener Dominanzpositionen folgen und von keinerlei Auseinandersetzung mit den Inhalten der Islamophobiekritik zeugen, ist bei vielen ersichtlich.

BESONDERE VORKOMMNISSE UND ENTWICKLUNGEN IM KALENDERJAHR 2017

In Österreich sehen wir eine Zunahme an feindlichen Einstellungen auf Seiten der Bevölkerung. Eine Studie der FRA zeigt, dass die österreichische Bevölkerung im Vergleich zu anderen EU-Staaten ein relativ negatives Verhältnis zu MuslimInnen hat. Ganze 31 Prozent der österreichischen Bevölkerung geben an, dass sie es nicht gut finden würden, wenn sie MuslimInnen als Nachbarn hätten. Damit weist Österreich gemeinsam mit Malta den zweithöchsten Wert auf. Mehr Ablehnung gegenüber MuslimInnen gibt es laut FRA-Studie nur in Zypern.²¹ Auf Basis einer regelmäßigen Befragung des Meinungsforschers Peter Hajek im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) zeigt sich: Drei Viertel der Befragten stimmen nicht der Aussage zu, dass der Islam zu Österreich gehöre. Acht von zehn Befragten sprechen sich dafür strengere Kontrollen von Moscheen aus, um sogenannte möglichen Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken. 86 Prozent fordern eine stren-

gere Kontrolle möglicher Auslandsfinanzierungen von Moscheen, 84 Prozent wollen auch eine strengere Kontrolle islamischer Kindergärten. 69 Prozent sprechen sich für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Kindergartenpersonal aus. Beim Thema Bildung sprechen sich 72 Prozent für eine verpflichtende Teilnahme am Schwimmunterricht ohne Rücksicht auf religiöse Gründe aus, 88 Prozent für ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr bei schlechten Deutschkenntnissen und 86 Prozent für strengere Kontrollen der Deutschkenntnisse des Kindergartenpersonals.²²

Wie die Erhebung der FRA zeigt, entfremdet sich auch die muslimische Gesellschaft. Nur Italien und die Niederlande weisen niedrigere Werte für die Verbundenheitsgefühle der Muslime zu ihrem jeweiligen Land, in dem sie leben, auf.²³ Dieser Trend hat sich in Österreich insbesondere unter türkisch-stämmigen muslimischen Menschen erhöht. Das Gefühl, in Österreich heimisch zu sein, ging im letzten Jahr um beinahe zehn Prozentpunkte zurück (von 51 auf 42 Prozent).²⁴

Eine Umfrage der Europäischen Rundfunkunion (EBU), an dem 18 Fernsehanstalten – mitunter der ORF – beteiligt sind, mit dem Titel „Generation What?“ gibt an, dass 51 Prozent der Befragten in Österreich meinen, der Anblick verschleierter Frauen auf der Straße und am Arbeitsplatz störe sie. Das ist eines der höchsten Ergebnisse unter den 14 beteiligten Ländern.²⁵ In einer Umfrage des Instituts ‚meinungsraum.at‘ für das Mauthausen Komitee Österreich wurde erhoben,

20. Unzensuriert (2017), „Hinter Boykott-Aufruf gegen FPÖ-Minister stecken George-Soros-Stiftung und Islam-Lobby“, Unzensuriert, 30.12.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0025885-Hinter-Boykott-Aufruf-gegen-FPOe-Minister-stecken-George-Soros-Stiftung-und-Islam> [Accessed: 31th December 2017]

21. Medienservicestelle (2017), „MuslimInnen und ihr Umgang mit Religion“, Medienservicestelle, 02.10.2017. Available from: http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2017/10/02/musliminnen-und-ihr-umgang-mit-religion/ [Accessed: 29th December 2017]

22. Hajek, Peter/Stark, Jennifer (2017), Integrationsbarometer 2/2017. Integrationsbefragung, Herausgeber: ÖIF, 19, 24, 25, 26, 29.

23. European Union Agency for Fundamental Rights (2017), Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Muslims – Selected Findings, 20.

24. Aloß (2017), „Die Vermessung der Migration“, ORF, 23.08.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2404239/2404238/> [Accessed: 10th December 2017]

25. APA (2017), „Studie: Junge Österreicher stören sich an verschleierten Frauen“, Der Standard, 25.04.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000056501546/Studie-Junge-Oesterreicher-stoeren-sich-an-verschleierten-Frauen> [Accessed: 29th December 2017]

dass 44 Prozent der Befragten stört, wenn die Verkäuferin in einem Lokal ein Kopftuch trägt (Wachstum von 2% gegenüber 2015). In Sachen Religionsfreiheit sei man auch weiter auf dem Weg zu weniger Toleranz. Den Bau einer Moschee in der Nachbarschaft lehnen nicht mehr 64 Prozent (2015), sondern 71 Prozent der Befragten (44% im Falle eines Buddhistischen Zentrums) ab. 41 Prozent lehnen es laut der Umfrage total ab, eine Moschee in der näheren Wohnumgebung zu haben (Buddhistisches Zentrum: 19%).²⁶

Arbeitswelt

Der steirische BFI-Geschäftsführer Wilhelm Techt versuchte das von der Regierung propagierte und in der Öffentlichkeit stark kritisierte „Neutralitätsgebot“ für seinen Betrieb einzuführen. Damit wollte er Symbole aller Religionen, von der Nonnentracht über die Kippa bis zum Kreuz, alles verbieten. Techt erklärte in gegenüber Medien: „Und wir bekennen uns zur Willkommenskultur, wollen diesen Menschen aber auch unmissverständlich unsere westliche Kultur, unsere Werte vermitteln.“²⁷ Weiter hieß es, er würde veranlassen, dass lediglich Frauen in „westlicher Kleidung als Vorbilder beschäftigt (werden, FH), die Mädchen auch ermutigen, selbst auf das Kopftuch zu verzichten“.²⁸ Protest kam vom Frauenreferat des Islamischen Kulturzentrums Graz.²⁹ Nachdem einer Frau drohte, ihre Dienststelle nicht mehr antreten zu können, wurde nach Einschalten der Arbeiterkammer die Auseinanderset-

zung vorerst beigelegt.³⁰ Im November wurde die Dienstanweisung sodann zurückgezogen.³¹

Nach dem Urteil des EUGH, das Unternehmen im privaten Bereich ermöglicht, Mitarbeitern das Tragen religiöser Kleidung zu verbieten, verschickte ‚Die Presse‘ einen Rundruf, der zeigt, dass die größeren Handelsunternehmen ein solches Verbot ablehnen: Rewe-Sprecher Paul Pötschacher, DM-Geschäftsführerin Petra Matthi-Kogelnik, Spar-Sprecherin Nicole Berkmann sowie ISS Facility Services Österreich bekennen sich allesamt zu „gelebter Diversität“.³²

In Sachen Religionsfreiheit sei man auch weiter auf dem Weg zu weniger Toleranz. Den Bau einer Moschee in der Nachbarschaft lehnen nicht mehr 64 Prozent (2015), sondern 71 Prozent der Befragten (44% im Falle eines Buddhistischen Zentrums) ab.

Übergriffe auf als muslimisch markierte Einzelpersonen und Institutionen

Wie von der FRA erhoben, liegt die Dunkelziffer von Übergriffen weitaus höher als jene der tatsächlich berichteten Vorfälle. Im Rahmen eines Gruppeninterviews mit zwei Studentinnen (eine aus der Steiermark und eine aus Wien) und einer Schülerin (Oberösterreich) habe ich

26. APA (2017), „Herkunft und Religion: Toleranz der Österreicher nimmt ab“, Die Presse, 03.05.2017. Available from: http://diepresse.com/home/innenpolitik/5210974/Herkunft-und-Religion_Toleranz-der-Oesterreicher-nimmt-ab [Accessed: 29th December 2017]

27. Hecke, Bernd (2017), „Bildungsinstitut BFI verbietet Mitarbeiterinnen Kopftuch“, Neue, 15.03.2017. Available from: <http://www.neue.at/politik/2017/03/14/bildungsinstitut-bfi-verbietet-mitarbeiterinnen-kopftuch.neue> [Accessed: 29th December 2017]

28. Ebd.

29. Hecke, Bernd (2017), „Grazer Muslimas wollen sich Identität nicht nehmen lassen“, Kleine Zeitung, 10.10.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5185219/Kritik-an-Kopftuchverbot_Grazer-Muslimas-wollen-sich-Identitaet?x-tor=CS1-15 [Accessed: 29th December 2017]

30. Pilz, Peter (2017), „Staatsbürgerschaften: Illusion und Integration“, Der Standard, 23.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056390053/Staatsbuergerschaften-Illusion-und-Integration?ref=article> [Accessed: 29th December 2017]

31. Kleine Zeitung (2017), „Kopftuchverbot beim BFI ist endgültig vom Tisch“, Kleine Zeitung, 17.11.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5322373/Streit-beigelegt_Kopftuchverbot-beim-BFI-ist-endgueltig-vom-Tisch?x-tor=CS1-15 [Accessed: 29th December 2017]

32. Böhm, Wolfgang; Kary, Christine (2017), „Handel lehnt Kopftuchverbot ab: Vielfalt ist ein „Bedürfnis von Kunden““, Die Presse, 14.03.2017. Available from: http://diepresse.com/home/ausland/eu/5183560/Migration_Handel-lehnt-Kopftuchverbot-ab [Accessed: 29th December 2017]

eine Befragung zu islamophoben Übergriffen in ihrem Alltag gemacht. Eine Lehrerin berichtet von einem Mediationsgespräch, im Rahmen dessen der Direktor zur Mutter eines betroffenen Schüler meinte, ihr Sohn habe „Kritik an seinem unpassenden Verhalten zu akzeptieren und das Verhalten zu ändern, auch wenn sie von einer Frau kommt“. Eine Studentin erzählt von einem Vorfall am Flughafen Graz. Sie musste ihren Hijab ablegen, obwohl es beim Passieren des Scan-Geräts nicht gepiepst hatte. Bei einem Spaziergang in der Innenstadt überquerte eine Studentin die Straße, ohne darauf zu achten, ob ein Fahrzeug kommt. Ein Radfahrer, der an der Studentin vorbei fuhr, sagte: „Weg do Drecksmuslim!“. Die Schülerin erzählt von einem Vorfall in Klassenzimmer. Die Lehrerin des Faches Geographie und Wirtschaftskunde thematisiert das Verbot der Vollverschleierung. Drei Schülerinnen mit Hijab sitzen in der Klasse. Eine wird gegen Ende zu Wort gelassen. Während der Ausführungen fallen Sätze wie „Wozu braucht man ein Kopftuch zum Schwimmen? Die Haare werden so oder so nass.“ Benachbarte Mitschüler tuschelten und meinten etwa: „Meiner Meinung nach sollte die Vollverschleierung verboten werden, weil es könnte sich jeder hinter diesem Schleier verbergen.“ Nachdem die Schülerin, die sich hilflos fühlt und die Fassung verliert, eine Bemerkung macht, wonach das Leben aus Prüfungen bestehe, meint die Lehrerin zu ihr: „Ja toll! Prüfung nicht bestanden und du landest im Wagner Jauregg (eine Anstalt für psychiatrische Erkrankungen, die im oberösterreichischen Volksmund für eine Irrenanstalt steht, FH)!“ Als am nächsten Tag die Schülerin, die zuvor verstört nach Hause ging und sich zuhause bei der Mutter ausweinte, mit ihrem Vater und einer weiteren Schülerin zum Direktor gingen, stritt die Lehrerin alles ab.

In Graz wurde eine Muslimin von einem unbekannten Täter attackiert. Der Mann riss

ihr das Kopftuch herunter und versuchte sie zu vergewaltigen. Dabei habe er gerufen: „Ich will deine Haare sehen!“ Die Frau konnte noch entkommen, nachdem sie sich von ihm freischlug.³³

Im April fasste ein mehrfach vorbestrafter - drei Mal einschlägig - 30-Jährige unbedingte Geldstrafe in Höhe von 7.560 Euro aus, weil er in einer Nacht im Februar ein mit Hundekot gefülltes Säckchen gegen die Fassade der Moschee des Vereins ATIB in Bludenz geschleudert hatte. Das nicht rechtskräftige Urteil sprach den Angeklagten schuldig für schwere Sachbeschädigung.³⁴

Nach Einführung des Anti-Gesichtsschleierverbots sahen sich PassantInnen auf der Straße dazu gedrängt, Musliminnen mit Gesichtsschleier auf das Verbot aufmerksam zu machen.³⁵ Insgesamt kam es in den ersten beiden Wochen zu 30 Amtshandlungen, wonach vier lediglich muslimische Frauen mit einem Gesichtsschleier betroffen hätten.³⁶ Das symbolisch bemerkenswerteste war jene Amtshandlung, die gegen das Parlamentsmaskottchen Lesko gerichtet war.³⁷

Einen Tag nach der NR-Wahl berichtet ein Mann, dass zwei Frauen mit Haarbedeckung von einem Mann bezüglich der Wahl angesprochen werden. Er richtet sich an die beiden und meint: „Ab heute werd ma euch

33. Redaktion, „Muslimin in Graz attackiert“, IslamiQ, 18.12.2017, Available from: <http://www.islamiq.de/2017/12/18/muslimin-in-graz-attackiert/>

34. Vorarlberg ORF (2017), „Moschee mit Hundekot beworfen: Geldstrafe“, ORF, 24.04.2017. Available from: <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2839983/> [Accessed: 29th December 2017]

35. Seiser, Birgit (2017), „Wien: Nikab-Streit auf offener Straße“, Kurier, 06.10.2017. Available from: <https://kurier.at/chronik/wien/wien-nikab-streit-auf-offener-strasse/290.364.037> [Accessed: 29th December 2017]

36. ORF (2017), „Verhüllungsverbot: 30 Amtshandlungen“, ORF, 10.10.2017. Available from: <http://wien.orf.at/m/news/stories/2872439/> [Accessed: 29th December 2017]

37. Trescher, Thomas (2017), „Verhüllungsverbot: Darf man sich zu Halloween als Burka-Trägerin verkleiden?“, Kurier, 20.10.2017. Available from: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/verhuellungsverbot-darf-man-sich-zu-halloween-als-burka-traegerin-verkleiden/293.190.778> [Accessed: 10th December 2017]

jagen, seit heute wollen wir euch Nomadenweiber nicht mehr hier haben. Macht's euren scheiss Fetzen runter“.³⁸

Eine an einem Wochenende entdeckte Beschmierung mit der Aufschrift „Moslem“ samt einem Pfeil, der in den Mistkübel zeigte, wurde nach Aufzeigen an einem Sonntag von der zuständigen MA 48 am darauf folgenden Tag gereinigt. Alexia Weiss fragte kritisch in der Wiener Zeitung nach: „Muslime sollen also in Mistkübel gestopft werden, weil, ja weil? Weil sie Mist sind, Müll? Wertlos? Entsorgt werden müssen? Und entsorgen steht für: ja was? Unerwünscht sein? Vernichtet werden sollen? Freies Assoziieren führt in die verschiedensten Richtungen.“³⁹

ABB 1: DAS WORT „MOSLEMS“ MIT PFEIL AUF EINEM MÜLLKORB.



Ein Schriftzug mit den Worten „Islam raus“ wurde an den Wänden des Vereins Kulturvereins Kars Igdir Ardahan in der Schlachthausgasse in Wien im 3. Bezirk gesichtet.

ABB. 2: BESCHMIERUNG „ISLAM RAUS“ AUF EINER WAND EINES TÜRKISCHEN KULTURVEREINS.⁴¹



Eine ähnliche Aufschrift mit den Worten „MOSLEMS RAUS“ wurde am 24. November gesichtet,⁴⁰ wobei am nächsten Tag der Schriftzug „MOSLEMS“ mit „NAZIS“ überzeichnet wurde.

ABB. 3: BESCHMIERUNG „MOSLEMS RAUS“ AN EINER HAUSWAND.



An der Universität Wien wurde am 25. September der Schriftzug „F*** Islam“ sowie vulgäre Ausdrücke zu muslimischen Frauen gesichtet.⁴²

38. T. Jar Mend (2017), „Post“, Facebook, 16.10.2017. Available from: https://www.facebook.com/julien.tairi/posts/10211429955759480?comment_id=10211435629021308¬if_id=1508224862346675¬if_t=comment_mention&ref=not [Accessed: 29th December 2017]

39. Weiss, Alexia (2017), „Menschenmüll“, Wiener Zeitung, 12.06.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/blogs/juedisch_leben/897787_Menschenmuell.html [Accessed: 10th December 2017]

40. Foto: Serkan Uzunyurt

41. Foto: Mehmet Aktas, Kulturvereins Kars Igdir Ardahan,

42. Foto: Hümeýra Kestane

ABB. 4: BESCHMIERUNG „F*** ISLAM“.



Ähnliche Beschmierungen wurden auch an Gebäuden linker politischer Parteien gesichtet. So wurden drei Beschmierungen (am 1.6.2017, 8.6.2017, und 28.11.2017) bei den Grünen Wien gesichtet, einmal mit der Aufschrift „Stoppt die Islamisierung“, einmal „Islam Kills“ und einmal „Moslems raus“.⁴³

ABB. 5: BESCHMIERUNG „STOPPT DIE ISLAMISIERUNG“.



ABB. 6: BESCHMIERUNG „ISLAM KILLS“.



43. Fotos zugesandt von Gemeinderätin Faika Nagashi.

ABB. 7: BESCHMIERUNG „MOSLEMS RAUS“.



Die Sozialistische Jugend in der Landstraße berichtete von mehreren Beschmierereien im Frühjahr 2017. In der Baumgasse 12, 1030 Wien wurde mehrmals das Lokal der Sozialistischen Jugend Landstraße mit Parolen wie „Islam tötet“ und „Moslems raus“ beschmiert. Lange Zeit danach wurden fast täglich Sticker von den Identitären auf den Fensterscheiben und Fensterbrettern angebracht. Am 6. September 2017 kam es ebenso zu einer Beschmierung. Der Schriftzug lautete „Moslems raus“ und „Linksfaschisten“. Anfang April 2017 wurde eine Beschmierung „Stoppt Islam“ und „Islam tötet“ gemacht.⁴⁴

ABB. 8: BESCHMIERUNG „MOSLEMS RAUS, LINKSFASCHISTEN“.



44. Informationen und Fotos zugesandt von der Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend Wien, Fiona Herzog.

Unter dem Titel „Ramadan mit dem RFJ Schwaz“ und Fotos einer Grillerei und eines Spanferkels, eingewickelt in Alufolie, stellte der Bezirksobmann der FPÖ-Jugend RFJ, Benjamin Kranzl, ein Foto auf Facebook. Als am nächsten Tag die Polizei meldete, dass „unbekannte Täter [...] am 28. Mai gegen 0.10 Uhr den Kopf eines gegrillten Spanferkels auf das Grundstück eines türkischen Kulturvereins“ warfen (eine Moschee-einrichtung von ATIB), war die Aufmerksamkeit auf den RFJ gerichtet.⁴⁵

Die Debatte über Kindergärten (siehe Abschnitt Politik und Abschnitt Medien) hatte Auswirkungen auf die Sicherheit von Kinderbetreuungseinrichtungen, die von MuslimInnen geführt werden. So erzählt eine Leiterin eines Vereins zur Erhaltung einer privaten Schule, dass viele Angst hätten, in islamischen Kindergärten zu arbeiten. Sie spricht von rassistischen Angriffen und erzählt etwa von einem Mädchen, das auf offener Straße von einer Passantin geohrfeigt wurde. Sie erzählt von Bierdosen, die auf sie geworfen wurden, einem Sportlehrer, der aus der U-Bahn gezogen wurde und anderen Vorfällen.⁴⁶

Die Identitären brachten Banner mit der Aufschrift „Islamisierung stoppen. Islam-Schulen schließen!“⁴⁸ an einer Schule in Wien Liesing an, zu der es eine mediale Debatte gab (siehe Abschnitt Politik). LABg Al-Rawi verurteilte den

ABB. 9: BANNER DER IDENTITÄREN „ISLAMISIERUNG STOPPEN! ISLAM-SCHULEN SCHLIESSEN!“⁴⁷



Akt.⁴⁹ Die Identitären setzt ihren Aktivismus fort und verbreitet Forderungen wie ein „Koranverbot“.⁵⁰ Aus ihrer Sicht seien „zigtausende gewalttätige Allah-Krieger und selbsternannte scharia-konforme Sittenwächter [...] nicht nur in den letzten zwei Jahren eingereist“.⁵¹

Ein Kontrolleur der Wiener Linien hielt eine Muslimin mit Haarbedeckung auf, die ihre Jahreskarte zu Hause vergessen hatte. Seinen Monolog begann er mit folgenden Worten: „Du Türkin oder Österreicherin? Du sprechen nicht gut Deutsch! Wieso Du leben Österreich? Du tragen Kopftuch wozu? Du haben auch türkischen Pass? Hier Österreich...“.⁵²

Aufkleber, die dem „Refugees not Welcome“ nachgeahmt sind, mit dem Titel „Islamists not welcome“ wurden von den Identitären verbreitet.

45. Kurier (2017), „Polizei ermittelt nach „Ramadan-Feier“ von FPÖ-Jugend“, Kurier, 23.06.2017. Available from: <https://kurier.at/chronik/oesterreich/tirol-verfassungsschutz-ermittelt-nach-ramadan-feier-der-fpoe-jugend/271.389.257> [Accessed: 29th December 2017]

46. Wilflingseder, Karin (2017), „Geohrfeigt und mit Bierdosen beworfen: Muslimische Kinder im Visier“, Zeitung, 16.07.2017. Available from: <http://linkswende.org/geohrfeigt-und-mit-bierdosen-beworfen-muslimische-kinder-im-visier/> [Accessed: 29th December 2017]

47. Foto: Farid Hafez

48. APA (2017), „Islamschule: Betreiber sprechen von „innerer Angelegenheit““, Der Standard, 23.08.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000063033101/Islam-Schule-Betreiber-sprechen-von-innerer-Angelegenheit> [Accessed: 29th December 2017]

49. Sonnberger, Mario (2017), „Omar Al-Rawi (SPÖ): Identärer Blödsinn ist immer ein Schlag ins Wasser“, OTS, 23.08.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170823_OTS0056/omar-al-rawi-spoe-identaeer-bloedsinn-ist-immer-ein-schlag-ins-wasser [Accessed: 29th December 2017]

50. Islamnixgut (2017), „Video: Martin Sellner: Wahl in Österreich: Was will Sebastian Kurz (ÖVP)? – Analyse einer Karriere (12:17)“, Islamnixgut, 14.10.2017. Available from: <https://nixgut.wordpress.com/2017/10/14/video-martin-sellner-wahl-in-sterreich-was-will-sebastian-kurz-vp-analyse-einer-karriere-1217/> [Accessed: 29th December 2017]

51. Ebd.

52. Heute (2017), „Öffi-Kontrolleur macht Kopftuch-Trägerin fertig“, Heute, 23.08.2017. Available from: <http://m.heute.at/oesterreich/wien/story/58412834> [Accessed: 29th December 2017]

ABB. 10: STICKER DER IDENTITÄREN
„ISLAMISTS NOT WELCOME“⁵³



ABB. 12: STICKER „WIR MÜSSEN DRAUßEN BLEIBEN“⁵⁵



Auch verbreiteten die Identitären Broschüren gegen die „Islamisierung“ in Haushalten:

ABB. 11: PAMPHLET DER IDENTITÄREN MIT DEM TITEL
„STOPPT DIE ISLAMISIERUNG“⁵⁴



Darin wird zu Remigration und Leitkultur aufgerufen. Es heißt im Text: „Das Monopol der österreichischen Identität im öffentlichen Raum. Damit Österreich österreichisch bleibt. – Burka, Schächt- und Minarettverbot. – Verbot fremder Lobbygruppen – Schließung islamistischer Kindergärten und Moscheen – Förderung heimischer Kultur- und Traditionsvereine.“

Im Rahmen des Wahlkampfes kam es zu Veranstaltungen von Wahlplakaten wie hier ein Aufkleber mit zwei als MuslimInnen erkennbaren Personen mit der Aufschrift „Wir müssen draußen bleiben“.

53. Foto: Farid Hafez

54. Foto: Scan einer Broschüre der Identitären.

Bildung und Wissenschaft

Die Initiative für ein Diskriminierungsfreies Bildungswesen (IDB), eine NGO mit Sitz in Wien, hat insgesamt 28 Fälle von Diskriminierung dokumentiert, von denen sich 23 in der Schule und 5 in Kindergärten zugetragen haben.⁵⁶ Im Februar wurde eine Debatte über das Tragen religiöser Haarbedeckung durch muslimische Mädchen im Volksschulbereich angefasst. Während der Schulinspektorat der Stadt Wien darin kein Problem sieht, „solange sie das freiwillig tragen“, äußerte sich die Salzburger SPÖ-Stadträtin Anja Hagenauer schockiert.⁵⁷ Die Feministin Dudu Kücükgöl kritisierte in diesem Zusammenhang eine tendenziöse Berichterstattung.⁵⁸

Der ÖIF veröffentlichte kurz vor der Nationalratswahl einen „Forschungsbericht ‚Rolle der Moschee im Integrationsprozess‘“. ⁵⁹Neben den beiden Autoren Heiko Heinisch und Imet Memedi

55. Foto des Autors.

56. Interview mit der Obfrau Sonia Zaafrani.

57. ORF (2017), „Diskussion über Kopftuch für Kinder“, ORF, 10.10.2017. Available from: <http://wien.orf.at/news/stories/2823359/> [Accessed: 29th December 2017]

58. Kücükgöl, Dudu (2017), „Über kleine „Kopftuchmädchen“ und „Kippabuben““, Das Biber, 06.02.2017. Available from: <http://www.dasbiber.at/blog/ueber-kleine-kopftuchmaedchen-und-kippabuben> [Accessed: 29th December 2017]

59. Heinisch, Heiko; Memedi, Imet; et al. (2017), „Die Rolle der Moschee im Integrationsprozess“, Österreichischer Integrationsfonds, 09/2017. Available from: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Downloads/Publikationen/Forschungsbericht_Heinisch_Die_Rolle_der_Moschee_web.pdf [Accessed: 29th December 2017]

(beide) war ein mysteriöses „et al.“ angegeben.⁶⁰ Die Forschungsergebnisse wurden zusammengefasst mit „Fundamentalistische Tendenzen in vielen Einrichtungen“, „Deutliche Ablehnung österreichischer Werte“, „Starke Trennung nach Ethnien“ und „Deutsche Predigten als Ausnahme, meist kein Raum für Frauen“.⁶¹ Sebastian Kurz verwendete die Studie für seinen Wahlkampf und argumentierte, dass das Kultusamt öfter „unterwegs sein“ müsse, um Moscheen zu prüfen und Missstände zu beseitigen.⁶² Die Islamische Föderation Wien entgegnete mit einer Presseaussendung.⁶³

Der ebenso vom ÖIF mitfinanzierte Bericht „The Muslim Brotherhood in Austria“ wurde von Innenminister Sobotka zum Anlass genommen, die Errichtung eines neuen Inlandsgeheimdienstes zu prüfen.⁶⁴ Ednan Aslan kommentierte diesen als „interessanten Bericht“.



60. Ebd.

61. Österreichischer Integrationsfonds (2017), „Forschungsbericht 'Rolle der Moschee im Integrationsprozess'“, Österreichischer Integrationsfonds, 09/2017. Available from: <https://www.integrationsfonds.at/publikationen/forschungsberichte/forschungsbericht-rolle-der-moschee-im-integrationsprozess/> [Accessed: 29th December 2017]

62. Sterkl, Maria (2017), „Welche Moscheen (nicht) geprüft werden und warum“, Der Standard, 09.10.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000065655239/Welche-Moscheen-nicht-geprueft-werden-und-warum> [Accessed: 29th December 2017]

63. Erciyas, Harun (2017), „Moschee-Studie entbehrt jeder Wissenschaftlichkeit“, OTS, 04.10.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171004_OTS0040/moschee-studie-entbehrt-jeder-wissenschaftlichkeit [Accessed: 29th December 2017]

64. ORF (2017), „Sobotka prüft neuen Inlandsgeheimdienst“, ORF, 28.09.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2408931/> [Accessed: 29th December 2017]

Ein Artikel in der Gratiszeitung Heute berichtete über eine Mutter, die ihr Kind wegen des Tragens des Hijab durch eine Mitarbeiterin aus dem Kindergarten nahm.⁶⁵

Nach der mehr als zweijährigen Debatte über islamische Kindergärten wurde am 21. Dezember eine Studie zu „Wiener Kindergärten und Kindergruppen mit besonderen Bezügen zum Islam“ in Kooperation der Universität Wien und des FH Campus Wien präsentiert,⁶⁶ die nach den einseitigen „Studien“ ein realitätsnahes Bild geben soll. Während das Boulevard äußerst tendenziös über die Ergebnisse berichtete und mit dieser Berichterstattung den nunmehrigen Kanzler Kurz unterstützte,⁶⁷ wurde in Qualitätszeitungen entsprechend der Studienergebnisse⁶⁸ berichtet. Dementsprechend hieß es, Islam-Kindergärten würden keine Parallelgesellschaften fördern und vielmehr sei die beobachtete Herausnahme von Religion aus den Kindergärten bedenklich, so ein Studienautor, der Bildungswissenschaftler Henning Schluß.⁶⁹

65. Heute (2017), „Mutter nimmt Kinder wegen Kopftuch aus Hort“, Heute, 08.11.2017. Available from: <http://www.heute.at/oesterreich/niederoesterreich/story/Wirbel-um-Hort-Betreuerin--Mutter-nimmt-Kinder-raus-49868332> [Accessed: 29th December 2017]

66. Universität Wien (2017), „Studie 'Wiener Kindergärten und Kindergruppen mit besonderen Bezügen zum Islam'“, OTS, 20.12.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171220_OTS0073/studie-wiener-kindergaerten-und-kindergruppen-mit-besonderen-bezuegen-zum-islam [Accessed: 29th December 2017]

67. Dedagic, Maida (2017), „Islam-Kindergärten: Kanzler setzt Wien unter Druck“, Krone, 22.12.2017. Available from: <http://www.krone.at/1598733> [Accessed: 29th December 2017]

68. Uni Wien (2017), „Pluralität in Wiener Kindergärten und Kindergruppen unter besonderer Berücksichtigung sogenannter „islamischer“ Einrichtungen“, Medienportal Universität Wien, 12/2017. Available from: <http://medienportal.univie.ac.at/uploads/media/Abschlussbericht-PLUKI-Wien-Islam-Qualitaet-Final2.pdf> [Accessed: 29th December 2017]

69. Temel, Peter (2017), „Experten: Islam-Kindergärten fördern nicht Parallelgesellschaften“, Kurier, 21.12.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/hauptstudie-zu-islam-kindergaerten-parallelgesellschaften-werden-nicht-gefoerdert/303.119.739> [Accessed: 29th December 2017]

ABB. 14: BANNER „FREMD IM EIGENEN HAUS“ VON DER WEBSITE DER FPÖ.⁷¹

Politik

Oberösterreichs Landespolizeidirektor Andreas Pilsl erklärte zu Jahresbeginn, dass Am Tag nach dem Terrorakt am Berliner Weihnachtsmarkt in OÖ 160 speziell ausgebildete PolizistInnen in die derzeit 704 im Land betriebenen Asylquartiere gingen, um einen Lagebericht zu den rund 14.000 im Land lebenden AsylwerberInnen zu erarbeiten. Dies lief unter der im Jahr 2016 in der oberösterreichischen Landespolizeidirektion gegründeten „Kompetenz- und Lagezentrum Migration“ (KLM). Als Ergebnis wurde verlautbart, dass 15 Personen besonders hervorstachen und vom Landesverfassungsschutz besonders unter die Lupe genommen wurden. In diesem Zusammenhang meinte Pilsl: „Wir wollen nichts beschönigen, aber auch nichts dramatisieren. Ich traue mich auch zu sagen, dass alle Auffälligen Muslime sind, das muss erlaubt sein“.⁷¹

Für die Wahl im Jänner 2017 in Graz mobilisierte die FPÖ mit einem vierseitigen Folder „Gemeindewohnungen zuerst für Grazer“. Die Bebilderung entsprach der Gleichsetzung des Fremden mit dem Islam, wie unten am Bild am Beispiel der Bekleidung zu erkennen ist:

Den ersten Anstoß zu einer Debatte über ein Verbot weiblich-muslimischer Kleidung setzte der Vorsitzende des Expertenrats für In-

tegration, der auch gleichzeitig Vizerektor der Universität Wien ist. Heinz Faßmann meinte in einem Interview auf die Frage, wo der Staat klare Signale setzen solle:

„Bei der Frage etwa, ob Lehrerinnen in öffentlichen Schulen ein Kopftuch tragen dürfen, würde ich klar sagen: Nein - es sei denn, sie unterrichten islamischen Religionsunterricht. Das Kopftuch ist nicht nur ein Stück Textil, sondern natürlich auch eine Botschaft. Und das ist in einem säkularen Staat nicht unproblematisch. Der öffentliche Dienst kann hier klare Botschaften senden, die es derzeit noch nicht gibt. Ich würde sogar sehr empfehlen, hier etwas zu überlegen und zu tun, denn diese Fragestellung wird in Zukunft mit Sicherheit stärker werden.“⁷²

Auf das Kreuz im Gerichtssaal befragt, urteilte Faßmann jedoch anders. Im Sinne der Trennung von Kirche und Staat habe die aus Sicht der Integration eine viel geringere Bedeutung, weil „historisch gewachsen“, so Faßmann.⁷³ Das wurde von Bildungsministerin Hammerschmid bekräftigt, die meinte, es handle sich beim Kreuz um ein „Symbol der abendländischen Geschich-

70. Foto: Screenshot FPÖ

71. Atzenhofer, Wolfgang (2017), „Landespolizeidirektor Pilsl: „Wir wollen nichts beschönigen““, Kurier, 01.01.2017. Available from: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/landespolizeidirektor-pilsl-wir-wollen-nichts-beschoenigen/238.676.447> [Accessed: 29th December 2017]

72. Zimmermann, Maria (2017), „Faßmann im SN-Interview: Integration ohne Kopftuch“, Salzburger Nachrichten, 05.01.2017. Available from: <http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/politik/sn/artikel/fassmann-im-sn-interview-integration-ohne-kopftuch-228832/> [Accessed: 29th December 2017]

73. ORF (2017), „Regierungsberater: Kopftuchverbot im Staatsdienst“, ORF, 05.01.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2373908/> [Accessed: 29th December 2017]

te“.⁷⁴ Die Frauenbeauftragte der IGGiÖ antwortete sarkastisch darauf: „Eine Muslimin mit Kopftuch wird offensichtlich nur so lange akzeptiert, solange sie als Reinigungskraft arbeitet“.⁷⁵ Auf den Vorschlag von Faßmann hin meinte der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP), ein solches Verbot sei rechtlich eine heikle Gratwanderung, politisch aber nicht vornherein abzulehnen. FPÖ-Landtagsabgeordneter Christof Bitschi zeigt sich in einer Aussendung „verwundert, aber durchaus erfreut“ über diese Aussage und merkte an, dass Ende Oktober 2016 zwei Landesrätinnen der ÖVP ein Kopftuch-Verbot an Schulen und im öffentlichen Dienst noch als rechtlich unzulässig bezeichnet hatten.⁷⁶

Der Professor für Religionspädagogik, Ednan Aslan, erklärte daraufhin: „Nach den getätigten Aussagen von Herrn Faßmann und Herrn Kurz sehen wir, dass die Front des politischen Islams diese Angelegenheit nicht als Chance für eine offene Debatte, sondern als Krieg gegen den Islam oder als Zeichen der Islamophobie betrachtet“.⁷⁷ Damit kriminalisiert jedwede Kritik am Rassismus und diffamiert diese als ‚politischen Islam‘. Wobei sich Aslan gleichzeitig gegen ein Verbot im öffentlichen Dienst ausspricht, die Tür aber offen lässt für ein Verbot des „Kopftuches [...] als Fahne einer bestimmten Ideologie“, ohne jedoch erklären zu können, wie hier vorgegangen werden soll.⁷⁸ Kritik daran gab es von der Initiative Muslime gegen Antisemitismus und

Juden gegen Islamfeindlichkeit. Ramazan Demir kritisierte ebenso wie Landes-Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde, Schlomo Hofmeister: „Jene Politiker, die Integration rufen, aber Assimilation meinen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen eine reaktionäre Agenda mit autoritären Zügen zu verfolgen, die mit wertkonservativen Idealen nichts mehr zu tun hat, sondern lediglich das Ziel verfolgt, mit den Rechtspopulisten um Wählerstimmen zu eifern.“⁷⁹ Protest kam auch von SOS Mitmensch: „Wer tatsächlich religiöse Neutralität erreichen will, darf nicht religiöse Ungleichbehandlung fordern. Und wer Integration stärken will, darf nicht Ausgrenzung, Entfremdungsgefühle und Frontenbildung fördern“.⁸⁰ Auch die Katholische Stadtkirche Graz stellte sich gegen ein Kopftuchverbot für Musliminnen im öffentlichen Dienst.⁸¹

Nachdem sich Integrationsminister Sebastian Kurz dem Vorschlag von Faßmann öffentlich angeschlossen hatte,⁸² erhielt dieser vom steiermärkischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP), dem Wiener ÖVP-Landesparteiobmann Gernot Blümel sowie dem Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner Unterstützung.⁸³ Nachdem sich auch Justizminister Wolfgang Brandstetter dem Vorschlag anschloss, erklärte die Staatssekretärin für Integration und Diversität, Muna Duzdar (SPÖ), dass

74. Krone (2017), „Das Kreuz der SPÖ mit Staatssekretärin Muna Duzdar“, Krone, 02.02.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/das-kreuz-der-spo-e-mit-staatssekretaerin-muna-duzdar-religionsdebatte-story-552092> [Accessed: 29th December 2017]

75. Ebd.

76. Vorarlberg ORF (2017), „Wallner will Kopftuch-Verbot prüfen“, ORF, 06.02.2017. Available from: <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2818398/> [Accessed: 10th December 2017]

77. CEAI (2017), „Prof. Aslan: „Das Kopftuch ins Zentrum der eigentlichen Debatte zu rücken, ist keine gute Überlegung!““, CEAI, 07.01.2017. Available from: <http://ceai.univie.ac.at/2017/01/07/prof-aslan-das-kopftuch-ins-zentrum-der-eigentlichen-debatte-zu-ruecken-ist-keine-gute-ueberlegung/> [Accessed: 10th December 2017]

78. Ebd.

79. religion.ORF.at/APA (2017), „Kritik an ÖVP-Forderung nach Kopftuchverbot“, ORF, 08.01.2017. Available from: <http://religion.orf.at/stories/2818716/> [Accessed: 29th December 2017]

80. Ebd.

81. Said-Hödl, Waltraud Hamah (2017), „Gegen Kopftuchverbot für Musliminnen“, Katholische Kirche Graz, 08.01.2017. Available from: <http://www.kath-kirche-graz.at/themenschwerpunkte/integration-interreligioeser-dialog?d=gegen-kopftuchverbot-fuer-musliminnen#.WHNUT1wtUiq> [Accessed: 29th December 2017]

82. Braune, Michaela (2017), „Kurz für Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst“, Kronen Zeitung, 06.01.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/kurz-fuer-kopftuchverbot-im-oefentlichen-dienst-besonders-in-schulen-story-547426> [Accessed: 29th December 2017]

83. Krone.at (2017), „Muslime wollen nun mit Kurz 'Tacheles reden'“, Kronen Zeitung, 06.01.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/muslime-wollen-nun-mit-kurz-tacheles-reden-streit-ums-kopftuch-story-547449> [Accessed: 29th December 2017]

es um kein Kopftuchverbot alleine ging, sondern generell um „Kleidungsstücke, die auf eine bestimmte Weltanschauung oder ein Religionsbekenntnis schließen lassen“.⁸⁴ Der Justizminister erklärte ohne Umschweife, warum das Kreuz davon ausgenommen sei: „In der christlichen Kultur ist man Kreuze gewöhnt. Deshalb hat ein Kreuz in einem Verhandlungssaal bei uns keinen Auffälligkeitswert – im Gegensatz zu Kopftuch oder Kippa bei Amtsträgern. Das darf man nicht vermengen.“⁸⁵ Lokale Politiker repetierten diese Position.⁸⁶ Duzdar erklärte daraufhin, es gehe „offenbar nicht um eine Säkularismus-Debatte [...], sondern darum, eine bestimmte Gruppe herauszupicken und gegen die Mitglieder dieser Religion Stimmung zu machen“.⁸⁷

Kritik kam von der Bundesjugendvertretung, die die „Bevormundung von Frauen“⁸⁸ anprangerte. Kritisiert wurde von der Evangelischen Kirche, dass diese Debatte „unnötig und dem gesellschaftlichen Klima abträglich“⁸⁹ sei. Zum einen, weil eine Einschränkung der Religionsfreiheit im Rahmen von Amtshandlungen durchaus zulässig und gelebte Handhabe sei und anderer-

seits ein Klima der Verdächtigung und Unterstellungen gegen eine bestimmte Glaubensrichtung prägte. Auch die Österreichische Buddhistische Religionsgemeinschaft kritisierte die Debatte: „Worum es ganz sicher nicht gehen kann, ist ein Ausschluss, ein Verbot oder eine Diskriminierung von Menschen muslimischen Religionsbekenntnisses.“⁹⁰ Von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wurde der Vorstoß von Sebastian Kurz als „anti-integrativ und diskriminierend aus schärfste zurückgewiesen“.⁹¹

Am 16. Februar veröffentlichte der Mufti der Islamischen Glaubensgemeinschaft eine Stellungnahme zur Verhüllung im Islam,⁹² die jedoch mehr Verwirrung in der medialen Rezeption hervorrief, als zur Klärung der Position der Islamischen Glaubensgemeinschaft beitrug.⁹³ Wenige JournalistInnen wie Erich Kocina hielten fest, dass „von einer Kopftuchpflicht [...] im entsprechenden Dokument nichts zu sehen“ ist.⁹⁴ Dennoch wurde das Dokument insbesondere vom Boulevard zum Schlag gegen die Islamische Glaubensgemeinschaft genutzt. Ednan Aslan reagierte ursprünglich auf das Gutachten

84. Leitner, Karin (2017), „Brandstetter will Kleidung, die auf Religion schließen lässt, in der Justiz verbieten“, *Kurier*, 07.01.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/brandstetter-will-kleidung-die-auf-religion-schliessen-laesst-in-der-justiz-verbieten/239.811.148> [Accessed: 29th December 2017]

85. Ebd.

86. Wels ÖVP (2017), „Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst bzw. im Magistrat Wels“, Wels ÖVP, 10.10.2017. Available from: http://wels.oevp.at/index.php?id=2966&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bnews%5D=71451&cHash=56a59e9ba0fbbcaf1b27e4ac894adb1f [Accessed: 29th December 2017]

87. Duzdar, Muna (2017), „Es geht um Stimmungsmache“, *Wiener Zeitung*, 10.01.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/866894_Es-geht-um-Stimmungsmache.html?em_cnt_page=2 [Accessed: 10th December 2017]

88. APA (2017), „Bundesjugendvertretung zu Kopftuchdebatte: Selbstbestimmung statt Exklusion!“, OTS, 11.01.2017. Available from: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170111_OTS0125/bundesjugendvertretung-zu-kopftuchdebatte-selbstbestimmung-statt-exklusion [Accessed: 29th December 2017]

89. APA (2017), „Evangelische Kirche: Kopftuchdebatte „unnötig“, *ORF*, 11.01.2017. Available from: <http://religion.orf.at/stories/2819260/> [Accessed: 19th December 2017]

90. ÖBR (2017), „Kopftuchdiskussion ist kein zielführender Ansatz“, Stellungnahme der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft, OTS, 12.01.2017. Available from: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170112_OTS0183/kopftuchdiskussion-ist-kein-zielfuehrender-ansatz-stellungnahme-der-oesterreichischen-buddhistischen-religionsgesellschaft [Accessed: 29th December 2017]

91. Carla Amina, Baghajati (2017), „Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst ist anti-integrativ“, *Der Islam*, 06.01.2017. Available from: <http://www.derislam.at/?f=news&shownews=2062> [Accessed: 29th December 2017]

92. IGGIO (2017), „Stellung der Verhüllung im Islam“, *Der Islam*, 16.02.2017. Available from: <http://www.derislam.at/index.php?c=content&p=beitragdet&v=beitraege&cssid=Stellungnahmen&navid=1180&par=50&bid=53> [Accessed: 29th December 2017]

93. Ichner, Bernhard (2017), „Boulevardzeitung kreiert künstliche Kopftuch-Debatte“, *Kurier*, 06.03.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/wien/boulevardzeitung-kreiert-kuenstliche-kopftuch-debatte/250.269.910> [Accessed: 29th December 2017]

94. Kocina, Erich (2017), „Eine Kopftuch-Empfehlung, die keine sein sollte“, *Die Presse*, 06.03.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/5179351/> [Accessed: 29th December 2017]

besonders hart⁹⁵ und brachte diese mit dem IS in Verbindung: „Ein Gutachten, das diesen Werken in blindem Kadavergehorsam folgt, ist kriminell“.⁹⁶ In seiner Stellungnahme setzte er de facto den Großteil der MuslimInnen, die sich nicht nur dem Koran, sondern auch der Prophetentradition verbunden fühlen, mit dem IS gleich: „Bemerkenswert finde ich auch den Umgang mit den Hadithwerken von al-Buhārī oder Muslim, welche mit gleicher hochebener und gehorsamster Andacht vom IS oder anderen radikalen Gruppen salbungsvoll zitiert werden.“⁹⁷ Auch der Theologe Mouhanad Khorchide bezeichnete das Gutachten als einseitig und diffamierend.⁹⁸ Damals noch Ex-Grünen-Bundesrat Efgani Dönmez sah darin „den politischen Islam in der IGGiÖ im Vormarsch“.⁹⁹ Darauf folgte eine weitere Stellungnahme der Islamischen Glaubensgemeinschaft, in der festgehalten wurde: „Obwohl der Rat aus religiöser Sicht, die Freiheit der Frau unterstreicht, auch eine Gesichtsbekleidung zu tragen, gibt er eine klare Empfehlung ab, das Gesicht nicht zu bedecken. Diese Stellungnahme wurde in der medialen Aufarbeitung ihres

eigentlichen Inhalts beraubt und insofern völlig verkehrt wiedergegeben [...]“.¹⁰⁰

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) meinte zu dem Vorstoß des Koalitionspartners Kurz: „Ein Kopftuch-Verbot wäre nur symbolisch. Ich kann nicht erkennen, was sich dadurch zum Besseren ändern sollte“.¹⁰¹ Unterstützt wurde diese Position vom Wiener Bürgermeister, Michael Häupl, der auf die Frage „Könnten Sie sich eine Stadträtin mit Kopftuch in Ihrem Team vorstellen?“ antwortete: „Aber selbstverständlich ist das für mich als jemand, dessen Mutter beim Einkaufen im Dorf mit Kopftuch unterwegs war, kein Tabu“.¹⁰²

In seiner Stellungnahme setzte er de facto den Großteil der MuslimInnen, die sich nicht nur dem Koran, sondern auch der Prophetentradition verbunden fühlen, mit dem IS gleich

Die zuständige Staatssekretärin Muna Duzdar erklärte später, dass sie für Neutralität bei Richterinnen, Staatsanwältinnen und Polizistinnen sei, „weil das Berufsgruppen sind, die besonders unbefangen sein müssen“.¹⁰³ Schlussendlich lenkte auch Kanzler Kern ein und argumentierte für das Gesichtsschleierverbot und

95. Aslan, Ednan (2017), „Stellungnahme zur Fatwa des IGGiÖ-Mufti über die Verhüllung im Islam“, CEAI, 06.03.2017. Available from: <http://ceai.univie.ac.at/2017/03/06/ein-fatwa-des-iggio-mufti-zur-verhullung-im-islam/> [Accessed: 29th December 2017]

96. John, Gerald (2017), „Religionspädagoge Aslan: Was am Kopftuch-Gebot gefährlich ist“, Der Standard, 06.03.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000053683761/Religionspaedagoge-Aslan-Was-am-Kopftuch-Gebot-gefaehrlich-ist> [Accessed: 29th December 2017]

97. Aslan, Ednan (2017), „Stellungnahme zur Fatwa des IGGiÖ-Mufti über die Verhüllung im Islam“, CEAI, 06.03.2017. Available from: <http://ceai.univie.ac.at/2017/03/06/ein-fatwa-des-iggio-mufti-zur-verhullung-im-islam/> [Accessed: 29th December 2017]

98. Khorchide, Mouhanad (2017), „Nein zur Spaltung der Muslime, Herr Mufti“, Der Standard, 10.03.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000053962495/Nein-zur-Spaltung-der-Muslime-Herr-Mufti> [Accessed: 29th December 2017]

99. Oe42 (2017), „Glaubensgemeinschaft legt fest: 'Kopftuch ist für Muslimas Pflicht'“, oe24, 05.03.2017. Available from: <http://m.oe24.at/oesterreich/politik/Glaubensgemeinschaft-legt-fest-Kopftuch-ist-fuer-Muslimas-Pflicht/271472453> [Accessed: 29th December 2017]

100. Olgun, Ibrahim (2017), „Klarstellung über die Stellungnahme des Beratungsrats der IGGiÖ zum Thema „Die Stellung der Verhüllung im Islam““, Der Islam, 05.03.2017. Available from: <http://derislam.at/index.php?f=news&shownews=2067&kid=1> [Accessed: 29th December 2017]

101. Kurier (2017), „Kern: Kopftuch-Verbot wäre nur symbolisch“, Kurier, 15.01.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/inland/bundeskanzler-christian-kern-kopftuch-verbot-waere-nur-symbolisch/241.133.271> [Accessed: 29th December 2017]

102. Pommer, Michael (2017), „Häupl packt aus: 'Stadträtin mit Kopftuch für mich kein Tabu'“, Kronen Zeitung, 04.02.2017. Available from: <http://www.krone.at/wien/stadtraetin-mit-kopftuch-fuer-mich-kein-tabu-haeupl-packt-aus-story-552387> [Accessed: 29th December 2017]

103. Einöder, Sylvia (2017), „Patriarchale Strukturen aufbrechen“, Die Furche Nr. 09/2017, 03.03.2017

meinte, es sei eine Missinterpretation von Toleranz, wenn Frauen in weiten Teilen nicht an der Gesellschaft teilnehmen könnten. Gleichzeitig hieß es aber von Kern und Duzdar in Richtung Diskriminierung von MuslimInnen: „Wir dürfen nicht vermitteln, dass sie Menschen zweiter Klasse sind“.¹⁰⁴ ÖVP-Klubobmann sei lediglich für ein Vollverschleierungsverbot, nicht jedoch für ein Kopftuchverbot.¹⁰⁵

Am 4. Mai veröffentlichte die FPÖ eine parlamentarische Anfrage zur Klärung von Viehdiebstählen. Angeblich „mehren sich Berichte in diversen deutschsprachigen (sozialen) Medien über verschwundene Schafe und Kühe“. Eine der acht Fragen lautet dann: „Können Sie ggf. einen Zusammenhang zwischen einer Häufung dieser Diebstähle und muslimischen Feiertagen bestätigen?“.¹⁰⁶

In der Zivilgesellschaft kam es im Zuge des international ausgerufenen Women's March, der sich an den US-Präsidenten Donald Trump wandte, zu einem Eklat, nachdem eine muslimische Rednerin zuerst eingeladen, und dann wieder ausgeladen wurde. Das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft kritisierte diesen Schritt, der von der Grün-Aktivistin Ewa Dziedzic begründet wurde, als „Marsch der Privilegierten“.¹⁰⁷

Anfang März war FPÖ-Obmann Strache zu Gast bei der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland, wo er beim politischen Aschermittwoch eine Rede hielt. Islamophobe

Aussagen gehörten ins Repertoire. Die Tageszeitung Österreich berichtet unter anderem von folgenden Aussagen: „Böser Witz mit Kernchen Wahrheit: wie nennt man das, wenn sich viele Menschen einer Volksgruppe in einem Ort einer fremden Stadt niederlassen. Bei Italienern 'Little Italy', bei Chinesen 'Chinatown' und Moslems 'No-Go-Area'“.¹⁰⁸ Zudem reimte er: "Willst Du eine Sozial-Wohnung haben, musst du ein Kopftuch tragen".¹⁰⁹

Im Rahmen des Bundesparteitages der FPÖ in Klagenfurt, wo Strache mit 98,7% bestätigt wurde, wiederholte er seine islamfeindlichen Positionen. "Nein, der Islam ist kein Teil Österreichs", rief der FPÖ-Chef unter großem Applaus seiner Zuhörer zu. "Wie lange wollen die Wähler von Rot und Schwarz noch zuschauen, wie diese Parteien die Bevölkerung austauschen?", fragte er.¹¹⁰

Für große Aufregung sorgte eine Antwort des Bundespräsidenten auf eine Schülerin am 24. März im Wiener Haus der Europäischen Union auf eine Frage zur Diskriminierung von muslimischen Frauen: „Jede Frau kann ein Kopftuch tragen. Und wenn das so weitergeht - und damit bin ich schon bei der nächsten Frage, bei dieser tatsächlich um sich greifenden Islamophobie - wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. Alle, als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun“.¹¹¹ Kritik kam von Klubobmann der

104. APA (2017), "Kern will Kreuze in Gerichtssälen belassen", Die Presse, 21.03.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/Innenpolitik/5187048/> [Accessed: 29th December 2017]

105. Neuhold, Clemens (2017), "ÖVP-Klubchef Lopatka: "Das Kopftuch an sich stört mich nicht", Profil, 26.04.2017. Available from: <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-klubchef-lopatka-kopftuch-kern-koalition-8099150> [Accessed: 29th December 2017]

106. Parlamentarische Anfrage (1308/J vom 04.5.2017) der Abgeordneten Weigerstorfer Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Inneres betreffend "Viehdiebstähle"

107. Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft (2017), "Österreichischer Woman's March der Privilegierten", Die Anderen, 24.01.2017, Available from: <http://dieanderen.net/oesterreichischer-womens-march-der-privilegierten/> [Accessed: 29th December 2017]

108. Oe24 (2017), "Bei der AfD: Strache schockt mit Moslem-Witz", oe24, 01.03.2017. Available from: <http://m.oe24.at/oesterreich/politik/Strache-schockt-mit-Moslem-Witz/270968556> [Accessed: 29th December 2017]

109. Ebd.

110. Krone.at (2017), "FPÖ-Bundesparteitag: Strache: "Nein, Islam ist kein Teil Österreichs"", Kronen Zeitung, 04.03.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/strache-nein-islam-ist-kein-teil-oesterreichs-fpoe-bundesparteitag-story-557250> [Accessed: 29th December 2017]

111. Böhmer, Christian (2017), "Van der Bellen reagiert: "Bin kein Freund des Kopftuchs"", Kurier, 26.04.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/inland/wirbel-um-kopftuch-sager-von-bundespraesident-van-der-bellen/260.526.277> [Accessed: 29th December 2017]

Wiener ÖVP, Manfred Juraczka,¹¹² FPÖ-Herbert Kickl,¹¹³ Strache¹¹⁴ sowie dem ehemaligen Geschäftsführer der SPÖ, Josef Kalina.¹¹⁵ Dadurch fühlte sich der Bundespräsident bemüßigt, seine Position näher zu erläutern: „Ich bin kein großer Freund des Kopftuchs. Aber es gibt in Österreich Meinungsfreiheit, es gibt Meinungsäußerungsfreiheit und eine Art Bekleidungsfreiheit.“¹¹⁶ Auch das Team von Van der Bellen erklärte auf Facebook: „Im Kern ging es dem Bundespräsidenten bei seinen Aussagen darum, der Stigmatisierung von Kopftuch tragenden Frauen entgegenzuwirken.“¹¹⁷ Die Islamische Glaubensgemeinschaft begrüßte die Aussage als Beweis, „dass er sich als Präsident für alle in Österreich lebenden Menschen verantwortlich fühlt“.¹¹⁸

Peter Pilz vermischte in seinem Kommentar die Kritik an politischen Organisationen wie jene

an der AKP oder der Islamischen Glaubensgemeinschaft mit einer verschwörerischen Verallgemeinerung, wonach die „Erdogans Funktionäre die Macht über Moscheen und die Islamische Glaubensgemeinschaft übernommen“¹¹⁹ hätten. Weiter: „Jetzt wollen sie Schulen und die Kontrolle über die Imame. Über ihren Teil an der politischen Macht reden sie noch nicht.“¹²⁰ Die Ignoranz, so Pilz weiter, sei „lange scheinbar gutgegangen. Jetzt, mit dem machtbewussten politischen Islam mitten unter uns, geht das nicht mehr“.¹²¹ Damit macht Pilz den gesamten organisierten Islam zum Opfer der AKP und verschließt seine Augen vor den Rassismen, inklusive den seitens staatlicher Behörden immer stärker diskriminierenden Maßnahmen wie dem Islamgesetz. In einer Auseinandersetzung zwischen Pilz und Strache zeigten sich die einander annähernden Positionen, die veranschaulichen, dass es Pilz nicht lediglich um den sogenannten politischen Islam geht, sondern vielmehr um die religiöse Praxis breiter Schichten der MuslimInnen. So meinte er bezugnehmend auf die Haarbedeckung muslimischer Frauen:

„[...] ich überzeugt bin, dass der Kopftuch-Islam eine reaktionäre, menschen- und europafeindliche Form des Islams ist. Das Kopftuch ist zu Recht zum Symbol dieser Diskussion geworden. Da geht es um eine Form des Islams, die vollkommen unverträglich mit unseren demokratischen Werten ist. Da bin ich gegen jede falsche Toleranz.“¹²²

Auf Straches Aussage, wonach er froh sei, dass Pilz „nach über 12 Jahren in der Frage des

112. Red, APA (2017), „Wir werden alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen - aus Solidarität“, Die Presse, 26.04.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5207179/Wir-werden-alle-Frauen-bitten-muessen-ein-Kopftuch-zu-tragen-aus-?xtor=CS1-15-%5BEconomist%5D> [Accessed: 30th December 2017]

113. Red, APA (2017), „Van der Bellen sorgt mit Statement zu Kopftuch für Aufregung“, Der Standard, 26.04.2017. Available from: <https://mobil.derstandard.at/2000056579232/Van-der-Bellen-sorgt-mit-Statement-zu-Kopftuch-fuer-Aufregung> [Accessed: 30th December 2017]

114. „Van der Bellen sorgt mit Statement zu Kopftuch für Aufregung“, Der Standard, 26.04.2017. Available from: [Accessed: 10th December 2017] <http://www.msn.com/de-at/nachrichten/politik/strache-fordert-von-van-der-bellen-entschuldigung/ar-BBAtH-k5?li=BBqg9qG&ocid=SK216DHP> 28.04.2017

115. Krone.at (2017), „Kritik an VdB-Sager: Kopftuch für alle Frauen "aus Solidarität"“, Kronen Zeitung, 26.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/kopftuch-fuer-alle-frauen-aus-solidaritaet-kritik-an-vdb-sager-story-566406> [Accessed: 30th December 2017]

116. Red./APA (2017), „Kopftuch-Sager: Van der Bellen zog auch NS-Vergleich“, Die Presse, 26.04.2017. Available from: http://diepresse.com/home/innenpolitik/5207333/KopftuchSager_Van-der-Bellen-zog-auch-NSVergleich?xtor=CS1-15 [Accessed: 30th December 2017]

117. Die Presse (2017), „Kopftuch-Sager: Glawisch gibt Van der Bellen "keine Noten"“, MSN, 03.05.2017. Available from: <http://www.msn.com/de-at/nachrichten/politik/kopftuch-sager-glawisch-gibt-van-der-bellen-keine-noten/ar-BBAGcYF?li=BBqg-9qG&ocid=SK216DHP> [Accessed: 30th December 2017]

118. ORF (2017), „Kopftuchsager: Muslime verteidigen Van der Bellen“, religion.orf.at/APA, 08.05.2017. Available from: <http://religion.orf.at/m/stories/2841854/> [Accessed: 30th December 2017]

119. Pilz, Peter (2017), „Staatsbürgerschaften: Illusion und Integration“, Der Standard, 23.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056390053/Staatsbuergerschaften-Illusion-und-Integration?ref=article> [Accessed: 30th December 2017]

120. Ebd.

121. Ebd.

122. Metzger, Ida (2017), „Streitgespräch: Warum Strache & Pilz Türken-Pässe jagen“, Kurier, 30.04.2017, <https://m.kurier.at/amp/politik/inland/warum-strache-pilz-tuerken-paesae-jagen-und-was-sie-trennt/261.158.085> [Accessed: 30th December 2017]

politischen Islams nun (Strache, FH) recht“ gibt und er ein „Kopftuchverbot in Kindergärten, an Schulen und im öffentlichen Dienst gemeinsam durchzusetzen“ will, bestätigt Pilz im Weiteren, dass „alle religiösen Symbole [...] weder im Gerichtssaal noch im Klassenzimmer etwas verloren“¹²³ haben. Seine inhaltliche Nähe zu Strache und Kurz ließen ihn dann auch erklären, dass es nun neben diesen beiden Populisten eine dritte Option gäbe.¹²⁴ Ende Juni wurde dann bekannt, dass Pilz mit einer eigenen Liste antreten wolle, die als einen von drei Schwerpunkten zu Beginn bereits den Kampf gegen den politischen Islam ankündigte.¹²⁵ Der Politikwissenschaftler Benjamin Opratko und Martin Konecny kritisierten bereits früh, dass Pilz' Kandidatur ist in erster Linie von der Kronen Zeitung unterstützt wurde, islamophobe Literatur empfiehlt und die Islamisierung Europas als die wichtigste Frage ausmacht.¹²⁶ Zudem kritisieren sie, dass Pilz den rechten Diskurs reproduziert und „tatsächliche Herausforderungen [...] mit unhaltbaren Verallgemeinerungen [...] und diffuser Angstmacherei“ vermengt.¹²⁷ Der Langzeitparlamentarier Josef Cap (SPÖ), der den Einzug ins Parlament dieses Mal nicht schaffte, bediente sich ebenso Versatzstücken islamophober Diskurse wie „Parallelgesellschaft“ und dem Kampf gegen den politischen Islam vor dem Hintergrund eines imaginierten „weltoffenen und liberalen Europas“.¹²⁸

123. Ebd.

124. Zöchling, Christa (2017), „Peter Pilz: Der Listenreiche“, Profil, 05.07.2017. <https://www.profil.at/oesterreich/pilz-gruene-schmid-8217697> [Accessed: 30th December 2017]

125. Red, APA (2017), „Pilz: Entscheidung über eigene Liste „in drei bis vier Wochen““, Der Standard, 29.07.2017. Available from: <https://derstandard.at/2000060488486/Pilz-Entscheidung-ueber-eigene-Liste-in-drei-bis-vier-Wochen> [Accessed: 30th December 2017]

126. Konecny, Martin; Opratko, Benjamin (2017), „Warum Peter Pilz keine Alternative ist“, Mosaik, 04.07.2017. Available from: <http://mosaik-blog.at/peter-pilz-keine-alternative/> [Accessed: 30th December 2017]

127. Opratko, Benjamin (2017), „Peter Pilz: Die Heimat, die er meint“, Mosaik, 29.09.2017. Available from: <http://mosaik-blog.at/peter-pilz-heimat-rassismus-islam/> [Accessed: 30th December 2017]

128. Vorzugsstimmenwahlkampfbroschüre von Josef Cap.

Am 29. April hielt die SPÖ Wien ihren Parteitag ab. Zur Frage der Bekleidung von muslimischen Frauen gab es zwei Anträge. Einerseits wurde in einem anti-rassistischen Sinne ein Antrag gegen ein allgemeines gesetzliches Kopftuchverbot angenommen.¹²⁹ Andererseits wurde auch ein Antrag auf Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen angenommen.¹³⁰

Im Juni kochte Sebastian Kurz die Debatte über islamische Kindergärten wieder auf. Im Rahmen eines Gesprächs mit Kurier-Chefredakteur Helmut Brandstätter meinte er: „Es braucht sie nicht“,¹³¹ da sie sprachlich und kulturell von dem Rest der Gesellschaft abgeschottet seien und darüber hinaus vom Steuerzahler gefördert werden. Den Weg zu einem Verbot – um nicht gegen die Antidiskriminierungsrichtlinie zu handeln – solle über eine Verschärfung der Qualitätskriterien gehen, da diese Einrichtungen dann ohnehin nicht mehr förderungswürdig seien und schließlich selbst zusperren müssten. Kurz dazu: „Das ist der leichteste rechtliche Weg“.¹³² Für Kurz sind islamische Kindergärten generell „nicht nur religiös sondern auch ethnisch und sprachlich von der Mehrheitsbevölkerung abgeschottet“.¹³³ Familien- und Jugendministerin Sophie Karmasin (ÖVP) pflichtete ihm bei und erklärte: „Der Lebenszweck islamischer Kindergärten sind Abschottung und Parallelgesellschaft.“

129. „Es ging auch um Inhalte: Von Kopftuch bis Mindestsicherung“, Kronen Zeitung, 30. April 2017.

130. Antrag 2.05 eingebracht von Bezirksorganisation Döbling; Wiener Frauenkomitee. Wiener Landesparteitag, 29. April 2017.

131. Red, ORF (2017), „Kurz würde gerne Islam-Kindergärten schließen lassen“, ORF, 21.06.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2396383/> [Accessed: 30th December 2017]

132. Bachner, Michael (2017), „Kurz im KURIER-Gespräch: „Islamische Kindergärten abschaffen““, 21.06.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/inland/sebastian-kurz-im-kurier-gespraech-islamische-kindergaerten-abschaffen/271.008.503> [Accessed: 30th December 2017]

133. ORF (2017), „Islam-Kindergärten: „Keine Probleme erfinden““, ORF, 22.06.2017. Available from: <http://wien.orf.at/news/stories/2850537/> [Accessed: 30th December 2017]

Für die betroffenen Kinder ist das langfristig enorm schädlich.“¹³⁴

Kern sprach sich dagegen aus, aus den Islam-Kindergärten ein Wahlkampfthema zu machen.¹³⁵ Der Stadtrat für Bildung in Wien, Jürgen Czernohorsky (SPÖ), erwiderte auf Kurz, „Politik soll Probleme lösen und nicht erfinden“.¹³⁶ Ohnehin gibt es bereits die problematische Regelung, wonach vor Inbetriebnahme eines Kindergartens die Betreiberinnen vom Verfassungsschutz überprüft werden.¹³⁷ Unter dem diskursiven Druck wurde auch eine Konkretisierung des Bildungsplanes für Kindergärten angekündigt.¹³⁸ Kern erwiderte, dass „nicht jede Diskussion kommentiert“¹³⁹ werden müsse.

Eine Wende in der Debatte wurde durch den Leak der Wochenzeitschrift Falter herbeigeführt. Unter dem Titel „Friseursalon Kurz“ wurde in einem investigativen Artikel am Beispiel des Korrekturmodus der Word-Files nachgezeichnet, wie Beamte der Integrationsabteilung des Ministeriums von Sebastian Kurz

„wichtige wissenschaftliche Arbeit an vielen Stellen inhaltlich und nicht nur formal verändert, damit sie politisch besser zu ei-

nem der dominierenden Wahlkampfthemen von Minister Kurz passt: dem Islam. [...] Nur ein Beispiel: In der Erstversion, die Aslan im Jänner 2016 als Word-Datei bei Sebastian Kurz ablieferte, lobte der Wissenschaftler, dass Eltern ihre Kinder in Islamkindergärten „selbständig, respektvoll und liebevoll erziehen“ wissen wollen. Kurz’ Beamte, so zeigt der Korrekturmodus des Dokuments, verzerrten den Satz einfach in sein Gegenteil: Die Eltern wollen ihre Kinder „vor dem moralischen Einfluss der Mehrheitsgesellschaft schützen“.“¹⁴⁰

Der Falter kam zum Schluss, dass womöglich Beamte die Thesen derart veränderten, dass sie als Scharfmacher und Zuspitzer fungierten: „Das Kurz-Ministerium verstand sich als politischer Friseursalon und büstete die Arbeit des Forschers Aslan in stundenlangender Kleinarbeit so auf, dass Minister Kurz damit besser Politik machen konnte.“¹⁴¹ Dieser Leak wurde – nicht zuletzt aufgrund seiner aufgekochten Brisanz durch Sebastian Kurz selbst im Wahlkampf sowie der Tatsache, dass dieser Bericht seit mehr als zwei Jahren im Gespräch ist – entsprechend großflächig medial thematisiert. Später wurde darüber hinaus bekannt, dass 10.000 Euro und damit beinahe ein Drittel des Projektgeldes an einen Unternehmensberater flossen, der die Feldstudie durchführte, was ebenso zu Kritik führte. Dessen Aufgaben bestanden in der „Konzeption für die Durchführung der Studie“, die „Evaluierung der politischen und theologischen Zugehörigkeit der Vereine und BetreiberInnen“, die Analyse von Homepages oder die Untersuchung der „familiären Hintergründe der Kinder“.¹⁴² Brisant an dessen 28 Seiten umfassenden Kurzanalyse von 71 Kindergärten und

134. Böhmer, Christian (2017), „Lebenszweck der islamischen Kindergärten ist Abschottung“, Kurier, 15.07.2017. Available from: <http://kurier.at/politik/inland/lebenszweck-der-islamischen-kindergaerten-ist-abschottung/275.305.742> [Accessed: 30th December 2017]

135. Red, ORF (2017), „Kern: Islam-Kindergärten sollen kein Wahlkampfthema sein“, ORF, 26.06.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2396972/> [Accessed: 30th December 2017]

136. APA (2017), „Kurz will Aus für islamische Kindergärten über neue Qualitätskriterien“, Der Standard, 25.06.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000059764200/Kurz-will-Aus-fuer-islamische-Kindergaerten-ueber-neue-Qualitaetskriterien?ref=artwh> [Accessed: 30th December 2017]

137. ORF (2017), „Islam-Kindergärten: „Keine Probleme erfinden“, ORF, 22.06.2017. Available from: <http://wien.orf.at/news/stories/2850537/> [Accessed: 30th December 2017]

138. APA (2017), „Religionsleitfaden für Privatkindergärten kommt im Herbst“, Der Standard, 29.06.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000060530879/Religionsleitfaden-fuer-Privatkindergaerten-kommt-im-Herbst> [Accessed: 10th December 2017]

139. APA (2017), „Kern zu Kurz’ Islam-Kindergärten? Kein Kommentar“, Kurier, 23.06.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/inland/kern-zu-kurz-islam-kindergaerten-kein-kommen-tar/271.378.892> [Accessed: 10th December 2017]

140. Klenk, Florian (2017), „Friseursalon Kurz“, Falter, 04.07.2017. Available from: <https://cms.falter.at/falter/2017/07/04/friseursalon-kurz/> [Accessed: 30th December 2017]

141. Ebd.

142. Ichner, Bernhard (2017), „Neue Aufregung um Aslans Kindergarten-Studie“, Kurier, 10.10.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/wien/neue-aufregung-um-aslans-kindergarten-studie/291.263.732> [Accessed: 30th December 2017]

56 Kindergruppen ist zudem inhaltlich, dass er „keine Probleme festgestellt (habe, FH), wie Aslan sie beschreibt“. ¹⁴³ Später behauptete Aslan, eine Mitarbeiterin sei von Beamten der MA 11 unter Druck gesetzt worden. ¹⁴⁴

Kurz reproduzierte das nie erwiesene Stereotyp der islamischen Kindergärten als desintegrative Institutionen einfach weiter, ohne auf die Kritik inhaltlich einzugehen.

Zur Verteidigung von Sebastian Kurz und Ednan Aslan kamen nur wenige wie etwa Parteikolegen Bürgermeister Siegfried Nagl, Landeshauptmann Thomas Stelzer, und Landesrat Christoph Drexler ¹⁴⁵ oder der Theologe Mouhanad Khorchide, wofür ihm die Presse einen eigenen Artikel widmete. ¹⁴⁶ Ebenso verteidigte ihn Kenan Güngör, der meinte, dass die „Rekonstruktion (der Veränderung durch die Beamten, FH), wie es dazu gekommen ist, etwas zu linear, schemenhaft und konspirativ“ ¹⁴⁷ sei. Damit wollte er die „lineare Verschwörungstheorie ein stückweit hinterfragen“. ¹⁴⁸ Aslan gehöre zudem „zu einem der besten Kenner der islamischen Community und legt den

Finger auf wichtige Missstände und Probleme“. ¹⁴⁹ Unkritisch positionierte Lisa Nimmervoll von ‚Der Standard‘ Aslan hingegen als „Seitenwechsler zwischen zwei Islamwelten“. ¹⁵⁰ Der Kurier-Chefredakteur konstatierte, dass Aslan „viel Vertrauen verspielt“ habe, ¹⁵¹ wobei gegenüber Kurz weniger Kritik geübt wurde. Aslan bezeichnete die Behauptungen als „wissenschaftliche Diffamierung und persönliche Beleidigung“. ¹⁵² Murat Kayman beschrieb Aslan unter dem Titel „ein Professor als Instrument staatlicher Agitation“. ¹⁵³ Auch die Islamische Glaubensgemeinschaft kommentierte in ähnlicher Deutlichkeit. Sie meinte bereits früher, dass die „sogenannten Kindergartenstudie vor allem um eine bestellte Studie handelt, die in der Art, wie sie durch das Auftrag gebende Integrationsministerium lanciert wurde, gewissen politischen Interessen nutzbar gemacht werden sollte“, so die Frauenreferentin der IGGÖ, Carla Amina Baghajati. ¹⁵⁴ Kurz reproduzierte das nie erwiesene Stereotyp der islamischen Kindergärten als desintegrative Institutionen einfach weiter, ohne auf die Kritik inhaltlich einzugehen. Er wiederholte weiter Stehsätze wie „Wir brauchen ein Miteinander und keine Parallelgesellschaft“. ¹⁵⁵ Deutliche Worte

143. Ebd.

144. ORF (2017), „Aslan-Studie: Magistrat prüft rechtliche Schritte“, ORF, 07.08.2017. Available from: <http://wien.orf.at/m/news/stories/2859211/> [Accessed: 30th December 2017]

145. Kleine Zeitung (2017), „Kern stellt sich hinter Kurz, Häupl fragt sich, was er wusste“, Kleine Zeitung, 05.06.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5246956/IslamKindergaerten_Kern-stellt-sich-hinter-Kurz-Haeupl-fragt-sich [Accessed: 30th December 2017]

146. Red, APA (2017), „Studie umgeschrieben? Islam-Theologe verteidigt Aslan“, Die Presse, 05.07.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/panorama/wien/5246691/Studie-umgeschrieben-IslamTheologe-verteidigt-Aslan> [Accessed: 30th December 2017]

147. Helmberger, Doris; Tauss, Martin (2017), „Dramatisierung oder Beschönigung“, Die Furche, 12.07.2017. Available from: <http://www.furche.at/system/showthread.php?t=72872> [Accessed: 30th December 2017]

148. Ebd.

149. Ebd.

150. Nimmervoll, Lisa (2017), „Ednan Aslan: Seitenwechsler zwischen zwei Islamwelten“, Der Standard, 11.10.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000065835637/Ednan-Aslan-Seitenwechsler-zwischen-zwei-Islamwelten> [Accessed: 30th December 2017]

151. Brandstätter, Helmut (2017), „Vertrauen – sehr schnell verspielt“, Kurier, 05.07.2017. Available from: <https://m.kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/vertrauen-sehr-schnell-verspielt/273.431.539> [Accessed: 3th December 2017]

152. Kleine Zeitung (2017), „Uni Wien will Kindergarten-Studie nun prüfen“, Kleine Zeitung, 05.07.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5246491/Islamkindergaerten-in-Wien_Uni-Wien-will-KindergartenStudie-nun [Accessed: 30th December 2017]

153. Kayman, Murat (2017), „Aslangate“, Murat Kayman, 05.07.2017. Available from: <http://murat-kayman.de/2017/07/05/aslangate/> [Accessed: 30th December 2017]

154. ORF (2017), „IGGÖ: Muslime nicht Spielball der Politik“, ORF, 05.07.2017. Available from: <http://religion.orf.at/stories/2853045/> [Accessed: 30th December 2017]

155. Red, ORF (2017), „Studienautor weist Vorwürfe zurück“, ORF, 04.07.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2397991/2397999/> [Accessed: 30th December 2017]

fand auch Vizebürgermeisterin Vassilakou: „Diese Art von Politik - unter Anführungszeichen - zersetzt die Demokratie. Sie ist wirklich Gift für Österreich.“¹⁵⁶ Grüne und NEOS hingegen nutzten die Fälschungen für ihre Kritik. Häupl kritisierte Kurz dafür, mit der ‚Studie‘ „seine eigene Politik rechtfertigen“¹⁵⁷ zu wollen. Medien nutzten die Kritik und thematisierten vor allem die Kritik an Ednan Aslans Arbeitsweise. Ehemalige Mitarbeiter wurden zum Interview eingeladen. So behauptete der Politikwissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter Rami Ali, dass Aslan „immer wieder versucht hat, seine Vorstellungen den Mitarbeitern aufzudrücken und krampfhaft zu versuchen in eine gewisse Richtung vorzudringen, auch wenn diese Richtung nicht der Wirklichkeit entspricht.“¹⁵⁸ In einem Artikel Ende 2017 unterstellte Rami Ali, Ednan Aslan Diffamierungen.¹⁵⁹

Claudia Giger veröffentlichte unter dem Titel „Warum Kurz-Leak den jungen Integrationsminister ziemlich alt aussehen lässt“ eine fundamentale Kritik an der Politik von Kurz: „Es geht ihm und seinen jungen MitarbeiterInnen mehr um die Inszenierung als um das Tatsachensubstrat. Es geht ihm und seinen jungen MitarbeiterInnen mehr um plakative Signale als um differenzierte Botschaften. Und es geht ihm und seinen jungen MitarbeiterInnen mehr um das Ausmachen von Feindbildern als um das Bemühen, Misstände tat-

sächlich abzuschaftern.“¹⁶⁰ Solmaz Khorsand richtete ihre Kritik in der Wiener Zeitung in diesem Zusammenhang an Kurz und dessen paradoxes Verhältnis zum Leistungsprinzip.¹⁶¹

Die Universität Wien kündigte an, dass „eine Prüfung des Sachverhalts erfolgen“ würde, „um festzustellen, inwieweit die Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis eingehalten wurden“.¹⁶² Damit wurde die Österreichische Agentur für wissenschaftliche Integrität (OeAWI) beauftragt. In dem Bericht, der bis dato nicht veröffentlicht wurde, dessen Ergebnisse aber im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht wurden, wurde festgehalten, dass die „wissenschaftliche Güte“ der Studie in den einzelnen Gutachten (zu Frühpädagogik, Islamwissenschaften oder Wissenschaftssoziologie) zum Teil angezweifelt wurden. Ebenso wurde festgehalten, dass „außer Streit (steht, FH), dass es Einfluss seitens des Ministeriums gab.“ Aslan habe mit dem Ministerium zum Teil „sehr intensiv zusammengearbeitet“. Der wichtige Punkt hier ist aber, dass aufgrund der fehlenden Regulationen zwischen Wissenschaft und Politik kein wissenschaftliches Fehlverhalten nachgewiesen werden konnte. Eine Erarbeitung entsprechender Richtlinien wurde deshalb vom Rektor der Universität Wien Heinz Engl angekündigt. Indes sahen sich beide Seiten – die SPÖ Wien wie auch Sebastian Kurz mit Ednan Aslan – von der Prüfung bestätigt. Der Twitter Account der Universität verlautbarte: „Prüfung der #Kindergartenstudie: Kein wissenschaftliches Fehlverhalten durch Ednan As-

156. Kleine Zeitung (2017), „Kern stellt sich hinter Kurz, Häupl fragt sich, was er wusste“, Kleine Zeitung, 05.07.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5246956/IslamKindergaerten_Kern-stellt-sich-hinter-Kurz-Haeupl-fragt-sich [Accessed: 30th December 2017]

157. Heute (2017), „Kindergarten Studie: Häupl nimmt sich Kurz zur Brust: „Studie gefälscht““, Heute, 05.07.2017. Available from: <http://m.heute.at/politik/news/story/42537303> [Accessed: 30th December 2017]

158. Kaltenbrunner, Stefan (2017), „Schwere Vorwürfe gegen Studienautor Aslan“, Kurier, 04.07.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/studie-zu-islam-kindergaerten-schwere-vorwurfe-gegen-studienautor-aslan/273.321.865> [Accessed: 30th December 2017]

159. Ali, Rami (2017), „Wie Ednan Aslan KritikerInnen der Kindergartenstudie zu schweigen bringt“, Mosaik, 09.12.2017. Available from: <http://mosaik-blog.at/ednan-aslan-kindergartenstudie-islamkindergaerten-studie-kritik/> [Accessed: 30th December 2017]

160. Giger, Claudia (2017), „Warum Kurz-Leak den jungen Integrationsminister ziemlich alt aussehen lässt“, Kleine Zeitung, 05.07.2017. Available from: http://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5246711/Analyse_Warum-Kurz-Leak-den-jungen-Integrationsminister-ziemlich [Accessed: 30th December 2017]

161. Khorsand, Solmaz (2017), „Der Leistungsträger“, Wiener Zeitung, 18.07.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/904753_Der-Leistungstraeger.html [Accessed: 30th December 2017]

162. Universität Wien (2017), „Studie zu Kindergärten: Klärung durch wissenschaftliche Prüfung“, Universität Wien, 04.07.2017. Available from: <https://www.univie.ac.at/ueber-uns/weitere-informationen/04072017/> [Accessed: 30th December 2017]

lan festgestellt.“¹⁶³ Während die Universität Wien zustimmte, das Gutachten zu veröffentlichen, sofern der Studienautor zustimme, weigerte sich Ednan Aslan hingegen „bis auf Weiteres“, die Stellungnahme veröffentlichen zu lassen.¹⁶⁴

Strache, der sich damit brüstet, seit 2002 neun Mal in Israel gewesen zu sein, verlangte, bevor US-Präsident Donald Trump diesen Prozess noch begann, die Botschaft Österreichs in Israels von Tel Aviv nach Israel zu verlegen.¹⁶⁵

Als in Linz ein Mann aus Hass aufgrund angeblich erfahrener Diskriminierung einen Doppelmord an einem benachbarten Linzer Ehepaar beging, deutete das Innenministerium der Doppelmord als „eindeutig einen IS-Hintergrund“-aufweisend.¹⁶⁶ Mehr als drei Monate später – und nach der Nationalratswahl – wurde medial bekannt gemacht, dass es für einen Bezug zum IS „keinerlei Anhaltspunkte“¹⁶⁷ gäbe.

Die Änderung der Positionen von Sebastian Kurz von einer sprachlich eher inklusiven hin zu einer eher ausschließenden Haltung gegenüber Islam/MuslimInnen im Wahlkampf wurde von Johann Gudenus (FPÖ)¹⁶⁸ ebenso

wie von dem Leiter der Identitären Bewegung in Österreich kritisiert.¹⁶⁹

In Salzburg wurde in drei öffentlichen Freibädern ein Burkiniverbot erlassen. In Wien Hernals kam es ebenso zu einem Burkiniverbot.¹⁷⁰ Die Debatte wurde von Frankreich importiert und von der FPÖ angeregt, um „unsere heutige Badekultur“¹⁷¹ nicht zu gefährden. Während die FPÖ in Salzburg ein vollständiges Badeverbot für Burkini-Trägerinnen forderte, kam es dort zu einer Ausnahme im Schwimmunterricht für Schulen.¹⁷² Der dafür zuständige damalige Vizebürgermeister Harry Preuner änderte die ursprüngliche Argumentation der FPÖ und meinte, es ginge um Sicherheitsbedenken.¹⁷³

Die von Außenminister Sebastian Kurz getätigte Aussage *"In Sarajevo oder Pristina werden zum Beispiel Frauen dafür bezahlt, voll verschleiert auf die Straße zu gehen, um das Straßenbild zu ändern"*¹⁷⁴ wurde in Sarajevo und Pristina heftig zurückgewiesen. Die Sprecher des Außen-

163. Universität Wien (2017), Offizieller Twitter-Account, 08.11.2017. Available from: <https://twitter.com/univien/status/928220615978422272> [Accessed: 30th December 2017]

164. „Aslan-Studie: Stellungnahme nicht veröffentlicht“, ORF Wien, 23.11.2017. Available from: www.wien.orf.at/news/stories/2880099/ [Accessed: 23th November 2017]

165. Mosler, Volkhard (2017), „Antisemitische Verschwörungstheorien und Islamfeindlichkeit der Neuen Rechten“, Linkswende, 05.07.2017. Available from: <http://linkswende.org/antisemitische-verschwörungstheorien-und-islamfeindlichkeit-der-neuen-rechten/> [Accessed: 30th December 2017]

166. Stockhammer, Nicolas (2017), „Hat der IS-Terror Österreich erreicht“, Die Presse, 06.07.2017. Available from: http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5247941/Gastkommentar_Hat-der-ISTerror-Oesterreich-erreicht [Accessed: 30th December 2017]

167. OÖ Nachrichten (2017), „Doppelmord: Keine Hinweise auf IS-Kontakte“, OÖ Nachrichten, 21.10.2017. Available from: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Doppelmord-Keine-Hinweise-auf-IS-Kontakte;art4,2712643> [Accessed: 30th December 2017]

168. Gebhard, Josef (2017), „Gudenus: „Kurz ist ein Schauspieler der Politik“, Kurier, 03.08.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/gudenus-sebastian-kurz-ist-eher-ein-schauspieler-der-politik-als-ein-politiker/278.437.968> [Accessed: 30th December 2017]

169. Islamnixgut (2017), „Video: Martin Sellner: Wahl in Österreich: Was will Sebastian Kurz (ÖVP)? – Analyse einer Karriere (12:17)“, Islam nix gut, 14.10.2017. Available from: <https://nixgut.wordpress.com/2017/10/14/video-martin-sellner-wahl-in-sterreich-was-will-sebastian-kurz-vp-analyse-einer-karriere-1217/> [Accessed: 30th December 2017]

170. „Salzburger Lösung für das Burkiniverbot im Freibad“, Kronen Zeitung, 7.6.2017. Available from: [Accessed: 20th June 2017] http://mobil.krone.at/amp/sendung_id__490/story_id__572476/story.phtml

171. Salzburg24 (2017), „KLV zum Burkiniverbot: Keine Klagsandrohung, aber Handlungsbedarf“, Salzburg24, 29.08.2017. Available from: <http://www.salzburg24.at/klagsverband-zum-burkiniverbot-keine-klagsandrohung-aber-handlungsbedarf/5077845> [Accessed: 30th December 2017]

172. „Salzburger Lösung für das Burkiniverbot im Freibad“, Kronen Zeitung, 7.6.2017. Available from: [Accessed: 20th June 2017] http://mobil.krone.at/amp/sendung_id__490/story_id__572476/story.phtml

173. Salzburg24 (2017), „KLV zum Burkiniverbot: Keine Klagsandrohung, aber Handlungsbedarf“, Salzburg24, 29.08.2017. Available from: <http://www.salzburg24.at/klagsverband-zum-burkiniverbot-keine-klagsandrohung-aber-handlungsbedarf/5077845> [Accessed: 30th December 2017]

174. APA (2017), „„Bezahlte Verschleierung“: Kritik an Sebastian Kurz“, Kurier, 24.08.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/bosnien-und-kosovo-kritisieren-bezahlung-fuer-verschleierung-aussage-von-oevp-chef-kurz/282.387.998> [Accessed: 30th December 2017]

ministeriums bestanden darauf zu behaupten, dass dies Minister Kurz „von offiziellen Stellen immer wieder bestätigt“¹⁷⁵ wurde. Politikwissenschaftler und Balkanexperte Vedran Dzihic ortete Wahlkampfretorik.¹⁷⁶

In Vorbereitung auf die Landtagswahl in Niederösterreich mobilisierte der Spitzenkandidat der FPÖ, LAbg. Udo Landbauer: „Schluss mit der Zwangsislamisierung unserer Kleinsten! Türkisch-Unterricht, Lehrerinnen mit Kopftuch und islamische Feste haben in unseren Kindergärten nichts verloren. Am 28. Jänner gehört Moslem-Mama Mikl samt ihrem Multi-Kulti-Wahnsinn abgewählt!“ Auf einem dazugehörigen Bild wurde die ÖVP-Landeshauptfrau von NÖ in ein schwarzes Tuch gehüllt portraitiert:

ABB. 15: BILD DER FPÖ ZUR NÖ-LANDESHAUPTFRAU MIT DEM TITEL „MOSLEM-MAMA MIKL ABWÄHLEN“¹⁷⁷



Nach einer ersten Welle an Kritik führte er seine Argumente weiter aus. Landbauer sprach von einer Islam-Lehrerin, welche „auch die Kinder in Berndorf mit ihrem Islam-Wahnsinn“¹⁷⁸

175. Ebd.

176. Ebd.

177. Foto: Screenshot RFJ

178. FPÖ (2017), „FP-Landbauer: ÖVP Moslem-Mama-Mikl gibt offiziellen Islamisierungsauftrag für unsere Kleinsten!“, OTS, 19.11.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten [Accessed: 30th December 2017]

bekehren wolle, indem sie dort die türkische Sprache unterrichtet.

NR-Wahlkampf 2017

Im Wahlkampf produzierte die SPÖ Stammtischgespräche-Videos, in denen Christian Kern bürgernahe Gespräche in SPÖ-Sektionen führte. In der ersten von nur zwei veröffentlichten Folgen¹⁷⁹ kommt eine „besorgte Bürgerin“ zu Wort und schildert ihre Sorgen im Hinblick auf Anpassung in ihr „christliches Österreich“. „Kern lächelt, nickt, stimmt zu und entkräftet halbherzig. Zum Schluss verkündet er noch stolz, dass man das Burka-Verbot demnächst ‚exekutieren‘ werde“, so Solmaz Khorsand kritisch dazu.¹⁸⁰

Sebastian Kurz wurde von der FPÖ mit seinem Slogan „Der Islam gehört zu Österreich“ aus dem Jahre 2015 abgebildet, während Strache mit dem unveränderten Slogan „in Farbe abgebildet wird.“

ABB. 16: WAHLPLAKAT ZUR NR-WAHL 2017 „DIE ISLAMISIERUNG GEHÖRT GESTOPPT“¹⁸¹



179. SPÖVideos (2017), „#kernunterwegs am Stammtisch – Folge 1“, Youtube, 01.09.2017. Available from: <https://www.youtube.com/watch?v=ItMSxLVQM-U> [Accessed: 30th December 2017]

180. Khorsand, Solmaz (2017), „Stammtischkanzler“, Wiener Zeitung, 04.09.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/kommentare/914825_Stammtischkanzler.html [Accessed: 30th December 2017]

181. Foto: Screenshot FPÖ

Die Facebook-Seite „Die Wahrheit über Sebastian Kurz“ zeigt diesen mit einer Vertreterin der Islamischen Glaubengemeinschaft, um seine Anti-Islam-Linie in Frage zu stellen.



Die Grünen brachten ein 211 m² großes Plakat am Wiener Naschmarkt an, um auf die Verbreitung rechter Politiken aufmerksam zu machen.



182. Photo von Inés Bacher

Christian Kern erklärte im ORF-Sommergespräch zur Frage der Rolle von Inszenierung in der Politik: „Das Islamgesetz ist zum Beispiel so ein Punkt. Da hat man gesagt wir machen da was und gehen da vor gegen den Islam in Österreich. Und im Weiteren hat man dann zum Beispiel ein Gesetz gemacht, wo man tolle Pressekonferenzen hatte, sagen konnte, wir haben wirklich was getan. Sich hinstellen. Und die Wahrheit ist am Ende ist ein Gesetz rausgekommen, das kaum exekutierbar ist.“

Zur Causa des NR-Abg. Johannes Hübner (NR-Abg von 2008 bis 2017), welcher aufgrund von antisemitisch bewerteten Aussagen am 25. Juli 2017 seinen Rücktritt aus der Politik bekannt gab, meinte Strache im Sommergespräch: „Der Antisemitismus ist in unserer Gesellschaft wirklich ein Problem. Da gebe ich ihnen recht, aber da müssen sie auch die Aslan-Studie lesen, wo über 45% Personen Migranten in Österreich mit muslimischem Hintergrund die Vernichtung Israels sich wünschen und auch die Vernichtung von Juden sich wünschen. Da haben wir wirklich ein Problem“. Ähnlich antwortete Sebastian Kurz auf eine kritische Befragung in einem Interview, was er gegen den Antisemitismus in der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft machen wolle, dass es „keine Toleranz, auch nicht gegenüber der Aktionsgemeinschaft“ gäbe, um gleich weiter auszuführen, dass die eigentlich antisemitische Gefahr von MuslimInnen ausginge: „Wir dürfen aber auch nicht wegsehen beim importierten Antisemitismus. Es existiert ja nicht nur alter Antisemitismus, den es leider und furchtbarerweise schon lang in Europa gibt, sondern auch einen importierten (...) den wir nicht tolerieren dürfen“.¹⁸³ Der ehemalige Funktionär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) und mit dem Wahlsieg der Liste

183. Kurier (2017), „Sebastian Kurz: Das erste große Interview nach der Wahl“, Kurier, 17.10.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/wahl/oevp-chef-sebastian-kurz-erstes-tv-interview-nach-der-wahl-auf-kurier-at/292.607.308> [Accessed: 30th December 2017]

Kurz NR-Anbg. Martin Engelberg, erklärte kurz nach Angelobung der Bundesregierung in einem Gastkommentar in der linken *Haaretz*, dass die tatsächliche Gefahr des Antisemitismus nicht von Nazis, sondern von Muslimen ausginge.¹⁸⁴ Dieser Kommentar wurde in österreichischen Medien wie *Kurier*¹⁸⁵, *Die Presse*¹⁸⁶ und *Oberösterreichische Nachrichten*¹⁸⁷ rezipiert. Sowohl Benjamin Guttman von der Jüdisch-österreichischen Hochschülerschaft¹⁸⁸ wie auch Oskar Deutsch¹⁸⁹ und ich¹⁹⁰ kritisierten Engelberg für seinen Versuch, die FPÖ mithilfe von Islamophobie weißzuwaschen, in der *Haaretz*. Jedoch reproduzierte Deutsch die Generalisierung, wonach die „größte unmittelbare Gefahr gegenüber Juden von einem radikalen muslimischen Antisemitismus“¹⁹¹

käme. Die Repliken wurden lediglich von *Der Standard* rezipiert.¹⁹²

Kurz wurde für seinen Politikstil mit dem antisemitischen Bürgermeister Karl Lueger verglichen: „Die Vokabel und Sündenböcke sind demnach die gleichen wie damals [...] die sogenannte größte Zukunftshoffnung sogenannter christlichsozialer Politik? Sie spricht wie 1911, als hätte es die Weltkriege nicht gegeben“.¹⁹³

Die Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen sowie Kismet Online führten eine Befragung der Parteien bzw. SpitzenkandidatInnen zu ihren Positionen im Zusammenhang mit Einstellungen zu Islam/MuslimInnen durch. Während SPÖ-Kern, Grüne-Lunacek und NEOS-Strolz bejahten, dass der Islam zu Österreich gehöre, meinte FPÖ-Strache: „Der Islam als solcher gehört nicht zu Österreich. Weder historisch noch kulturell, noch ist er in irgendeiner Weise Teil Europas.“¹⁹⁴ Die FPÖ fordert zudem ein neues Islamgesetz. Grüne und NEOS lehnen ein generelles Kopftuchverbot ab, während Kern das Neutralitätsgebot für Polizistinnen, Richterinnen und Staatsanwältinnen verteidigt. Die FPÖ will gar ein Kopftuchverbot in öffentlichen Gebäuden wie Universitäten, Schulen oder Gerichten. Die ÖVP/Liste Kurz gab keine Stellung ab.¹⁹⁵ Die konsequenteste anti-rassistische Positionierung kam von der KPÖ Plus.¹⁹⁶

184. Engelberg, Martin (2017), „Don't Fixate on the Freedom Party. In Austria Today, the Real anti-Semitic Threat Is From Muslims, Not Nazis“, *Haaretz*, 19.12.2017. Available from: <https://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.829818> [Accessed: 30th December 2017]

185. APA (2017), „ÖVP-Politiker: Antisemitische Bedrohung durch Muslime“, *Kurier*, 19.12.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/oevp-politiker-antisemitische-bedrohung-durch-muslime/302.801.444> [Accessed: 30th December 2017]

186. APA (2017), „ÖVP-Mandatar: „Antisemitische Bedrohung kommt von Muslimen, nicht Nazis““, *Die Presse*, 19.12.2017. Available from: https://diepresse.com/home/innenpolitik/5340960/OeVPMandatar_Antisemitische-Bedrohung-kommt-von-Muslimen-nicht-Nazis [Accessed: 30th December 2017]

187. APA (2017), „ÖVP-Mandatar: „Antisemitische Bedrohung durch Muslime““, *OÖ Nachrichten*, 19.12.2017. Available from: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/OEVP-Mandatar-bdquo-Antisemitische-Bedrohung-durch-Muslimen-ldquo;art385,2765794> [Accessed: 30th December 2017]

188. Guttman, Benjamin (2017), „We Austrian Jews Must Not Legitimize the Nazis in Our Government“, *Haaretz*, 19.12.2017. Available from: <https://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.830113> [Accessed: 30th December 2017]

189. Deutsch, Oskar (2017), „Austria's Jewish Community Head: The Freedom Party's neo-Nazis Can't Camouflage Their Hatred of Jews by Visits to Israel“, *Zeitung*, 21.12.2017. Available from: <https://www.haaretz.com/opinion/1.830343> [Accessed: 30th December 2017]

190. Hafez, Farid (2017), „When the Fear of Muslims Leads Jews to Whitewash the Far Right“, *Haaretz*, 22.12.2017. Available from: <https://www.haaretz.com/opinion/1.830354> [Accessed: 30th December 2017]

191. Deutsch, Oskar (2017), „Austria's Jewish Community Head: The Freedom Party's neo-Nazis Can't Camouflage Their Hatred of Jews by Visits to Israel“, *Zeitung*, 21.12.2017. Available from: <https://www.haaretz.com/opinion/1.830343> [Accessed: 30th December 2017]

192. Red (2017), „FPÖ-Regierungsbeteiligung: Schlagabtausch zwischen Engelberg und Deutsch“, *Der Standard*, 21.12.2017. Available from: <https://derstandard.at/2000070853293/FPOe-Regierungsbeteiligung-Schlagabtausch-zwischen-Engelbert-und-Deutscher?ref=article> [Accessed: 30th December 2017]

193. Barta, Dominik (2017), „Kurz und Lueger – historische Parallelen“, *Der Standard*, 27.09.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000064905485/Kurz-und-Lueger-historische-Parallelen> [Accessed: 30th December 2017]

194. Ichner, Bernhard (2017), „Spitzenkandidaten beziehen Stellung zum Islam“, *Kurier*, 02.10.2017. Available from: <https://kurier.at/chronik/wien/spitzenkandidaten-beziehen-stellung-zum-islam/289.067.501> [Accessed: 30th December 2017]

195. Ebd.

196. Kismet Online (2017), „Farid Hafez: Wie islamophob war der Wahlkampf in Österreich? #nrw17“, Youtube, 12.10.2017. Available from: <https://www.youtube.com/watch?v=2fEPCiwDQ-Qw&t=35s> [Accessed: 30th December 2017]

Regierungsprogramm¹⁹⁷

Die am 18. Dezember 2017 angelobte Regierung machte zwei Tage davor ihr Koalitionsprogramm öffentlich. Insgesamt 21 Mal kommt das Wort „Islam“ im neuen Regierungsprogramm mit dem Titel *„Zusammen. Für unser Österreich“* vor und einmal „Scharia“. Im Gegensatz erscheinen Begriffe wie Rechtsextremismus und Faschismus kein einziges Mal im Koalitionsprogramm der Liste Sebastian Kurz und der FPÖ. Menschenrechte werden lediglich fünf Mal erwähnt. Im Regierungsprogramm wird der Minderheitenschutz ebenso wenig thematisiert wie die zunehmende Islamfeindlichkeit in Österreich. Den Schutz religiöser Minderheiten erwähnt die rechts-rechte Bundesregierung lediglich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen „Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten“, und hier wiederum speziell gegen „religiösextremistische Ideologien (z.B. politischer Islam)“.

Der politische Islam wird dann auch zu einem Schwerpunkt im Bereich der Inneren Sicherheit erhoben. Ihm ist ein ganzes Unterkapitel gewidmet. Hervorzuheben ist hier, dass die österreichischen Bundesbehörden wie das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung diesen Begriff generell nicht verwendet hatten. Generell war der Duktus ‚Islamismus‘.

Ob sich das nun ändern wird, bleibt abzuwarten. Sind doch nun Innenministerium sowie Verteidigungsministerium, welcher ebenso zwei Nachrichtendienste unterhält, in der Hand von FPÖ-Ministern. Die einzelnen Maßnahmen, die in diesem Unterkapitel behandelt werden, haben es entsprechend in sich und offenbaren, wen die beiden Wahlgewinner unter 'politischen Islam' subsumieren: Muslime. Das macht das Lippenbekenntnis, wonach man „zwischen dem politischen

Islam mit dem Ziel, unsere Gesellschaft zu unterwandern, und der Religion des Islam“ unterscheidet, nicht besser. Denn die Maßnahmen kreisen größtenteils um die in Österreich anerkannte Religionsgesellschaft der Muslime: Es ginge um die „Sicherstellung einer umfassenden Kontrolle der Darstellung der Lehre“. Das klingt erstmals eigenartig, da staatliche Behörden nicht in die Belange von anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften eingreifen dürfen. Was also will man kontrollieren?

Das Koalitionsprogramm verlangt auch, dass wesentliche Glaubensquellen wie der Koran in autorisierter Übersetzung vorgelegt werden, was bereits in dem diskriminierenden § 6 Islamgesetz aus dem Jahr 2015 festgelegt wurde. Diese Forderung geht auf das Wiener Integrations-Manifest, das 2011 mitunter vom Wiener Akademikerbund herausgegeben wurde, der später aus der Wiener ÖVP ausgeschlossen wurde, weil er die Aufhebung des Verbotsgesetzes forderte.

Dort hieß es, es brauche eine „offizielle Version des Koran und der Hadithe in deutscher Sprache“, um eine „Harmonisierung der Lehre mit den österreichischen Gesetzen zu gewährleisten“, ausgehend davon, dass dies im Koran gesamtheitlich nicht gewährleistet sei und sich MuslimInnen von Teilen des Koran distanzieren sollen.

Eine weitere Maßnahme fußt ebenso auf dem neuen Islamgesetz aus 2015: Weniger diplomatisch wie noch im Gesetz und dessen Ankündigung wird nun ganz offen von einem „Verbot der Auslandsfinanzierung“ gesprochen. Zusätzlich wird nun eine Novellierung des Islamgesetzes vorgeschlagen, um eine „Verhinderung der Einflussnahme aus dem Ausland“ sicherzustellen und „Umgehungskonstruktionen“ auszuschließen. Auch das ist eine Forderung der FPÖ aus dem Juni 2017.¹⁹⁸ In anderen Worten: Gesetzesänderungen des Vereinsgesetzes,

197. Hafez, Farid (2017), „Regierungsprogramm von FPÖ und ÖVP: Auf dem Weg zu einer restriktiven Islampolitik?“, Qantara, 18.12.2017. Available from: <https://de.qantara.de/inhalt/regierungsprogramm-von-fpoe-und-oevp-auf-dem-weg-zu-einer-restriktiven-islampolitik> [Accessed: 30th December 2017]

198. FPÖ (2017), „HC Strache: Kinder in Islamkindergärten werden Gehirnwäsche unterzogen“, FPÖ, 01.06.2017. Available from: <https://www.fpo.at/artikel/hc-strache-kinder-in-islamkindergaerten-werden-gehirnwaesche-unterzogen/> [Accessed: 30th December 2017]

welches potenziell alle Bürger betrifft, um vorgeblich die Einhaltung eines ohnehin diskriminierenden Gesetzes zu rechtfertigen.

Das Islamthema ist zweifellos Querschnittsmaterie. So soll ebenso der „ausländische Einfluss insbesondere im Bildungsbereich“ verhindert werden. Wie das geschehen soll, bleibt unklar. Umso deutlicher ist die Botschaft: Der organisierte Islam ist böse, insbesondere wenn er mit dem Ausland verbunden ist, was umgekehrt weder für eine Katholische Kirche oder eine der zahlreichen nationalen Orthodoxen Kirchen gilt, die allesamt mit einem Nationalstaat verbunden sind.

Der von Sebastian Kurz immer wieder vorgebrachte Wille, islamische Kindergärten zu schließen, da diese für ihn eine Parallel- und Gegengesellschaft repräsentieren, wird nunmehr im Programm in diplomatischere Worte gefasst. Darin ist die Rede von „stärkerer Kontrolle und in letzter Konsequenz der Schließung von islamischen Kindergärten und islamischen Privatschulen bei Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen“. Nicht Kindergärten generell, sondern islamische Kindergärten sollen also kontrolliert werden und all das unter dem Titel des „Kampfes gegen den politischen Islam“.

Lediglich zwei Maßnahmen betreffen im engeren Sinne sicherheitspolitische Agenden. So soll es „sicherheitspolizeiliche Befugnisse zur unverzüglichen Schließung von Kultusstätten wegen Terrorismuspropaganda sowie wegen Verkündung allgemein formulierter Konzepte und Theorien, die auf die Unterstützung von Terrorismus abzielen“ geben. Genau wie auch die obigen Punkte deutet dies auf eine uneindeutige Ausweitung der sicherheitspolitischen Bedrohungssphänomene, die es erlauben sollen, möglichst weitreichende Eingriffe des Staates im Sicherheitsbereich zu legitimieren.

Im globalen Trend liegt dann auch der Ausbau von „Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen“, die mitunter international aufgrund des einseitigen Fokus auf Muslimen bei gleichzeitiger Verharmlosung von nationa-

listischen Gruppierungen in der Kritik stehen. Im Unterkapitel „Bekämpfung von staatsfeindlichem Extremismus und staatsfeindlicher Radikalisierung, um insbesondere terroristischen Aktivitäten vorzubeugen“ wird dann auch ein umfassendes Sicherheitspaket geschnürt, das mitunter mithilfe des Arguments, extremistisch-religiöse Kultstätten zu schließen, begründet wird.

Der organisierte Islam ist böse, insbesondere wenn er mit dem Ausland verbunden ist, was umgekehrt weder für eine Katholische Kirche oder eine der zahlreichen nationalen Orthodoxen Kirchen gilt, die allesamt mit einem Nationalstaat verbunden sind.

Es werden ebenso „strafgesetzliche Bestimmungen gegen den politischen Islam (Ausgestaltung im StGB)“ gefordert. Mitunter wird die Einführung eines Erschwerungsgrundes für religiös-fundamentalistisch motivierte Gewalt genannt. Im Strafvollzugsrecht soll es durch Unterbringung von islamistischen/dschihadistischen Gefährdern in eigenen Sicherheitsabteilungen zu einer Erhöhung der (Rechts-) Sicherheit kommen.

Die Maßnahme der Einführung verpflichtender staatlicher „Werte- und Orientierungskurse für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte“ unter ‚politischer Islam‘ zeigt auch die Gleichung Flüchtling = Muslim. Entsprechend repressiv gilt es vorzugehen: Denn bei Nichterfüllung wird eine Kürzung der Mindestsicherung angedroht.

In Summe lässt sich zusammenfassen: Muslime werden nicht auf Basis von Menschenrechten und Religionsfreiheit als zu schützende und besonders von Rassismus betroffene Subjekte begriffen, sondern explizit als Gefährdungspotenzial, das es mithilfe diskriminierender, repressiver und sicherheitspolitischer Maßnahmen einzu-

dämmen gilt. Auf dem Weg dorthin sollen das Islamgesetz aus 2015 ebenso wie weitere sicherheitspolitische Maßnahmen helfen.

Heinz Faßmann, nunmehriger Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, das auch den Bereich der Kindergärten umfasst, erklärte in mehreren Interviews, dass er für ein Kopftuchverbot von Lehrerinnen sei (ausgenommen Religions- und Privatschullehrerinnen), da dies dem säkularen Staat entspreche.¹⁹⁹ In der Boulevardzeitung Österreich erklärte er auf die Frage, ob er diese früher ausgesprochene Idee noch immer vertrete:

„Inhaltlich ja, in meiner neuen Funktion würde ich es vielleicht etwas diplomatischer formulieren. Aus Respekt zum säkularen Staat erwarte ich, dass die Vertreter dieses Staates religionsneutral auftreten und nicht religiöse Symbole demonstrativ zur Schau stellen“.²⁰⁰

Medien

Die mediale Landschaft gab kritischen Tönen im Zusammenhang mit islamfeindlichen Debatten Raum. Im Zusammenhang mit der Kopftuchverbotsdebatte zu Beginn des Jahres 2017 pochte etwa ‚Die Presse‘-Journalistin Sibylle Hamann auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen²⁰¹ und hinterfragte die Debatte über das Gesichtsschleierverbot.²⁰² Salzburger Nachrichten-Re-

dakteur Viktor Hermann warnte davor, dass die ÖVP mit diesem Kurs die FPÖ nicht rechts überholen könne.²⁰³ Auch klare und deutliche Worte wie jene von Barbara Coudenhove-Kalergi fanden sich:

„Aber keine Kopftücher? Keine sichtbaren Moscheen? Keine adäquate Repräsentation in der Gesellschaft? Wenn wir wollen, dass sich die religiöse Minderheit der Muslime im Lande heimisch fühlt und sich mit Österreich identifiziert, dann müsste die Mehrheitsgesellschaft ihr ein Stück weiter entgegenkommen, als sie es derzeit tut [...] Und ist es wirklich auf die Dauer vertretbar, dass muslimische Zuwanderer in der Lehrerschaft, der Polizei, den Behörden und den politischen Parteien so gut wie nicht vertreten sind? Hoch qualifizierte, demokratisch untadelige Leute gäbe es genug.“²⁰⁴

Alexia Weiss lobte die aktive Förderung von Solidarität durch den Bundespräsidenten im Hinblick auf seine Aussage zu Islamophobie und kritisierte die auf Assimilation abzielende tendenz in der Debatte.²⁰⁵ John Bunzl kritisierte in ‚Der Standard‘:

„Auch eine Befürwortung des Kopftuchs hineinzuiinterpretieren geht daneben. Ausdrücklich betonte VdB das Recht von Frauen, ihre Bekleidung selbst zu wählen. Und das Kopftuch in jedem Fall als "Ausdruck des politischen Islam" zu bezeichnen deutet weniger auf eine religionskritische Haltung als auf eine Charakterschwäche der Denun-

199. Kurier (2017), "Faßmann: "Lehrerinnen sollen kein Kopftuch tragen", Kurier, 22.12.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/bildungsminister-fassmann-lehrerinnen-sollen-kein-kopftuch-tragen/303.319.949> [Accessed: 30th December 2017]

200. Oe24 (2017), "Faßmann: 'Kein Kopftuch bei Lehrerinnen'", oe24, 22.12.2017. Available from: <http://m.oe24.at/oesterreich/politik/Fassmann-Kein-Kopftuch-bei-Lehrerinnen/314275386> [Accessed: 30th December 2017]

201. Hamann, Sibylle (2017), "Kopftuch oder Irokesenfrisur? Am besten Perücken für alle!", Die Presse, 10.01.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/sibyllehamann/5151953/Kopftuch-oder-Irokesenfrisur-Am-besten-Peruecken-fuer-alle> [Accessed: 30th December 2017]

202. Hamann, Sibylle (2017), "Womöglich ging es gar nicht um die Burka – sondern um uns", Die Presse, 26.09.2017. Available from: http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/sibyllehamann/5292530/Quergeschrieben_Womoeglich-ging-es-gar-nicht-um-die-Burka-sondern [Accessed: 30th December 2017]

203. Hermann, Viktor (2017), "Und wenn ihnen nichts mehr einfällt, verbieten sie das Kopftuch", Salzburger Nachrichten, 11.01.2017. Available from: <http://www.salzburg.com/nachrichten/meinung/kolumne/hevi/sn/artikel/und-wenn-ihnen-nichts-mehr-einfaellt-verbieten-sie-das-kopftuch-229624/> [Accessed: 30th December 2017]

204. Coudenhove-Kalergi, Barbara (2017), "Kopftücher: Was auch gesagt werden muss", Der Standard, 03.05.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056930668/Kopftuecher-Was-auch-ge-sagt-werden-muss?ref=article> [Accessed: 30th December 2017]

205. Weiss, Alexia (2017), "Jüdisch leben: Im Gleichschritt, Marsch?", Wiener Zeitung, 02.05.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/blogs/juedisch_leben/889390_Im-Gleichschritt-Marsch.html [Accessed: 30th December 2017]

zianten hin: ihre Unfähigkeit der Akzeptanz von Differenz“.²⁰⁶

Isolde Charim kritisierte in ihrer Kolumne die emotionale Aufladung der Migrationsdebatte und fordert einen nüchternen Umgang: „Reale Probleme kann man pragmatisch lösen. Libidinöse Fixierungen aber nicht.“²⁰⁷ Ich verfasste für ‚Der Standard‘ einen Gastkommentar,²⁰⁸ der eine kritische Erwiderung erfuhr,²⁰⁹ auf die wiederum von der evangelischen Theologin Maria Katharina Moser repliziert wurde.²¹⁰ Die Wiener Zeitung-Journalistin Alexia Weiss stellt ironisch-kritisch die Frage, ob wir überhaupt noch Religionsfreiheit in unserer Gesellschaft wünschen.²¹¹ Bezugnehmend auf die ausfallenden Reaktionen auf die im Vorwort angeführte Elif Yilmaz beklagt Heinz Berger vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft (Universität Wien) eine „schrittweise Radikalisierung der Sprache“ und bedauert insbesondere, „dass viele bürgerliche und sozialdemokratische Regierungen zwar immer noch von Integration reden, aber unter diesem Schlagwort Maßnahmen setzen, die die Integration in unserer Gesell-

schaft de facto mehr blockieren als fördern“.²¹² Otto Friedrich von ‚Die Furche‘ konstatierten, dass die Stimmen immer leiser werden, „die einer kompetenten und emotional deeskalierten Religionsdebatte das Wort reden“.²¹³ Barbara Coudenhove-Kalergi argumentierte in ‚Der Standard‘ zur Debatte über ein Kopftuchverbot für BeamtInnen: „Das Österreich der Zukunft kann nicht unter dem Motto stehen: Daham statt Islam, sondern unter dem Motto: Daham mit Islam. Und mit Kopftuch.“²¹⁴ Auch an anderen Stellen kritisierte Coudenhove-Kalergi die Islamfeindlichkeit.²¹⁵ Ali Cem Deniz konstatiert und stellt kritisch die Frage: „Die österreichische Mehrheitsgesellschaft hat ein Problem damit, anti-muslimischen Rassismus zu benennen. Das ist nicht nur für die Musliminnen und Muslime eine Gefahr, sondern für die ganze Gesellschaft“.²¹⁶ Irene Klissenbauer kritisierte das „Burkaverbot“ als „eine Einschränkung der Religionsfreiheit – und einer offenen Gesellschaft nicht würdig“.²¹⁷ John Bunzl weist in mehreren Kommentaren im Falter auf die Parallelen von Antisemitismus und Islamophobie hin.²¹⁸

206. Bunzl, John (2017), „Van der Bellen und böswillige Unterstellungen“, Der Standard, 02.05.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000056931311/Van-der-Bellen-und-boeswillige-Unterstellungen> [Accessed: 30th December 2017]

207. Charim, Isolde (2017), „Aus sicherer Entfernung "Es gibt nur ein Thema: muslimische Zuwanderung"“, Wiener Zeitung, 29.09.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/kommentare/920110_Es-gibt-nur-ein-Thema-muslimische-Zuwanderung.html [Accessed: 30th December 2017]

208. Hafez, Farid (2017), „Ein Staatspreis für das Kopftuch“, Der Standard, 09.01.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000050442692/Ein-Staatspreis-fuer-das-Kopftuch> [Accessed: 30th December 2017]

209. Dimmel, Nikolaus (2017), „Staatspreis für das Kopftuch? In Absurdistan“, Der Standard, 11.01.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000050579003/Staatspreis-fuer-das-Kopftuch-In-Absurdistan> [Accessed: 30th December 2017]

210. Moser, Maria Katharina (2017), „Religion, sie gehört in die Öffentlichkeit“, Der Standard, 16.01.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000050836727/Religion-sie-gehoert-in-die-Oeffentlichkeit> [Accessed: 30th December 2017]

211. Weiss, Alexia (2017), „Jüdisch leben: Rassistische Debatte“, Wiener Zeitung, 07.02.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/blogs/juedisch_leben/872566_Rassistische-Debatte.html [Accessed: 30th December 2017]

212. Berger, Heinz (2017), „Kopftuch – die Eskalation eines Kulturkonflikts“, Der Standard, 06.03.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000053677125/Kopftuch-die-Eskalation-eines-Kulturkonflikts> [Accessed: 30th December 2017]

213. Friedrich, Otto (2017), „Muslime müssen streiten“, Die Furche, 08.03.2017. Available from: <http://www.furche.at/system/showthread.php?s=da91d63f05a3f4d2b47c5e0bd4a8aa21&t=72745> [Accessed: 30th December 2017]

214. Coudenhove-Kalergi, Barbara (2017), „Mit Kopftuch“, Der Standard, 22.03.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000054639403/Mit-Kopftuch> [Accessed: 30th December 2017]

215. Coudenhove-Kalergi, Barbara (2017), „Türkisblau“, Der Standard, 22.11.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000068303646/Tuerkisblau> [Accessed: 30th December 2017]

216. Deniz, Ali Cem (2017), „Wir müssen über Islamophobie reden“, FM4, 27.06.2017. Available from: <http://fm4.orf.at/stories/2851553/> [Accessed: 30th December 2017]

217. Klissenbauer, Irene (2017), „Keine Angst vor Pluralität“, Der Standard, 28.09.2017. Available from: http://derstandard.at/2000064918155/Keine-Angst-vor-Pluralitaet?utm_term=Autofeed&utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#link_time=1506579561 [Accessed: 30th December 2017]

218. Bunzl, John (2017), „Islamophobie und Antisemitismus: gleiche Leidenschaft?“, Falter 49/2017.

Gleichzeitig gab es ebenso Raum für Gegenteiliges. So räumten die Wochenzeitung ‚Die Furche‘ ebenso wie die Kronen Zeitung²¹⁹ einer Direktorin Raum ein, um ein Kopftuchverbot für Schülerinnen in Schulgebäuden bis zur Volljährigkeit zu argumentieren.²²⁰ In ‚Die Presse‘ wurden einseitige Kommentare veröffentlicht, die Kritik an der Islamischen Glaubensgemeinschaft übten, den von der Regierung propagierten „Islam europäischer Prägung“ predigten, ohne auch nur eine Kritik an der Regierung zu üben.²²¹ Eine Standard-Korrespondentin wurde dafür kritisiert, dass sie die Frage stellt, ob MuslimInnen nicht generell eine „Lizenz zum Lügen“ hätten.²²² Lisa Nimmervoll lud bereits wie letztes Jahr (siehe: Österreichischer Islamophobiebericht 2016) islamophobe Personen wie Saïda Keller-Messahli ein und gab damit ihren Ansichten breiten Raum. Sie streute einen Generalverdacht gegenüber allen Moscheen und behauptete, Moscheen würden generell keinen Beitrag zu Integration leisten können, propagierte ein Kopftuchverbot und unterstützte den Befund des ÖFI im Zusammenhang mit den Moscheen.²²³

In der Wiener Zeitung erhielt Hamed Abdel-Samad, der regelmäßig bei AfD-Veranstaltungen und hierzulande im Mainstream Programm

auftritt, Raum zur Verbreitung für seine islamophoben Positionen: „Wir können nicht im Namen der Toleranz weitermachen. Der Staat muss intervenieren. Der Islam ist keine Religion wie jede andere“,²²⁴ meint er etwa darin. Im Kurier gab es ein Interview mit Imad Karim, der als „einer der umstrittensten Islam-Kritiker“²²⁵ bezeichnet wird. Er erhielt Raum für Positionen, die in dieser radikalen Form eher im rechts-extremen Spektrum verbreitet sind. So meinte er: „Die Probleme sind in der Religion angesiedelt. So wie wir Muslime sozialisiert wurden, sind wir alle tickende Zeitbomben.“²²⁶ Und: „Ich kann Ihnen in Deutschland mittlerweile 100 No-Go-Areas nennen. Deutschland entwickelt sich zum besten islamischen Land der Welt [...] ich unterscheide nicht zwischen Muslimen und Islamisten, es gibt nur einen Islam. [...] Der Islam war nie friedlich, im Islam ist Gewalt immer positiv besetzt. Dafür sprechen die Erfahrungswerte der islamischen (Eroberungs-) Geschichte. [...] In den Muslimen keimt immer der Wunsch, die Welt zu islamisieren.“²²⁷

Christian Ortner veröffentlichte einen Gastkommentar, in dem er den Bundespräsidenten dafür kritisierte, dass er sich „den vom politischen Islam geprägten Kampfbegriff der ‚Islamophobie‘ aneignet“ hat, „und damit alle, die durchaus berechtigte Sorge um bestimmte Aspekte des Islam haben, zu Geisteskranken erklärt“.²²⁸ Nina Sc-

219. Gantner, Christoph (2017), „Gesetz ausweiten? Direktorin: „Kopftuchverbot auch in den Schulen““, Kronen Zeitung, 30.01.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/direktorin-kopftuchverbot-auch-in-den-schulen-gesetz-ausweiten-story-551421> [Accessed: 30th December 2017]

220. Hasibeder, Maria (2017), „Für ein partielles Kopftuchverbot“, Furche Nr. 04/2017, S. 14, 26.01.2017. [Accessed: 10th December 2017]

221. NNEI Sonbatl, Jasmin (2017), „Halal und haram bringen den Islam nicht voran“, Die Presse, 14.03.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5183633/Halal-und-haram-bringen-den-Islam-nicht-voran> [Accessed: 30th December 2017]

222. Deniz, Ali Cem (2017), „Wir müssen über Islamophobie reden“, FM4, 27.06.2017. Available from: <http://fm4.orf.at/stories/2851553/> [Accessed: 30th December 2017]

223. Nimmervoll, Lisa (2017), „Saïda Keller-Messahli: „Allmählich etabliert sich eine Parallelgesellschaft““, Der Standard, 24.10.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000066523469/Saïda-Keller-Messahli-Allmählich-etabliert-sich-eine-Parallelgesellschaft> [Accessed: 30th December 2017]

224. Abdel-Samad, Hamed (2017), „Der Islam hat einen Geburtsfehler“, Wiener Zeitung, 28.04.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/mehr_kultur/888913_Der-Islam-hat-einen-Geburtsfehler.html?em_cnt_page=2 [Accessed: 30th December 2017]

225. Kaltenbrunner, Stefan (2017), „Wir befinden uns mitten in der islamischen Inquisitionszeit“, Kurier, 16.06.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/deutsch-libanesischer-regisseur-imad-karim-wir-befinden-uns-mitten-in-der-islamischen-inquisitionszeit/270.091.734> [Accessed: 30th December 2017]

226. Ebd.

227. Ebd.

228. Ortner, Christian (2017), „Angst vor dem Islam – eine Krankheit“, Wiener Zeitung, 27.04.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/888610_Angst-vor-dem-Islam-eine-Krankheit.html, 27. April 2017 [Accessed: 30th December 2017]

holz‘ verallgemeinernde Kritik am Begriff wurde in der Wochenzeitung *Profil* abgedruckt.²²⁹

Der Kommentator der Tageszeitung ‚Die Presse‘, Oliver Pink, sprach im Zusammenhang von Van der Bellens Verwendung des Begriffs „Islamophobie“ von einer unkritischen Übernahme und fügte hinzu: „Nicht dass es Islamfeindlichkeit nicht gäbe, aber ‚Islamophobie‘ wird heute inflationär als Kampfbegriff verwendet, um Kritiker des Islam – auch muslimische Kritiker – mundtot zu machen.“²³⁰ Das Framing des Islamophobiebegriffs auf einen „Kampfbegriff des politischen Islam“ ist inzwischen ein weitverbreiteter Topos, den wir etwa auch bei dem Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger finden.²³¹ Auch Hans Rauscher nennt ihn in ‚Der Standard‘ einen „Totschlagbegriff“.²³² An anderer Stelle sprach er von „Rückständigkeit“ als „islamisches Merkmal“, um damit den Entwicklungsstand „muslimischer Länder“²³³ zu benennen. Efgani Dönmez veröffentlichte in der *Kronenzeitung* einen offenen Brief an den Bundespräsidenten mit der gleichen Kritik.²³⁴

229. Neuhold, Clemens (2017), „Rot-Weiss-Rot islamophob“, *Profil*, 28.04.2017. Available from: <https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/van-der-bellen-kopftuch-islamophobie-begriff-8102229> [Accessed: 30th December 2017]

230. Pink, Oliver (2017), „Der Präsident und die Islamophobie“, *Die Presse*, 26.04.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/5207552/> [Accessed: 30th December 2017]

231. Mayr, Peter; Mittelstaedt, Katharina (2017), „Warnung vor steigender Islamophobie: Wenige Daten, viel Gefühl“, *Der Standard*, 27.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056676445/Warnung-vor-Steigender-Islamophobie-Wenig-Daten-viel-Gefuehl> [Accessed: 30th December 2017]

232. Rauscher, Hans (2017), „Der Kopftuchsager und die Realität im Park“, *Der Standard*, 30.04.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000056740278/Der-Kopftuchsager-und-die-Realitaet-im-Park> [Accessed: 30th December 2017]

233. Rauscher, Hans (2017), „Rückzug des Christentums, Islam im Vormarsch?“, *Der Standard*, 22.12.2017. Available from: <https://mobil.derstandard.at/2000070913338/Rueckzug-des-Christentums-Islam-im-Vormarsch> [Accessed: 30th December 2017]

234. Dönmez, Efgani (2017), „Kopftuch ist ein Instrument des politischen Islam“, *Kronen Zeitung*, 27.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/kopftuch-ist-instrument-des-politischen-islam-efgani-doenmez-story-566675> [Accessed: 30th December 2017]

Die Einladungspolitik etlicher Medien kann ebenso kritisch beäugt werden. So waren bei einer ORF-Im Zentrum zum Thema „Radikalisierte Jugend – was ist dran an der islamistischen Gefahr?“ folgende Personen eingeladen. Laila Mirzo, eine gebürtige Syrerin, die vor zehn Jahren zum Christentum konvertierte, meinte, der Terror sei keine Perversion des IS, sondern das Kernstück des Islams. Die gebürtige Syrerin sei „bisher lediglich mit Auftritten in rechtsgerichteten Publikationen aufgefallen“.²³⁵ Auf der Internetplattform *Wochenblick.at*, deren Naheverhältnis zur FPÖ und der rechtsextremen Szene das *Profil* dokumentierte, nannte sie den Koran zuletzt „Handbuch des Terrors“. Einen anderen Vortrag mit dem Titel „Zeitbombe Islam“ hielt sie an einem Ort, in dem deutschnationale und rechtsextreme Burschenschafter beheimatet sind.²³⁶ Der rechte Blog unzensuriert.at führt sie als „Islamkennerin“.²³⁷ Mirzo war auch als Expertin der XY für ein Öffentliches Hearing im Außenpolitischen Ausschuss des Nationalrats geladen, um das Integrationspaket zu diskutieren. Dort argumentierte sie, dass ein „Burkaverbot“ nicht ausreichend sei und vielmehr „auch das islamische Kopftuch aus der Öffentlichkeit zu verbannen“²³⁸ sei, so die Parlamentskorrespondenz.

Die Debatte um islamische Kindergärten fand insbesondere im medialen Feld statt.

235. Oberascher, Karl (2017), „Im Zentrum“ zu Radikalisierung: Wer diskutierte da eigentlich?, *Kurier*, 07.02.2017. Available from: <https://m.kurier.at/kultur/im-zentrum-zu-radikalisierung-wer-diskutierte-da-eigentlich/245.349.810> [Accessed: 30th December 2017]

236. Ebd.

237. Unzensuriert (2017), „Islam-Kennerin Laila Mirzo bezeichnet den Koran als ein Handbuch des Terrors und der Intoleranz“, *Unzensuriert*, 27.04.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0021871-Islam-Kennerin-Laila-Mirzo-bezeichnet-den-Koran-als-ein-Handbuch-des-Terrors-und-der> [Accessed: 30th December 2017]

238. Parlament (2017), „Integrationspaket: ExpertInnen halten Burka-Verbot für grundrechtskonform“, *Parlamentskorrespondenz* Nr. 538, 08.05.2017. Available from: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK0538/ [Accessed: 30th December 2017]

Die Kronen Zeitung berief sich auf eine Studie von Ednan Aslan, um zu argumentieren, dass jeder zweite von 150 islamischen Kindergärten zu schließen sei.²³⁹ Sie brachte Titel wie „Kopftuch, Radikalisierung Alltag in Kindergärten“.²⁴⁰ Erich Kocina (Die Presse) recherchierte und kritisierte die Kronen Zeitung dafür, dass sie in diesem Artikel „Fotobeweise aus Wien“ für den Artikel verwendete, die jedoch der Fotogalerie des Islamischen Zentrums Wien entnommen waren und keine Bilder aus Kindergärten waren, während der Online Chefredakteur der Kronen Zeitung dabei blieb, dass es sich um eine korrekte Geschichte handle.²⁴¹ Als der Wiener LAbg Omar al-Rawi (SPÖ) von „Fake-Fotos“ sprach, kritisierte Online Chefredakteur Richard Schmitt diesen mit Verweis, dass „auf dem Sprachniveau des aktuellen US-Präsidenten [...] der radikale Islam verteidigt“ werde.²⁴² Ende November rügt dann der Presserat die Kronen Zeitung für die Fotos. Die Bilder stammten in Wahrheit von einem islamischen Jugendfest, wobei die Mädchen ohne Haarbedeckung herausgeschnitten wurden.²⁴³ Unterstützt wurde das Bild des Kopftuches als

Schulrealität von Clemens Neuhold im Profil,²⁴⁴ während Bilal Baltaci im Rahmen einer Recherche für den *Kurier* festhielt, dass sie kein einziges Kind mit Haarbedeckung in einem islamischen Kindergarten sahen.²⁴⁵ Differenziertere Auseinandersetzungen gab es von Petra Stuibler in ‚Der Standard‘, die argumentierte, dass nur ein Bruchteil der Kindergärten unter die Lupe genommen wurde (wobei sie mit 3.000 Kindern noch immer sehr hoch ansetzt).²⁴⁶ Sie kritisierte, dass „Kurz politische Vernunft und staatsmännisches Maßhalten auf dem Wahlkampf-Altar opfert“.²⁴⁷ Ebenso erschien ein Kommentar von mir zum Rassismusproblem des Integrationsressorts im Zusammenhang mit der Debatte über islamische Kindergärten.²⁴⁸

Boulevardmedien wie die Kronen Zeitung ließen fragwürdige KronzeugInnen zu Wort kommen. So behauptete eine als irakische Christin und Flüchtlingsbetreuerin vorgestellte Person, geflüchtete Menschen würden ihr anvertrauen, sie würden „hier in Ruhe ihre Religion ausleben können und dass Österreich bald ihnen gehören wird“.²⁴⁹ Der FPÖ wird Raum gegeben, ihre Hetze gegen MuslimInnen zu verbreiten. So wird beispielhaft in einem Artikel unter dem Titel „Mehmet und die Moschee: Schulbuch verär-

239. Pommer, Michael (2017), „Sind in Wien 75 Islam-Kindergärten zu radikal?“, Kronen Zeitung, 23.06.2017. Available from: <http://www.krone.at/575492> [Accessed: 30th December 2017]

240. Schmitt, Richard (2017), „Kopftuch, Radikalisierung Alltag in Kindergärten“, Kronen Zeitung, 24.06.2017. Available from: <http://www.krone.at/wien/kopftuch-radikalisierung-alltag-in-kindergaerten-fotobeweise-aus-wien-story-575570> [Accessed: 30th December 2017]

241. Kocina, Erich (2017), „Islam-Kindergarten: Falsches Foto in der Kronen Zeitung“, Die Presse, 27.06.2017. Available from: http://diepresse.com/home/panorama/wien/5242121/IslamKindergarten_Falsche-Fotos-in-der-Kronen-Zeitung [Accessed: 30th December 2017]

242. Schmitt, Richard (2017), Kopftuch für Kinder: Für SPÖ-Politiker „Fälschung“, Kronen Zeitung, 28.6.2017. Available from: [Accessed: 30th June 2017] <http://www.krone.at/oesterreich/kopftuch-fuer-kinder-spoe-politiker-faelschung-angriff-auf-kronenat-story-576142>

243. Red, APA (2017), „Islam-Kindergarten: Presserat rügt 'Krone' für Kopftuchfotos“, Der Standard, 22.11.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000068285874/Islam-Kindergarten-Presserat-ruegt-Krone-fuer-Kopftuch-Fotos> [Accessed: 30th December 2017]

244. Neuhold, Clemens (2017), „Kopftuch für Sechsjährige "ist Schulrealität"“, Profil, 03.07.2017. Available from: <https://www.profil.at/oesterreich/kopftuch-fuer-sechsjaeehrige-ist-schulrealitaet-8215316> [Accessed: 30th December 2017]

245. Baltaci, Bilal (2017), „Es gibt Wichtigeres als Deutsch“, Zeitung, 15.07.2017. Available from: <https://m.kurier.at/politik/inland/es-gibt-wichtigeres-als-deutsch/275.135.202> [Accessed: 30th December 2017]

246. Stuibler, Petra (2017), „Wahlkampfgetöse um islamische Kindergärten“, Der Standard, 24.06.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000059717412/Wahlkampfgetoese-um-islamische-Kindergaerten> [Accessed: 30th December 2017]

247. Ebd.

248. Hafez, Farid (2017), „Rassismusproblem des Integrationsressorts“, Der Standard, 23.06.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000059716552/Rassismusproblem-des-Integrationsressorts> [Accessed: 30th December 2017]

249. Krone (2017), „Was Flüchtlinge wirklich über uns reden“, Kronen Zeitung, 09.08.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/was-fluechtlinge-wirklich-ueber-uns-reden-helferin-deckt-auf-story-582726> [Accessed: 30th December 2017]

gert Eltern“ lediglich Johann Gudenus zu Wort gelassen. Seine Kritik an einem Bild in einem Schulbuch, in dem eine Moschee das Stadtbild ziert, kommentiert er mit den Worten: „Kindern wird mit solchen Zeichnungen eindeutig suggeriert, dass Moscheen unser Stadtbild pflegen, nicht Kirchen. Wenn man so etwas unter Integration versteht, ist es kein Wunder, dass sie nicht funktioniert.“²⁵⁰ In den Niederösterreichischen Bezirksblättern wird Yurdagül Sener zu Wort gelassen, die dort rechtspopulistische Positionen vertritt. Ihr Artikel wird in der rechtsextremen *unzensuriert.at* gefeiert.²⁵¹

Kritik an der Verbreitung von Unwahrheiten in der Kronen Zeitung vermeldete auch die Islamische Glaubensgemeinschaft im Hinblick auf einen Artikel, in dem behauptet wurde, dass Steuergelder für das Festessen von MuslimInnen verschwendet wurden, während BeamtenInnen kein Geld für notwendige Reparaturarbeiten erhielten.²⁵² Die Stadt Wien sah sich gezwungen, eine Presseaussendung zu veröffentlichen, um gegen von ihr beanstandete falsche Behauptungen der Tageszeitung Österreich zu korrigieren, in denen diese behauptet hatte, dass in einer Wiener Schule Nikolo und Christkind nicht mehr willkommen seien,²⁵³ was als Teil der Islamisierung Österreichs empfunden

wird. Ebenso widersprach die Stadt Wien der Kronen Zeitung einer Behauptung des online Chefredakteurs der Kronen Zeitung, Richard Schmitt,²⁵⁴ der behauptete, Wien würde darüber schweigen, dass seit 2015 „Mohammad bereits auf Platz 5 der Kindernamen sei“.²⁵⁵

Kritik an der Verbreitung von Unwahrheiten in der Kronen Zeitung vermeldete auch die Islamische Glaubensgemeinschaft.

Der ÖIF gab der ÖAW eine Studie in Auftrag, um die Wachstumsentwicklung von Religionsgruppen von 2016 bis 2046 zu erforschen. Dabei wurden vier Zukunftsszenarien ausgearbeitet. Mediale Beachtung fand vor allem die Frage des Zuwachses von MuslimInnen. Dieses liegt nach Szenario 1 bei 14%, nach Szenario 2 bei 17%, nach Szenario 3 bei 12%, und nach Szenario 4 bei 30%.²⁵⁶ So fasst der ORF die Studie mit folgenden Sätzen zusammen: „Eine Studie des Vienna Institute of Demography bestätigt den Anstieg der Muslime in Österreich. Demnach gibt es derzeit rund 700.000 Menschen, die sich zum islamischen Glauben bekennen. Seit 2001 hat sich der Anteil von vier auf acht Prozent erhöht.“²⁵⁷

250. Pommer, Michael (2017), „Mehmet und die Moschee: Schulbuch verärgert Eltern“, Kronen Zeitung, 31.03.2017. Available from: <http://www.krone.at/562381> [Accessed: 30th December 2017]

251. Unzensuriert (2017), „Österreich soll seine Werte behalten: Moslem-Journalistin prangert falsch gelebte Toleranz an“, Unzensuriert, 11.12.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0025742-Oesterreich-soll-seine-Werte-behalten-Muslimische-Journalistin-prangert-falsch> [Accessed: 30th December 2017]

252. IGGIO (2017), „Die Kronen Zeitung verbreitet Unwahrheiten und fördert mit einem Artikel die SPALTUNG der österreichischen Gesellschaft“, OTS, 29.07.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170629_OTS0329/die-kronen-zeitung-verbreitet-unwahrheiten-und-foerdert-mit-einem-artikel-die-spaltung-der-oesterreichischen-gesellschaft [Accessed: 30th December 2017]

253. Stadtschulrat Wien (2017), „Christkind und Nikolo: Willkommen an Wiens Schulen“, OTS, 04.12.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171204_OTS0055/christkind-und-nikolo-willkommen-an-wiens-schulen [Accessed: 30th December 2017]

254. Red (2017), „Mohammad unter beliebtesten Vornamen: Stadt Wien wehrt sich gegen 'Krone'“, Der Standard, 12.11.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000067666347/Wirbel-um-Mohammad-auf-Liste-der-beliebtesten-Vornamen-Stadt-Wien> [Accessed: 30th December 2017]

255. Schmitt, Richard (2017), „'Mohammad' bereits auf Platz 5 der Kindernamen!“, Kronen Zeitung, 11.11.2017. Available from: <http://www.krone.at/597817> [Accessed: 30th December 2017]

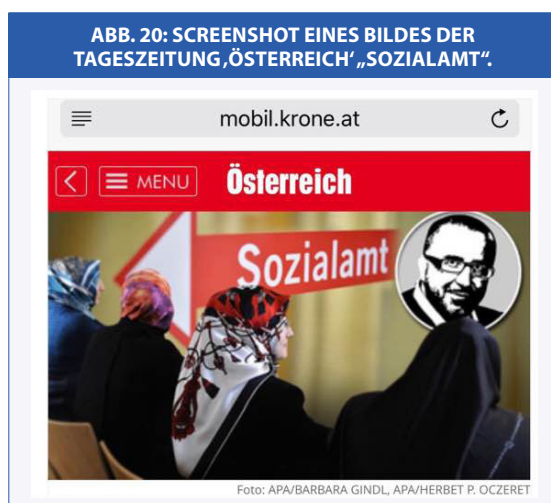
256. ORF (2017), „Anteil der Muslime in Österreich bei acht Prozent“, ORF, 04.08.2017. Available from: <http://religion.orf.at/stories/2858689/> [Accessed: 30th December 2017]

257. APA (2017), „Studie bestätigt Anstieg von Muslimen in Österreich“, Studium.at, 10.10.2017. Available from: <https://www.studium.at/625702-studie-bestaetigt-anstieg-muslimen-oesterreich> [Accessed: 10th December 2017] ZIB 13:00, Fr, 04.08.2017 13.00 Uhr

Die Kronen Zeitung betitelte und bebilderte eine Studie über Immigration und Muslime folgendermaßen auf der Titelseite:



Die Verknüpfung von Themen, denen eine Problemhaftigkeit zugeschrieben wird und Muslimen, ist nicht selten. Hier abgebildet im Falle eines Artikels der Kronen Zeitung und des ORF:



²⁵⁸. Kronen Zeitung, Ausgabe vom 21. Juni 2017.



TV-Formate wie die Diskussionsveranstaltung Talk im Hangar 7 des Senders Servus TV luden zu verschiedensten Debatten in einem wenig ausgewogenen Verhältnis islamophobe WortführerInnen ein. Unter dem Titel „Ist der Islam noch zu retten?“ wurde etwa Hamed Abdel-Samad, Seyran Ates und Gerald Grosz eingeladen.²⁵⁹ Umgekehrt wurden bei Servus TV jene MuslimInnen geladen, die extreme Ränder der muslimischen Gemeinschaft im Ausland repräsentieren und unnötig Debatten aufheizen, die in Österreich so nicht existieren.²⁶⁰ Zum Thema ‚Antisemitische Attacken: Woher kommt die neue Judenfeindlichkeit?‘ wurden etwa Frauke Petry, ehem. AfD-Vorsitzende sowie der Islamophobe Michael Ley eingeladen.²⁶¹ Unter dem Titel „Muslime in Österreich: Woran

²⁵⁹. Servus TV (2017), „Ist der Islam noch zu retten“, OTS, 19.07.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170719_OTS0018/ist-der-islam-noch-zu-retten [Accessed: 30th December 2017]

²⁶⁰. Servus TV (2017), „SERVUS NACHRICHTEN“ exklusiv: Was radikale Muslime in Wiener Moscheen predigen“, OTS, 01.12.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171201_OTS0155/servus-nachrichten-exklusiv-was-radikale-muslime-in-wiener-moscheen-predigen [Accessed: 30th December 2017]

²⁶¹. Servus (2017), „Antisemitische Attacken: Woher kommt die neue Judenfeindlichkeit?“, Servus, o.J. Available from: <https://www.servus.com/at/p/Antisemitische-Attacken%3A-Woher-kommt-die-neue-Judenfeindlichkeit%3F/AA-1TCMYE-TRH1W12/> [Accessed: 30th December 2017]

scheitert das Miteinander?“ wurden Heinz-Christian Strache, und Heiko Heinisch eingeladen.²⁶² Unter „Burka, Kopftuch und Koran: Woran scheitert Integration?“ diskutierten Sebastian Kurz und Alice Schwarzer.²⁶³ Unter „Islamische Kindergärten: Wirklich nur Panikmache?“ diskutierten mitunter Efgani Dönmez und Heiko Heinisch.²⁶⁴

Justizwesen

Recherchen über Moscheeschändungen in Graz (siehe Österreichischer Islamophobiebericht 2016) führten zur Aufdeckung von Verbindungen zwischen rechtsextremen Netzwerk bestehend aus Identitären und Partei des Volkes (PDV) in der Steiermark zur dortigen FPÖ.²⁶⁵

Das Gesichtsverhüllungsverbot, das primär gegen eine nicht weiter bestimmbare Anzahl von angeblich 150 Trägerinnen gerichtet war, wurde von Kurz 2014 noch als „künstliche Debatte“ abgetan.²⁶⁶ 2017 wurde es insbesondere auf Vorschlag von Integrationsminister Kurz eingeführt, womit Österreich Ländern wie Belgien, Frankreich, teilweise den Niederlanden und Bulgarien folgt.²⁶⁷ Nach einer ersten Debatte im Jänner 2017

hieß es, dass die Regierung sich für ein Neutralitätsgebot einsetzen würde. Damit wurde gemeint, dass Richterinnen, Staatsanwältinnen und Polizistinnen im Dienst kein Kopftuch tragen dürfen sollen.²⁶⁸ Während Maria Wittmann-Tiwald, Präsidentin des Handelsgerichts und Vorsitzende der Fachgruppe Grundrechte der Richtervereinigung, ihr Unverständnis mit diesem Vorschlag zum Ausdruck brachte, hieß es in der Polizeigewerkschaft, dass das Kreuz ein „persönlicher Schmuckgegenstand“ sei. Der Innenminister bezeichnete das Kreuz als „nicht nur religiöses Symbol“, sondern „Friedenssymbol“.²⁶⁹

Die Evangelischen Kirchen lehnten dieses Verbot ab. Sie bezweifeln in ihrer Stellungnahme, dass „für eine erfolgreiche Integration die Bereitschaft zur Kommunikation - auch im öffentlichen Bereich - zu jeder Zeit bestehen“²⁷⁰ müsse. Das Gesichtsverhüllungsverbot würde die Religionsausübung sowie andere Persönlichkeitsrechte gefährden. Amnesty International hält diese Vorschrift für den „negativen Höhepunkt“ des Integrationsgesetzes und lehnt dieses als „ungeeignet, unverhältnismäßig, diskriminierend und nicht zuletzt grundrechtswidrig“ ab.²⁷¹ Ebenso argumentierte die Rechtsanwaltskammer, dass das Gesetz „Ausdruck eines Erziehungsstaats, ein Staatsmodell, das im Widerspruch zu den im Integrationsgesetz betonten Werten einer rechtsstaatlichen Demokratie steht“,²⁷² sei.

262. Servus TV (2017), „Talk im Hangar-7 | Muslime in Österreich: Woran scheitert das Miteinander?“, Youtube, 02.06.2017. Available from: <https://www.youtube.com/watch?v=bzwBsFuXHC4> [Accessed: 30th December 2017]

263. Servus TV (2017), „Talk im Hangar-7 - Burka, Kopftuch und Koran: Woran scheitert Integration?“, Youtube, 17.02.2017. Available from: <https://www.youtube.com/watch?v=QrMj2oBCC6M> [Accessed: 30th December 2017]

264. Servus TV (2017), „Talk im Hangar-7 | Islamische Kindergärten: Wirklich nur Panikmache?“, Youtube, 13.07.2017. Available from: <https://www.youtube.com/watch?v=cN3x7devA-4> [Accessed: 30th December 2017]

265. Schmid, Fabian; Sulzbacher, Markus (2017), „Moscheeschändung: Rechtsextremes Netzwerk mit Kontakt zur FPÖ-Spitze“, Der Standard, 04.12.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000068873477/Moscheeschaendung-Rechtsextremes-Netzwerk-mit-Kontakt-zur-FPOe-Spitze> [Accessed: 30th December 2017]

266. Wiener Zeitung (2017), „Die ominösen 150 Burkas“, Wiener Zeitung, 03.02.2017. Available from: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/871996_Die-ominoesen-150.html?em_cnt_page=2 [Accessed: 30th December 2017]

267. Tahhan, Zena (2017), „Austria face veil ban 'criminalises Muslim women'“, Al Jazeera, 01.10.2017. Available from: <http://www.aljazeera.com/news/2017/10/austria-face-veil-ban-criminalises-muslim-women-171001104455120.html> [Accessed: 30th December 2017]

268. Mittelstaedt, Katharina (2017), „Staatsanwälte gegen, Polizisten für Kopftuchverbot“, Der Standard, 02.02.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000052007804/Neutralitaetsgebot-Staatsanwaelte-gegen-Polizisten-fuer-Kopftuchverbot?ref=artwh> [Accessed: 30th December 2017]

269. Ebd.

270. ORF (2017), „Kirchen gegen generelles Verhüllungsverbot“, ORF, 09.03.2017. Available from: <http://religion.orf.at/stories/2829941/> [Accessed: 30th December 2017]

271. APA, red (2017), „Burkaverbot: Innenministerium will erst ab Herbst strafen“, Der Standard, 09.03.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000053900605/Burka-Verbot-Innenressort-will-erst-ab-Herbst-strafen> [Accessed: 30th December 2017]

272. Ebd.

Im März wurde das „Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts in der Öffentlichkeit (Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz – AGesVG)“ eingeführt. Darin heißt es:

1. Ziele dieses Bundesgesetzes sind die Förderung von Integration durch die Stärkung der Teilhabe an der Gesellschaft und die Sicherung des friedlichen Zusammenlebens in Österreich. Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, dessen Gelingen von der Mitwirkung aller in Österreich lebenden Menschen abhängt und auf persönlicher Interaktion beruht.
2. (1) Wer an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Gebäuden seine Gesichtszüge durch Kleidung oder andere Gegenstände in einer Weise verhüllt oder verbirgt, dass sie nicht mehr erkennbar sind, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 150 Euro zu bestrafen. Die Verwaltungsübertretung kann durch Organstrafverfügung gemäß § 50 VStG in der Höhe von bis zu 150 Euro geahndet werden. Öffentliche Orte oder öffentliche Gebäude sind Orte, die von einem nicht von vornherein beschränkten Personenkreis ständig oder zu bestimmten Zeiten betreten werden können, einschließlich der nicht ortsfesten Einrichtungen des öffentlichen und privaten Bus-, Schienen-, Flug- und Schiffsverkehrs.²⁷³

Der ÖIF pries das Gesetz als Ermöglichung zum „Austausch zwischen allen Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten“, von dem „Traditionsveranstaltungen wie Perchtenläufe“ ausgenom-

men sind.²⁷⁴ Der algerische Millionär Nekkaz protestierte gegen das Gesichtsverhüllungsverbot und wurde aufgrund seines Protestes am Minoritenplatz mit Gesichtsverhüllung mit 50 Euro bestraft. Kurz bekräftigte weiterhin, die Vollverschleierung sei „ein Symbol der Gegengesellschaft und des politischen Islamismus, und diesen bekämpfen wir entschieden“ und sagte: „Wir stehen zu unseren europäischen Werten, wie der Gleichstellung von Mann und Frau. Diese werden wir weiterhin unbeirrt verteidigen.“²⁷⁵ Die ÖVP nutzte diese Provokation des Millionärs zur Bewerbung ihrer Positionen:



Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat im Zusammenhang mit einer Klage des NR-Abgeordneten Harald Walser diesem Recht gegeben: Die FPÖ haftet als Host-Provider für einen Inhalt, der von Dritten auf der Facebook-Seite von Strache veröffentlicht wurde. Demnach müsse die FPÖ diese Hasskommentare löschen,²⁷⁶ was anti-rassistischen AktivistInnen mehr Handlungsspielraum ermöglicht.

274. Österreichischer Integrations Fonds (2017), „Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz tritt in Kraft“, Integrationsfonds, 21.09.2017. Available from: <https://www.integrationsfonds.at/news/detail/article/anti-gesichtsverhuellungsgesetz-tritt-in-kraft/> [Accessed: 30th December 2017]

275. Kurier (2017), „Burka-Rebell“ in Wien abgeführt, Kurier, 09.10.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/wien/burka-rebell-in-wien-abgefuehrt/290.945.740> [Accessed: 30th December 2017]

276. Walser, Harald (2017), „Endlich gerichtlich geklärt: FPÖ haftet für Hassostings“, Harald Walser, 24.02.2017. Available from: <http://haraldwalser.at/5835-2/#.WLIEohxPF8Y.facebook> [Accessed: 30th December 2017]

273. Bundeskanzleramt RIS (2017), „Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für AntiGesichtsverhüllungsgesetz, Fassung vom 01.01.2018“, Bundeskanzleramt RIS, 01.10.2017. Available from: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009892&ShowPrintPreview=True> [Accessed: 30th December 2017]

In Kärnten wurde ein Mann, der mit einer Schrotflinte auf eine Gruppe muslimischer Frauen gezielt hatte, zu zehn Monaten Haft verurteilt.²⁷⁷ Er machte ein Foto von sich und stellte dieses anschließend auf Facebook mit dem Begleittext „Warum noch Computer spielen“ Der Arbeitslose musste zudem 960 Euro Geldstrafe zahlen.²⁷⁸

Die im Islamgesetz festgelegte Prüfung islamischer Vereine wurde von Efgani Dönmez in seiner Funktion als Kandidat für den Nationalrat vom Kultusamt eingefordert. Staatssekretärin Muna Duzdar verwies auf die Zuständigkeit des Innenministeriums, der die wiederum an Duzdar zurückgab.²⁷⁹ Im Rahmen seiner Kandidatur plädierte er für ein Migrationsministerium.²⁸⁰ Sebastian Kurz wiederholte seine Aufforderung nach „Ausbau des Kultusamts im Kanzleramt zu einer echten Religionsbehörde“.²⁸¹ Muna Duzdar forderte ebenso mehr Kompetenzen für das Kultusamt. Einerseits eine Aufstockung des Personals und andererseits, durch unabhängige Wirtschaftsprüfer bei Verdacht auf Auslandsfinanzierung prüfen zu lassen.²⁸²

Der Obmann der FPÖ-Mayrhofen wurde wegen Herabwürdigung religiöser Lehren zu un-

bedingter Geldstrafe verurteilt, weil er den Islam als „geistesranke Islamideologie“ nannte.²⁸³

Zu einer Prüfung gemäß dem Islamgesetz aus 2015 durch das Bundeskanzleramt kam es für eine Imam Hatip Schule in Wien und eine Imam Schule in Linz, da es zur Förderung dieser einen Spendenaufruf in Deutschland gab, welcher aufgrund des Inlandsfinanzierungsgebots verboten sei.²⁸⁴ Nach Medienberichten wurde das Projekt in Linz untersagt, weil es keine Genehmigung gab.²⁸⁵ Im Kurier hieß es sogar, die Imam-Schule sei „womöglich seit drei Jahren illegal betrieben“²⁸⁶ worden. Die Betreiber der Schule erklärten, dass es sich bei den Schulen nicht um eine Schule im Sinne des Privatschulgesetzes handle, diese auch nicht illegal betrieben werde und ebenso wenig aus dem Ausland finanziert werde.²⁸⁷ Die Islamische Glaubensgemeinschaft sprach sich mit dem Verweis darauf, dass es sich um keine Schule, sondern einen Imam-Kurs handle, gegen eine Schließung aus.²⁸⁸ Das

277. Kleine Zeitung (2017), „Villacher zielte mit Schrotflinte auf muslimische Frauen“, Kleine Zeitung, 02.03.2017. Available from: <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/villach/aktuelles-villach/5177348/> [Accessed: 30th December 2017]

278. Ebd.

279. APA (2017), „Moscheevereine, die Geld aus Ausland bekommen, sollen aufgelöst werden“, Der Standard, 15.07.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000061339278/Sobotka-will-Moscheevereine-aufloesen-wenn-sie-aus-Ausland-Geld-erhalten?ref=artwh> [Accessed: 30th December 2017]

280. Rössler, Wolfgang (2017), „Efgani Dönmez: Warum er ins Lager Sebastian Kurz wechselt“, GMX, 18.07.2017. Available from: <https://www.gmx.at/magazine/politik/wahlen/nationalratswahl/efgani-doenmez-lager-sebastian-kurz-wechselt-32433492> [Accessed: 30th December 2017]

281. red, ORF.at (2017), „Nachschärfungen beim Islamgesetz geplant“, ORF, 22.08.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2404110/> [Accessed: 30th December 2017]

282. APA (2017), „Moscheevereine: Verdacht der Auslandsfinanzierung bei 60 Imamen“, Die Presse, 01.10.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/Innenpolitik/5295073/> [Accessed: 30th December 2017]

283. ORF (2017), „FB-Hassposting: Obmann der FPÖ-Mayrhofen verurteilt“, ORF, 15.07.2017. Available from: <http://tirol.orf.at/news/stories/2855071/> [Accessed: 30th December 2017]

284. APA (2017), „Bundeskanzleramt prüft Alif und Imam Hatip auf Auslandsfinanzierung“, Die Presse, 21.07.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/Chronik/Wien/5256123/> [Accessed: 30th December 2017]

285. Egyed, Marie-Theres; Krutzler, David; Günther, Oswald (2017), „Prüfung islamischer Vereine: Koalition will Kontoöffnungen ermöglichen“, Der Standard, 21.08.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000062901461/Duzdar-zu-nicht-genehmigter-Islam-Schule-Kultusamt-soll-Konten-oeffnen> [Accessed: 30th December 2017]

286. Baltaci, Bilal; Gaul, Gernhard (2017), „Erdoğan plante Islam-Schule schon 2013: Sie ist bis heute illegal“, Kurier, 22.08.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/erdoan-plant-islam-schule-schon-2013-sie-ist-bis-heute-illegal/281.880.824> [Accessed: 30th December 2017]

287. APA (2017), „Islamschule: Betreiber sprechen von „innerer Angelegenheit““, Der Standard, 23.08.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000063033101/Islam-Schule-Betreiber-sprechen-von-innerer-Angelegenheit> [Accessed: 31th December 2017]

288. APA (2017), „Islamische Glaubensgemeinschaft gegen Schließung der Islam-Schule“, Die Presse, 23.08.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/bildung/schule/5273697/Islam-Schule-Islamische-Glaubensgemeinschaft-gegen-Schliessung?x-tor=CS1-15> [Accessed: 31th December 2017]

Bildungsministerium hatte Anzeige gegen die Schule in Liesing erstattet.²⁸⁹

Im November wurde eine 24-Jährige im Landesgericht Klagenfurt – nicht rechtskräftig – zu 3.000 EURO wegen eines FB-Postings verurteilt. Sie meinte in einem Posting, dass an Menschen, die Tiere schächten, „das selbe Ritual“ vollzogen werden soll.²⁹⁰

Gegen den NR-Abg. Efgani Dönmez wurde Mitte Oktober auf Antrag von Fouad A., Obmann eines großen Wiener Kindergarten-Vereins eine Klage eingebracht. Derzeit wurde eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach Dönmez zu unterlassen hat, dass sein Kindergarten-Verein „stehe im Einflussbereich der islamistischen Muslimbruderschaft“ stehe. Zudem wurde eine Anzeige wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch eingebracht. Und eine Klage wegen Kreditschädigung solle noch folgen, so der Anwalt von A.²⁹¹

Internet

Das Internet wird aufgrund geringerer Hemmschwelle oftmals für deutlichere Worte genutzt. So meinte etwa ein ehemaliger Kommunalpolitiker aus Niederösterreich, der 2015 für die FPÖ-Leobendorf kandidierte: „LIEBE DUZDAR, FAHR HEIM IN DIE TÜRKEI, SETZ DIR EIN KOPFTUCH AUF UND SCHIEB DIR DEN KORAN IN DEINEN A.....!“²⁹²

Offen islamophobe Seiten wie die FPÖ-nahe Seite unzensuriert.at argumentierten, Mikl-Leit-

ner habe die Islam-Ausstellung mit Muslimbruderschaft-Sympathisanten eröffnet.²⁹³

Kurze islamophobe Sprüche wurden auch von parteipolitischen AkteurInnen platziert. So etwa Kurz mit seiner generellen Forderung nach Schließung islamischer Kindergärten, weil diese eine Parallelgesellschaft symbolisieren würden.

Sebastian Kurz benutzte seinen Facebook-Account mitunter, um mithilfe von Schlagzeilen in Boulevard-Medien islamophobe Politik zu legitimieren.

ABB. 23: SCREENSHOT VON SEBASTIAN KURZ' FACEBOOK ACCOUNT.



ABB. 24: SCREENSHOT VON SEBASTIAN KURZ' FACEBOOK ACCOUNT.²⁹⁴



289. Religion.ORF.at (2017), „Geschlossene Islamschule plant Umorganisation“, ORF, 30.11.2017. Available from: <http://wien.orf.at/news/stories/2881161/> [Accessed: 31th December 2017]

290. ORF (2017), „3.000 Euro Strafe wegen Facebook-Postings“, ORF, 22.11.2017. Available from: <http://kaernten.orf.at/news/stories/2879707/> [Accessed: 31th December 2017]

291. Möchel, Kid (2017), „Kindergarten-Chef klagt „Islamisten-Jäger“ Dönmez“, Kurier, 11.11.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/oesterreich/kindergarten-chefklagt-islamisten-jaeger-doenmez/297.391.003> [Accessed: 31th December 2017]

292. Oe24 (2017), „FPÖler: Duzdar, schieb dir den Koran in deinen türkischen A...!“, oe24, 02.02.2017. Available from: <http://m.oe24.at/oesterreich/politik/FPÖler-Duzdar-schieb-dir-den-Koran-in-deinen-tuerkischen-A/267694397> [Accessed: 31th December 2017]

293. Unzensuriert (2017), „Mikl-Leitner eröffnete Islam-Ausstellung mit Muslimbruderschaft-Sympathisanten“, Unzensuriert, 18.04.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0023765-Mikl-Leitner-eroeffnete-Islam-Ausstellung-mit-Muslimbruderschaft-Sympathisanten> [Accessed: 31th December 2017]

Besonders extreme Aussagen wie das Einbringen der Option ‚Gewalt‘ für die Umsetzung politischer Ziele waren etwa bei einem FPÖ-Bezirksrat nachzulesen:



Auch der FPÖ-Wien Parteivorsitzende Johann Gudenus postet auf seiner Facebook Seite Abfälliges zu MuslimInnen und löst entsprechende Debatten aus. Dort heißt es zur Wahl einer Wiener Schülerin mit Hijab zu einer der einflussreichsten TeenagerInnen durch das Magazin „Time“ knapp: „Irrsinn“. Darunter lassen sich andere Poster mit rassistischen islamophoben Aussagen wie „Was heisst WIE-NERIN nur weils da geboren is is des blede mensch ka wienerin hat von unserer kultur ka ahnung der trompe“, „Schickt sie zurück, mit Kopftuch! Verblödung pur! Wie lange lassen wir uns festigen Scheiß aufhalsen?“ der „der-dreckmussweg“ aus.

Sebastian Kurz wurde nach einem Tweet²⁹⁴ (ausschließlich in englischer Sprache) zum Opferfest, in dem er MuslimInnen gesegnete Feierlichkeiten gewünscht hat, zum Ziel zahlreicher

Beschimpfungen²⁹⁷ von „Wie kann eine christliche Partei hier gratulieren????“ bis „Erspar uns doch einfach diese Schleimerei ggü den Moslems. Die beglückwünschen uns auch nicht zu Ostern oder Weihnachten“ und „Sebastian Kurz, ein verlässlicher Islamisierer! Liste Kurz - damit es nach der Wahl genau so weitergeht.“

Der Kärntner FPÖ-Landesrates Gernot Darmann verbreitete in einem Facebook-Post eine falsche Meldung mit dem Inhalt: „Islam-Unterricht für Kärntner Kinder“ dann wie folgt: „Skandal. Islamunterricht für Christen??? NEIN DANKE!!!.“²⁹⁸



Der RFJ veröffentlichte ein weiteres Bild mit dem Titel „Einwandern in unseren Sozialstaat macht Spaß“, das bildlich einen muslimisch gekleideten Mann zeigt.

294. Kurz, Sebastian (2017), Offizielle Facebook-Seite, 10.08.2017. Available from: <https://www.facebook.com/sebastiankurz.at/photos/a.112364565521892.21944.105151752909840/1440936235998045/?type=3&theater> [Accessed: 31th December 2017]

295. Haimour, Hussein (2017), Facebook, 27.06.2017. Available from: <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=310770382695443&set=a.160621984376951.1073741828.100012874507207&type=3&theater> [Accessed: 31th December 2017]

296. Kurz, Sebastian (2017), Offizieller Twitter-Account, 01.09.2017. Available from: <https://twitter.com/sebastiankurz/status/903708998423240704> [Accessed: 31th December 2017]

297. Heute (2017), „Hassposts gegen Kurz nach Opferfest-Tweet“, Heute, 02.09.2017. Available from: <http://www.heute.at/politik/news/story/Hassposts-gegen-Kurz-nach-Opferfest-Tweet-44431733> [Accessed: 31th December 2017] Hassposts gegen Kurz nach Opferfest-Tweet,

298. oe24 (2017), „Islamunterricht für Christen: FPÖ-Landesrat empört mit FB-Posting“, oe24, 26.09.2017. Available from: <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Islamunterricht-fuer-Christen-FPOe-Landesrat-empuert-mit-FB-Posting/301227541> [Accessed: 31th December 2017]

ABB. 27: FACEBOOK-PHOTO DER FPÖ „EINWANDERN IN UNSEREN SOZIALSTAAT MACHT SPAß“



Online kam es zu einem Shitstorm gegen die Drogeriekette BIPA, weil sie eine Kampagne lancierte, in der auch eine Hijab-tragende Frau abgebildet war. Online war die Rede von einem „Kniefall vor dem Islam“ und „schleichender Islamisierung“.²⁹⁹

Hass-Postings gegen Islam/MuslimInnen sind insbesondere auf Facebook weit verbreitet.

ABB. 28: FACEBOOK-KOMMENTAR VON GERMAN STEEL88.



ABB. 29: FACEBOOK-KOMMENTAR VON ALFRED KOLLER.



299. FSC (2017), "Werbung mit kopftuchtragender Frau: Rechter Shitstorm gegen Bipa", Der Standard, 19.10.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000066308348/Werbung-mit-kopftuchtragender-Frau-Rechter-Shitstorm-gegen-Bipa> [Accessed: 31th December 2017]

ABB. 30: FACEBOOK-KOMMENTARE AUF DER FACEBOOK-SEITE VON EFGANI DÖNMEZ.



Auf dem Facebook-Profil von Efgani Dönmez wurden ebenso den Islam verhetzende Inhalte online gestellt.

ABB. 31: FACEBOOK-KOMMENTAR AUF DER SEITE VON HEIKO HEINISCH.



Mitarbeiter von Aslan und Autor des vom ÖIF herausgegebenen Forschungsberichts zu Moscheen in Wien, Heiko Heinisch, versuchte Druck auf Kanzler Christian Kern auszuüben, indem er ihn als Kooperationspartner von Islamisten darstellte. Zudem deutete er dabei das Logo eines Restaurants als Herrschersiegel osmanischer Sultane um. Eine Muslimin, die aktiv für die SPÖ im Wahlkampf auftrat, wurde aufgrund des Tragens ihres Hijabs von mehreren Personen angefeindet.³⁰⁰

Zentrale Figuren im Islamophoben Netzwerk

Amer Albayati, Präsident der Initiative Liberaler Muslime Österreich (ILMÖ), der sich immer wieder als Islam- und Terrorexperte ausgibt, versuchte immer wieder, die öffentliche Meinung mit seinen Verschwörungstheorien zu beeinflussen. So kritisierte er den Bundespräsidenten für seine symbolische Solidarität mit Kopftuchtragenden Frauen und sprach in diesem Zusammenhang pauschal von der Islamophobiekeule als „Kampfbegriff des politischen Islam“, der „einzig und allein dazu (diene, FH), jede kritische Diskussion zum Thema Islam im Keim zu ersticken“.³⁰¹ Die „Islamophobie-Keule“ oder „Islamophobie-Lüge“ sei ein „niederträchtiges Werkzeug, das radikale Islamisten erfanden.“³⁰² Er streut immer wieder irreführende Informationen wie etwa in der Kronen Zeitung, dass in Wien die Mehrheit der Moscheen und Gebetsräume von „radikalen Fundamentalisten“ ge-

führt werden. Bayati fordert dabei die sofortige Schließung dieser Räume. Er behauptet, dass in islamischen Kindergärten eine Kopftuchpflicht für fünf- bis sechsjährige existiere.³⁰³

Bekannte offen islamophob argumentierende Personen wie Hamed Abdel-Samad unterstützten die Forderung der CDU-Politiker um die Präsidiumsmitglieder Jens Spahn und Julia Klöckner nach Einführung eines Islamgesetzes nach österreichischem Vorbild in Deutschland. Diese Forderung wurde auch von Mouhanad Khorchide unterstützt.³⁰⁴ Abdel-Samad forderte, dass der Staat Lizenzen für Glaubensgemeinschaften und Moscheen vergeben müsse und meinte darüber hinaus: „Die Moscheen müssen die Imame nehmen, die der Staat bestimmt, und dürfen nicht aus dem Ausland finanziert werden.“³⁰⁵

In einem offenen Brief reagierte eine Gruppe von muslimischen Frauen auf Van der Bellens Solidarität mit muslimischen Frauen. Das Kopftuch, sei „ein Symbol der Freiheit“. In Wirklichkeit aber stehe es „für Geschlechter-Apartheid, Unterdrückung, Zwang und die Trennung zwischen einer sittlichen ehrbaren Frau und einer Hure“. Seine Aussagen seien deswegen „Kulturrelativismus“ und „purer Sexismus“, so die UnterzeichnerInnen, die allesamt in Österreich mit Ausnahme der immer wieder nach Österreich geladenen Zana Ramadani nicht bekannt sind.³⁰⁶ CDU-Mitglied und ehemalige Femen-Aktivistin Zana Ramadani wurde zum einen Raum in Medien wie ,Die

300. <https://www.facebook.com/ban.as.9615/posts/132466244223146>

301. ILMÖ (2017), „Herr Bundespräsident Van der Bellen, lassen Sie sich nicht von Vertretern des politischen Islam wegen Kopftuch in die Irre führen“, OTS, 09.05.2017. Available from: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170509_OTS0089/herr-bundespraesident-van-der-bellen-lassen-sie-sich-nicht-von-vertretern-des-politischen-islam-wegen-kopftuch-in-die-irre-fuehren [Accessed: 31th December 2017]

302. Krone (2017), „Islamisten haben Begriff „Islamophobie“ erfunden“, Kronen Zeitung, 27.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/oesterreich/islamisten-haben-begriff-islamophobie-erfunden-offener-brief-an-vdb-story-566686> [Accessed: 31th December 2017]

303. Schmitt, Richard (2017), „Moscheen in Wien nach Kriegsverbrechen benannt“, Kronen Zeitung, 24.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/wien/moscheen-in-wien-nach-kriegsverbrechen-benannt-sofort-schliessen-story-565969> [Accessed: 31th December 2017]

304. religion.ÖRF.at/KAP/KANN (2017), „D: Muslimische Wissenschaftler wollen Islamgesetz“, ÖRF, 24.04.2017. Available from: <http://religion.orf.at/m/stories/2838836/> [Accessed: 10th December 2017]

305. Ebd.

306. Red (2017), „Frauenrechtlerinnen werfen Van der Bellen puren Sexismus vor“, Die Presse, 28.04.2017. Available from: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5208964/Frauenrechtlerinnen-werfen-Van-der-Bellen-puren-Sexismus-vor?xtor=CS1-15> [Accessed: 31th December 2017]

Presse³⁰⁷ oder Kronen Zeitung³⁰⁸ gegeben. Der Standard interviewte sie zweimal im Jahr 2017.³⁰⁹ Ramadaní präsentierte mit Sebastian Kurz den zweiten Teil („Ordnung und Sicherheit“) des Wahlprogramms der Liste Kurz für die NR-Wahl 2017.³¹⁰ Am 27. September referierte sie unter Mithilfe des Integrationsfonds³¹¹ zum Thema „Integration und Islam: Musliminnen zwischen Tradition und Moderne“ im NÖ Landhaus.

Der Österreichische Integrationsfonds fällt mit seiner einseitigen Einladungs politik auf. Zur 14. Sitzung des Integrationsbeirates unter Vorsitz von Franz Wolf wurde Seyran Ates geladen, die ein Plädoyer für eine „Förderung eines liberalen Islams“ hielt und ihre „liberale Moschee in Berlin“ vorstellte. Sie warnte zudem davor, „Flüchtlinge dem Einfluss radikaler Moscheevereine zu überlassen“, ³¹² wie es im ÖIF-Bericht heißt. Bro-

schüren zur Thematisierung der Verschleierung im Islam wurden vor dem Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz veröffentlicht. Manche AutorInnen wie Saïda Keller-Messahli und Ahmad Mansour zählen zu islamophoben Wortgebern.³¹³ Die Verwendung von muslimischen Kronzeugen ist ein zentraler Aspekt des Diskurses von ÖIF/BMEIA/ÖVP/Liste Kurz:



Manche JournalistInnen unterstützen insbesondere diese Stimmen, die sie im Sinne des white savior complex fördern. So der Kurier-Chefredakteur seine Leserschaft wissen: „Türken leiden unter dem politischen Islam“. ³¹⁴ In diesem Sinne argumentiert auch Aslan, dass „Vereine und Verbände zurückdrängt (werden sollen, FH), die die hier lebenden Muslime von allem Europäischen isolieren und theologisch ganz auf die islamischen Staaten ausrichten wollen. Diese Steuerung des

307. Baltaci, Köksal (2017), „Muslimische Männer werden zu Prinzen erzogen“, Die Presse, 13.04.2017. Available from: <https://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5200799/Muslimische-Maenner-werden-zu-Prinzen-erzogen?from=suche.intern.portal> [Accessed: 31th December 2017]

308. Krone (2017), „Muslimische Mütter erziehen Söhne zu Versagern“, Kronen Zeitung, 10.04.2017. Available from: <http://www.krone.at/563975> [Accessed: 31th December 2017]

309. Vosatka, Michael (2017), „Autorin Ramadaní: Kopftuch und Feminismus passen nicht zusammen“, Der Standard, 26.12.2017. Available from: http://mobil.derstandard.at/2000067912571/Feministin-Ramadaní-Jemand-der-pro-Kopftuch-ist-kann-kein-Feminist?utm_term=Autofeed&utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#link_time=1514287961 [Accessed: 31th December 2017] und Bichler, Josef und Rössler, Wolfgang (2017), „Zana Ramadaní: „Männer sind nicht das alleinige Übel“, Der Standard, 30.4.2017, <http://mobil.derstandard.at/2000056748901/Zana-Ramadaní-Maenner-sind-nicht-das-alleinige-Uebel> [Accessed: 31th December 2017]

310. APA Red (2017), „Wahlkampffinale: ÖVP setzt auf „Ordnung und Sicherheit“, NÖN, 22.09.2017. Available from: <http://www.noen.at/in-ausland/nationalratswahl-wahlkampffinale-oevp-setzt-auf-ordnung-und-sicherheit/62.050.375> [Accessed: 31th December 2017]

311. Österreichischer Integrations Fonds (2017), „Integration und Islam Musliminnen zwischen Tradition und Moderne“, Integrationsfonds, 27.09.2017. Available from: <http://integrationsfonds.eyepinnews.com/eventview/?p=z44a860e40c4530d2103f64cd-4460dcc73b14aba00ed2317b175787265d21587c> [Accessed: 31th December 2017]

312. Österreichischer Integrations Fonds (2017), „Integrationsbeirat diskutiert die Stärkung von Frauen mit Migrationshintergrund“, OTS, 27.04.2017. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170427_OTS0189/integrationsbeirat-diskutiert-die-staerkung-von-frauen-mit-migrationshintergrund Available from: [Accessed: 10th December 2017]

313. Österreichischer Integrations Fonds (2017), „Perspektiven Integration: Verschleierung im Islam“, Integrationsfonds 01/2017, Available from: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/Fotos/Publikationen/OEIF_Perspektiven_Verschleierung_200x260_A4.pdf [Accessed: 31th December 2017]

314. Brandstätter, Helmut (2017), „Türken leiden unter dem politischen Islam“, Kurier, 17.07.2017. Available from: <https://m.kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/tuerken-leiden-unter-dem-politischen-islam/275.525.273> [Accessed: 31th December 2017]

österreichischen oder auch deutschen Islam aus dem Ausland ist fatal“,³¹⁵ womit er nicht in erster Linie eine Selbständigkeit und Empowerment der MuslimInnen meint, sondern eine Lösung von transnationalen Netzwerken und dem im Islamgesetz 2015 und insbesondere von der Integrationspolitik geförderten Motto „Islam europäischer Prägung“ das Wort redet. An anderer Stelle spricht Aslan im Hinblick auf die Anbindung türkisch-muslimischer Vereine über ein „langfristiges Projekt, ein Kolonialprogramm der türkischen Regierung“.³¹⁶ IKG-Generalsekretär Raimund Fastenbauer behauptete im Umkehrschluss zum „Islam österreichischer Prägung“, Österreich habe ein Problem mit dem „politischen Islam“, denn der Islam „nahöstlicher Prägung“ sei „durch und durch antisemitisch [...] und intolerant gegenüber Andersgläubigen, auch dem Christentum“. Mehrere Medien nahmen die von Fastenbauer in der Zeitschrift des Österreichischen Cartellverbandes *Academia* veröffentlichten Aussagen auf, darunter auch einschlägig rechte Medien wie *unzensuriert.at*³¹⁷ und *info-direkt.eu*.³¹⁸ Auf *unzensuriert.at* wurde etwa nach dem Boykott-Aufruf gegenüber den FPÖ-Ministern behauptet, dass hinter diesem von Personen wie Bernard Kouchner und anderen internationalen Persönlichkeiten

aus der Politik lancierten Aufruf die „George-Soros-Stiftung und Islam-Lobby“ stecke.³¹⁹

Im Zuge des Wahlkampfes kam es zu Kritik an der am 29.12.2016 gegründeten und 7.6.2017 in der Europäischen Kommission angemeldeten „Europäischen Bürgerinitiative gegen Extremismus“,³²⁰ die von Seyran Ates und Efgani Dönmez mit jeweils 10.000 € finanziert wurde und von diesen beiden sowie dem österreichischen Juristen, Sebastian Reimer, ins Leben gerufen.³²¹ Als organschaftliche Vertreter des Vereins mit Sitz in Linz werden Herr Walter Schnauder sowie Herr Peter Weinzierl genannt.³²² Schnauder ist ehemaliger politischer Funktionär der ÖVP und seit 2003 politischer Coach der ÖVP OÖ.³²³ Als Unterstützer werden mitunter bekannte islamophobe Wortspender wie Abdel-Hakim Ourghi, Ralph Ghadban, Saïda Keller-Messahli,³²⁴ Necla Kelek³²⁵ wie auch ein Mouhanad Khorchide³²⁶

319. Unzensuriert (2017), „Hinter Boykott-Aufruf gegen FPÖ-Minister stecken George-Soros-Stiftung und Islam-Lobby“, Unzensuriert, 30.12.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0025885-Hinter-Boykott-Aufruf-gegen-FPOe-Minister-stecken-George-Soros-Stiftung-und-Islam> [Accessed: 31th December 2017]

320. Abele, Katrin (2017), „Kommission registriert europäische Bürgerinitiative „Stop Extremism“, Europäische Kommission, 07.06.2017. Available from: https://ec.europa.eu/germany/news/kommission-registriert-europ%C3%A4ische-b%C3%BCrgerinitiative-%E2%80%9Estop-extremism%E2%80%9C_de [Accessed: 31th December 2017]

321. Stop Extremism (2017), „Europäische Bürgerinitiative „Stop Extremism“ gestartet“, OTS, 03.07.2017. Available from: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170703_OTS0122/europaeische-buergerinitiative-stop-extremism-gestartet [Accessed: 31th December 2017]

322. Vereinsregisterauszug zum Stichtag 13.12.2017, ZVR-Zahl 735542616, Accessed: 10th December 2017.

323. Schnauder, Walter (2017), „Curriculum Vitae – Walter Schnauder“, Marketing Solutions, 03.12.2003. Available from: http://www.marketingsolutions.at/downloads/cvWS_72dpi.pdf [Accessed: 31th December 2017]

324. Stop Extremism (2017), Available from: <https://www.stopextremism.eu/people> [Accessed: 31th December 2017]

325. Stop Extremism (2017), „Statement von Necla Kelek zur European Citizen's Initiative Stop Extremism“, Youtube, 02.10.2017. Available from: https://www.youtube.com/watch?v=Nc_Q2sOp-Cfc [Accessed: 31th December 2017]

326. Stop Extremism (2017), Supporters. Available from: https://web.archive.org/web/20170824134012/http://www.stopextremism.eu/people_supporters [Accessed: 31th December 2017]

315. Kamann, Matthias (2017), „Die Steuerung des Islams aus dem Ausland ist fatal“, Die Welt, 07.08.2017. Available from: <http://hd.welt.de/politik-edition/article167430465/Die-Steuerung-des-Islams-aus-dem-Ausland-ist-fatal.html> [Accessed: 31th December 2017]

316. Baltaci, Bilal (2017), „Erdogan plante Islam-Studie schon 2013: Sie ist bis heute illegal“, Kurier, 22.08.2017. Available from: <https://kurier.at/politik/inland/erdoan-plante-islam-schule-schon-2013-sie-ist-bis-heute-illegal/281.880.824> [Accessed: 31th December 2017]

317. Unzensuriert (2017), „Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde hat Problem mit „antisemitischem, nahöstlichem Islam“, Unzensuriert, 26.02.2017. Available from: <https://www.unzensuriert.at/content/0023300-Generalsekretaer-der-Israelitischen-Kultusgemeinde-hat-Problem-mit-antisemitischem> [Accessed: 10th December 2017]

318. Info Direkt (2017), „Israelitische Kultusgemeinde warnt vor muslimischer Einwanderung“, Info Direkt, 24.02.2017. Available from: <http://info-direkt.eu/2017/02/24/israelische-kultusgemeinde-warnt-vor-muslimischer-einwanderung/> [Accessed: 31th December 2017]

angeführt. Dönmez gerat unter Kritik, als Leaks durch den Falter offenbarten, dass mehr als 20.000 €, das bei der EU-Kommission angegebene Budget, potentiell im Umlauf sein könnten.³²⁷ Für Tal Silberstein-Intimus Peter Puller, der zuvor Pressesprecher der ÖVP, zuerst in der Steiermark und danach für das Justiz- und Wissenschaftsministerium war, wurde zwischen der Gesellschaft für Politikanalyse und der PR-Agentur von Puller am 17. Juli ein Vertrag in der Höhe von mehr als 180.000 Euro aufgesetzt, der letztendlich aber nicht in Kraft trat.³²⁸ Der Vertrag besagt, dass Puller eine Kampagne gegen den politischen Islam koordinieren solle.³²⁹ Das monatliche Honorar von etwa 15.000 Euro wurde nicht ausbezahlt und nach Angaben von Puller sind acht Wochen Tätigkeit noch nicht honoriert worden.³³⁰ Die Tageszeitung ‚Die Presse‘ veröffentlichte danach Chat-Protokolle, wonach Dönmez die Anliegen der Saudis unterstütze. Angeblich versprach Dönmez mehrfach, die Türkei und Katar in Interviews schlechtzumachen. An einer Stelle heißt es zusammengefasst in einem Chatprotokoll: „Türkei = Bad, Katar = Bad, Saudis = Good“. Ein Scherz argumentiert Dönmez.³³¹ Dönmez meinte, dass kein Cent von Saudis floss und die Chat-

protokolle Scherze gewesen seien und betonte, dass er ein Kritiker von Saudi Arabien sei.³³²

Tatsächlich hat Efgani Dönmez in seiner Rede am 15.9.2017 im Rahmen der Präsentation der Bürgerinitiative bei einem Side Event der OSZE-Konferenz explizit die Qatar Charity beschuldigt, 97 Millionen Euro in Europa dafür aufgewendet zu haben, um islamische Zentren und die Muslimbruderschaft zu unterstützen. Bei der gleichen Präsentation kritisierte Seyran Ates lediglich die Türkei sowie die Muslimbruderschaft. Ates behauptet, die Muslimbruderschaft habe zwischen 2007 und 2016 120,5 Millionen Euro an muslimische Organisationen in Europa bezahlt. Das Königreich Saudi Arabien wurde dort nirgends erwähnt.³³³

Zu den sechs Forderungen der Bürgerinitiative zählen die europaweite Erstellung einer Warnliste, „auf der Personen und Organisationen mit extremistischem Hintergrund aufgelistet werden“.³³⁴ Zudem sollen Geldflüsse über 100.000 Euro pro Jahr von im Extremismus-Verdacht stehenden Organisationen veröffentlicht und offengelegt werden. Zuletzt fordern sie: „Durch ein europäisches Gütesiegel (z.B. für moderate, religiöse Vereine) soll klar erkennbar gemacht werden, welche Unternehmen und Organisationen Extremismus ablehnen und Maßnahmen getroffen haben, um jede Form der Unterstützung von Extremismus auszuschließen. Und umgekehrt, wo diese Gefahr möglicherweise besteht.“³³⁵ Insbesondere die Regelung mit dem Gütesiegel entspricht vielen autoritär regierten Staaten mit muslimischen Bevölkerungsmehrheiten. Eine entsprechende Forderung wurde etwa zuletzt

327. Europäische Kommission (2017), „Europäische Bürgerinitiative“, Europäische Kommission, 15.12.2017. Available from: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing/details/2017/000007?lg=de> [Accessed: 10th December 2017]

328. Völker, Michael (2017), „Efgani Dönmez Pakt mit dem Hintermann unsauberer Kampagnen“, Der Standard, 03.10.2017. Available from: <http://mobil.derstandard.at/2000065263914/Efgani-Doenmez-Pakt-mit-dem-Hintermann-unsauberer-Kampagnen> [Accessed: 31th December 2017]

329. Red (2017), „Ein Mann mit vielen Kontakten“, Der Standard, 01.10.2017. Available from: <http://derstandard.at/2000065131757/Ein-Mann-mit-vielen-Kontakten> [Accessed: 31th December 2017]

330. Oswald, Günther (2017), „Silberstein-Mitarbeiter Puller will 100.000-Euro-Angebot der ÖVP vor Gericht beweisen“, Der Standard, 06.10.2017. Available from: <https://derstandard.at/2000065475443/Silberstein-Mitarbeiter-Puller-will-100-000-Euro-Angebot-der-OeVP> [Accessed: 10th December 2017]

331. Thalhammer, Anna (2017), „Machte Dönmez Stimmung im Sinne der Saudis?“, Die Presse, 09.10.2017. Available from: <https://diepresse.com/home/innenpolitik/nationalratswahl/5299757/Machte-Doenmez-Stimmung-im-Sinne-der-Saudis> [Accessed: 31th December 2017]

332. Thalhammer, Anna (2017), „Dönmez: „Kein Cent von Saudis“, Die Presse, 10.10.2017. Available from: http://diepresse.com/home/innenpolitik/5300333/Doenmez_Kein-Cent-von-Saudis [Accessed: 31th December 2017]

333. Herberth, Anja (2017), „OSCE Konferenz Präsentation Stopex“, Youtube, 19.10.2017. Available from: https://www.youtube.com/watch?time_continue=313&v=QehtoCNEsDk [Accessed: 31th December 2017]

334. Stop Extremism (2017), Available from: <https://www.stopextremism.eu/about> [Accessed: 31th December 2017]

335. Ebd.

von Scheich Nahjan Mubarak Al Nahjan, der das Ressort für Toleranz in einem Ministerium der Vereinigten Arabischen Emirate leitet, empfohlen.³³⁶

ERFOLGREICHE UND POSITIVE GEGENSTRATEGIEN

- Im September 2017 wurde eine Beratungsstelle gegen Hass im Netz eingerichtet. Betroffene Nutzer können dort professionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Die von der Anti-Rassismus-Initiative ZARA betriebene Stelle findet man auf der Website beratungsstelle.counteract.or.at
- Die Dokustelle Muslime, der Jugendrat der Islamischen Glaubensgemeinschaft sowie das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft organisierten unter dem Motto „Muslim-BanAustria – Mein Körper, mein Recht auf Selbstbestimmung“ eine Demonstration gegen das Kopftuchverbot.³³⁷
- Der Bundespräsident Alexander Van der Bellen sprach im Zusammenhang mit der Präsentation eines NS-Mahnmals in Baden klare und deutliche Worte: „Wir müssen darauf achten, dass sich das nicht wiederholt - natürlich unter anderem Namen. Es wird andere Inhalte haben, es wird andere Ausdrucksformen haben. Es wird unter Anführungszeichen moderner sein. Aber wir müssen die Zeichen des Anfangs erkennen.“³³⁸
- Eine Islam-Ausstellung in Schallaburg/Niederösterreich hat „eine unaufgeregte, breiten-

wirksame Schau zu einer Glaubensrichtung, der immerhin sechs Prozent der österreichischen Bevölkerung angehören“ eröffnet.³³⁹

- Die Islamische Föderation hat eine Aufklärungs-Kampagne „Gestatten, Muslim“ betrieben.³⁴⁰
- Das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft arbeitet mit einem Kopftuch-Remix von Sebastian Kurz die Widersprüchlichkeit und Veränderung von dessen Positionen auf.³⁴¹
- Die neu gegründete Vereinigung IDB (Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen) stellte 2016 erstmals ihren Bericht über Diskriminierung von SchülerInnen vor. 47 Vorfälle sind darin aufgenommen worden, wobei Islamophobie den häufigsten Grund darstellt.³⁴²
- Staatssekretärin für Integration, Muna Duzdar, präsentierte einen Digitalmonitor und richtete eine Beratungsstelle #Gegen-HassImNetz ein, welches von dem Verein ZARA betrieben wird.³⁴³
- Die Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen und Kismet Online haben den wahlwerbenden Parteien einen Fragenkatalog zur Nationalratswahl zugeschickt.

336. Red, ORF.at (2017), „VAE-Minister: Moscheenkontrolle vernachlässigt“, ORF, 14.11.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2414795/> [Accessed: 31th December 2017]

337. Ichner, Bernhard (2017), „Muslime demonstrieren gegen Kopftuchverbot“, Kurier, 02.02.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/wien/muslime-demonstrieren-gegen-kopftuchverbot/244.439.536> [Accessed: 31th December 2017]

338. ORF (2017), „NS-Mahnmal: „Zeichen des Anfangs erkennen“, ORF, 23.04.2017. Available from: <http://noe.orf.at/news/stories/2838779/> [Accessed: 31th December 2017]

339. Pfoister, Paula (2017), „Jenseits von Populismus und Polarisierung“, ORF, 17.03.2017. Available from: <http://orf.at/stories/2383478/2383477/> [Accessed: 31th December 2017]

340. Ichner, Bernhard; Seiser, Birgit (2017), „Muslime verteilen Schnitten statt Korane“, Kurier, 10.10.2017. Available from: <https://m.kurier.at/chronik/wien/muslime-verteilen-schnitten-statt-korane/261.155.567> [Accessed: 31th December 2017]

341. Oe24 (2017), „Muslime veräppeln Kurz mit Kopftuch-Song“, oe24, 19.01.2017. Available from: <http://m.oe24.at/oesterreich/politik/Muslime-veraepeln-Kurz-mit-Kopftuch-Song/266057047> [Accessed: 31th December 2017]

342. ORF (2017), „Bericht: Islamophobie an Schulen nimmt zu“, ORF, 30.06.2017. Available from: <http://oesterreich.orf.at/stories/2852186/> [Accessed: 31th December 2017]

343. Bundeskanzleramt (2017), „Staatssekretärin Duzdar: Hasspostings und Cybermobbing auch in Österreich stark verbreitet“, OTS, 30.08.2017. Available from: https://www.ots.at/presseausendung/OTS_20170830_OTS0136/staatssekretaerin-duzdar-hasspostings-und-cybermobbing-auch-in-oesterreich-stark-verbreitet [Accessed: 31th December 2017]

Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Jahr 2017 zeichnete sich durch eine Verstärkung der Institutionalisierung von Islamophobie aus. Dies betrifft die Einführung eines Gesichtsschleierverbots sowie das indirekte Verbot des Tragens des Hijabs für Frauen in verschiedenen Berufszweigen. Die Übernahme der ÖVP auf Bundesebene und die damit einhergehende Umfärbung dieser in die Liste Kurz mündete im Wahlkampf zur Nationalratswahl zu einer breiten Übernahme der islamophoben Positionen der FPÖ. Der nunmehrige Bundeskanzler Sebastian Kurz forderte im Wahlkampf die generelle Schließung von islamischen Kindergärten und verabschiedete sich damit vollends von einer inklusiven Rhetorik gegenüber MuslimInnen. Mit der neuen Regierungskoalition von Liste Kurz/ÖVP und FPÖ scheint die Stoßrichtung für die Zukunft der MuslimInnen in Österreich eine deutliche Richtung erhalten zu haben. Viele Empfehlungen können an dieser Stelle gemacht werden, darunter:

Das Jahr 2017 zeichnete sich durch eine Verstärkung der Institutionalisierung von Islamophobie aus.

- Vor dem Hintergrund einer rechts-rechten Regierung sollten sich die Oppositionsparteien umfassend mit Rassismus auseinandersetzen und ein stringentes anti-rassistisches Programm verfolgen.
- Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus entsprechend der Durban Declaration vom September 2001 unter Berücksichtigung der Durban Review Conference, welche im April 2009 abgehalten wurde.
- Umsetzung der UN-Richtlinie A/HRC/17/892.51 zum Kampf gegen die Gefahr der Islamophobie in der Gesellschaft und insbesondere die Etablierung eines umfassenden Systems zur Beobachtung von rassistischen Übergriffen.
- Mehr Schulungen in Bereich der Sensibilisierung gegenüber anti-muslimischem Rassismus im Bereich von Arbeit, Bildung und insbesondere Medien.
- Forcierung von diskriminierungsfreien Stellenausschreibungen durch ArbeitgeberInnen und ArbeitsvermittlerInnen.
- Das novellierte Gleichbehandlungsgesetz von 2015 soll die lange geforderte Ausweitung des Schutzes gegen Diskriminierung auf Basis der sexuellen Orientierung, Alter, Weltanschauung und Religion abseits der Arbeitswelt auszudehnen.
- Das Islamgesetz aus dem Jahr 2015 sollte geändert werden, um dem restlichen österreichischen Religionsrecht zu entsprechen.
- Ausweitung der Trainingsprogramme gegen Islamophobie für MuslimInnen, um die Sensibilität zu stärken.

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus verzeichnete 2017 insgesamt 309 dokumentierte Vorfälle. ZARA dokumentierte insgesamt 57 Fälle von Hasskriminalität, wobei lediglich 13 Fälle darunter dezidiert gegen MuslimInnen gerichtet waren. Die Initiative für ein Diskriminierungsfreies Bildungswesen (IDB) dokumentierte 28 Fälle von Diskriminierung. Es ist aber davon auszugehen, dass die Dunkelziffer, wie von der europäischen Menschenrechtsagentur FRA dargelegt, weitaus höher liegt, da lediglich an die 12 % der diskriminierten Muslime Fälle melden. Einige Übergriffe zielten direkt auf linke Organisationen wie die Grünen oder die Sozialistische Jugend ab.

2017 bedeutete das Ende der SPÖ-ÖVP-Koalition, in welchem ein Gesichtsschleierverbot eingeführt wurde und ein diskriminierender Diskurs rund um die Umsetzung von Berufsverboten für muslimische Frauen mit Haarbedeckung eingesetzt hat. 2017 war ebenso geprägt von einem Nationalratswahlkampf, in dem der islamophobe Populismus der FPÖ von der neu gefärbten ÖVP als Liste Kurz viele der freiheitlichen Forderungen übernahm. So meinte der nunmehrige Bundeskanzler, islamische Kindergärten seien generell zu schließen. Rechte Bewegungen wie die Identitären fühlten sich aufgrund dieser Entwicklungen entsprechend gestärkt in ihren Positionen. Hass im Netz wurde aufgrund der Verbesserung in der Bekämpfung von diesem effektiver geahndet. Eine ebenso erfreuliche Entwicklung ist die Zunahme von kritischen Stimmen gegenüber dem islamophoben Diskurs aufseiten der klassischen Medien. Nicht zuletzt die Leaks der Wochenzeitschrift Falter rundum die Beeinflussung der sogenannten Kindergartenstudie haben einer breiteren Öffentlichkeit die strukturelle Dimension islamophober Programmatik veranschaulicht. Der Einsatz von Wissenschaft zur Legitimation islamophober Politik hat sich 2017 besonders deutlich gezeigt. Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ deutet aber darauf hin, dass Österreichs MuslimInnen mit einer noch autoritäreren Form des politischen Umgangs, wie sie mit dem Islamgesetz aus 2015 eingeläutet wurde, zu rechnen haben.



ANKARA • İSTANBUL • WASHINGTON D.C. • KAHİRE

www.setav.org